

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nette ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 20. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Meineidsprozesse und Schwurgerichte.

Angriffe liberaler Kreise gegen die Schwurgerichte infolge der Urteile in den Konitzer Meineidsprozessen gegen Mahloff und gegen Moritz Levy, haben den Genossen Wolfgang Heine veranlaßt, in Nr. 61 des „Vorwärts“ vom 13. März d. J. unter obiger Ueberschrift den Wert und die Aufgaben von Laiengerichten und Juristengerichten im allgemeinen zu besprechen. Ich nehme an, daß er den Artikel unterzeichnet hat, um zum Ausdruck zu bringen, daß derselbe seine individuelle Ansicht enthält. In bin andererseits persönlich der Meinung, daß der Artikel vielfach den Grundanschauungen der socialdemokratischen Partei nicht entspricht und deshalb nehme ich als Parteigenosse das Recht der Kritik in Anspruch.

Nach einer kurzen Besprechung der Prozesse Levy, Matthies, Schröder und Genossen und Holst, die er aus „allgemeinen“ Stimmungen oder Leidenschaften erklärt, in denen Richter und Geschworenen gleichmäßig befangen waren, schreibt Genosse Heine: „Man muß von vornherein sagen, daß das, was das Schwurgericht leistet, etwas ganz anderes sein muß, als die Thätigkeit der gelehrten Gerichte.“

Er führt dann als Vorzug der gelehrten Richter an, die Gesetzkennntnis, die Routine in der Auffassung und Beurteilung eines verwickelten Thatbestands, den durch lange Erfahrung gewonnenen kritischen Blick „gegenüber den regelmäßig vorkommenden Täuschungsversuchen“ die durch die Handwerksmäßigkeit gewonnene Objektivität der Gleichgültigkeit. „Der Fall“ interessiert den juristischen Richter nur als solcher, und es wird ihm verhältnismäßig leicht, Gefühle der Abneigung und der Günst auszuscheiden. Alle diese Eigenschaften können die Geschworenen nicht in gleichem Maße besitzen wie die studierten Richter.“

Die Vorzüge der gelehrten Gerichte seien auch die Quelle ihrer Schwächen. Die vorwiegende Beschäftigung mit juristischen Begriffen, die standesmäßige Abgeschlossenheit des Juristen vom Volk, der Einfluß der besonderen Interessen der Bureaucratie haben die Wirkung, den Juristen den Bedürfnissen des Volks und seinem Rechtsgefühl zu entfremden. „Man bedarf daher der Laienjustiz als Mittel, um den Zwiespalt zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volks und dem der Juristen in der Rechtsprechung nicht allzu sehr zur praktischen Wirkung kommen zu lassen, und als eines Manometers, um den Druck zu messen, unter dem die feste juristische Form den sich dehnen den gesellschaftlichen Inhalt hält.“ Heine nennt weiter als Vorzug des Laienrichters ein höheres persönliches Interesse für die Sache, die geringere Befahrung, daß er von einem hergebrachten schematischen Gedankengang beherrscht werde, daß er daher selten der Versuchung verfallt, der die Jurisprudenz so oft erliege, z. B. bei der Konstruktion der Majestätsbeleidigung, des dolus eventualis, des fliegenden Gerichtsstands, einem klaren Thatbestand eine gekünstelte juristische Auslegung zu geben. Dagegen werde es Laienrichtern eher widerfahren als Juristen, daß sie einen Angeklagten wegen einer That verurteilen, die er absolut nicht begangen hat. „Es mag zutreffen, daß ihre Urteile unmittelbarer durch eine leidenschaftliche Massenstimmung, durch Haß oder Mitleid, oder gar blindes Vorurteil beeinflusst werden können. Auch eine weitgehende Demokratisierung des Geschworenen-Instituts, im Gegensatz zu der in Deutschland bestehenden einseitigen Zusammensetzung desselben aus Angehörigen der besitzenden Klassen, würde vor dieser Klippe nicht schützen, denn sie liegt eben im Wesen der Laienjustiz. Die grauenhaften Ausschreitungen der französischen Revolutionstribunale beweisen das. Auch Levy wäre sicher nicht besser davon gekommen, wenn man in Konitz zur Bildung des Schwurgerichts die breiten Massen herangezogen hätte, die ihn verhöhnt und beinahe gemißhandelt haben.“

Die Stellung der Uebelstände sieht Heine schließlich „in einer Väterung der allgemeinen politischen Bildung, in der Herbeiführung allgemeiner politischer Zustände, in denen Unparteilichkeit gegen jedermann, leidenschaftslose Behandlung auch des Gegners ein so selbstverständliches Lebenselement der Gesellschaft sind, daß auch der Durchschnittsmensch sie zu üben weiß.“

Diese Anschauungen stehen meines Erachtens im Gegensatz zur socialdemokratischen Doktrin und dem Programm der Partei.

Nach Heine erklärt sich unsere bürgerliche Rechtsprechung, die schon Leute wie der Abgeordnete Dr. Lieber als vielfach himmelschreiend bezeichnet haben, einfach aus den Vorzügen und Nachteilen, welche der berufsmäßigen oder nicht berufsmäßigen Beschäftigung mit dem Recht und dem Richteramt anhaften. Man kombiniere beide, man verende die Laienjustiz als Mittel, „um den Zwiespalt zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volks und dem der Juristen nicht allzu sehr zur praktischen Wirkung kommen zu lassen“, man forge für „Väterung der allgemeinen politischen Bildung“ — und die Sache ist gemacht. Der Gegensatz sind die „Juristen“ und „das Volk“. Aus ihm entspringt die Rechtsprechung, deren Uebermaß selbst Vertreter des Bürgertums erschreckt hat.

Nach socialdemokratischer Anschauung sind es bekanntlich die Klassenkämpfe, welche in der Rechtsprechung ihren Ausdruck finden, sind es die Klassengegensätze innerhalb des „Volks“, welche auch vor Gericht mit einander ringen, sind es

die beherrschten Massen, deren Interessen und deren „Recht“ durch den Richterpruch vielfach niedergedrückt werden, weil das Gericht ausschließlich aus den herrschenden Klassen zusammengesetzt ist.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze erzeugen auch den Haß und die Leidenschaft, die dann in der Rechtsprechung wie in Konitz ihren Ausdruck finden. Es macht dabei gar wenig Unterschied, ob die Richter Laien oder ob sie Berufsjuristen sind. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus, sie unterliegen dem Bann der Anschauungen, welche sich aus ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage ergeben. Freilich mag dabei der Beruf hier und da eine kleine Nuance bewirken, freilich mag die Gewohnheit der Niederhaltung der Leidenschaft diesen oder jenen Berufsrichter etwas objektiver, mag die Erfahrung des praktischen Lebens diesen oder jenen Laienrichter verständnisvoller für die gesellschaftlichen Zusammenhänge der That machen; aber im großen und ganzen ist die Frage: ob Laienrichter, ob Berufsrichter für die Milderung oder Abschaffung der Klassenjustiz gleichgültig.

Wir sagten einmal ein Staatsanwalt, dem ich die Schärfe seines Vorgehens gegen socialdemokratische Bestrebungen vorhielt: „Wir sind da, um die bestehenden Rechtsverhältnisse aufrecht zu erhalten“. Dieses Wort trifft ins Schwarze. Was jener Staatsanwalt freimütig erklärte, ist die unerbüßte Thätigkeit der Gerichte, sowohl der Berufsgerichte als der Laiengerichte. Und wo immer ein Angeklagter verdächtig ist, an den bestehenden Machtverhältnissen auf wirtschaftlichem, politischem, religiösem Gebiet gerüttelt zu haben, da häumt sich das Massenbewußtsein der zu Gericht sitzenden herrschenden Klasse auf und es entsteht die Klassenjustiz. Daher die Verurteilung von Matthies, Schröder u. Gen. und Holst, daher auch die Verurteilung des Levy, der einer absterbenden Gesellschaftsform, welche die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen nicht fähig ist, als ein Repräsentant der Klasse galt, die ihrer zu Gericht sitzenden Klasse das Grab schaufelt. Aus den gleichen Ursachen entstehen auch durch die Berufsgerichte die seltsamen Konstruktionen des Majestätsbeleidigungs- und mehr noch des Beleidigungsbegriffs, des dolus eventualis, des fliegenden Gerichtsstands, die Genosse Heine aus dem „hergebrachten schematischen Gedankengang“ der Berufsjuristen erklärt, Konstruktionen, die theoretisch gemeines Recht sind, für jedermann und alle Parteien gelten, die aber größtenteils gegen socialdemokratische Angeklagte gefunden wurden und allermeist gegen Socialdemokraten angewandt werden. Ist dem Genossen Heine nicht mehr die vielbesprochene Rechtsprechung auf dem Gebiet des Koalitionsrechts in Erinnerung, die er bei Gelegenheit des Justizhausgesetzes selbst treffend gekennzeichnet hat? Kennt er nicht mehr die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts, die socialdemokratische „Fälle“ gezeugt hat? Sind das alles nur „Fälle“, „denen gegenüber die Handwerksmäßigkeit seiner Arbeit dem Berufsrichter mindestens die Objektivität der Gleichgültigkeit verliert hat?“ Oder ist es eine Rechtsprechung, welche die vorwiegende Beschäftigung mit juristischen Begriffen und die Entfremdung vom Leben bewirkt hat? Oder glaubt Heine, daß diese Rechtsprechung nicht erfolgt wäre, wenn eine Anzahl Großindustrieller oder Großgrundbesitzer oder Redner oder Großbankiers in den betreffenden Senaten der höchsten Gerichte gesessen hätte? Ich glaube es nicht. Das Bürgertum hatte von seinem Standpunkt aus vollständig recht, wenn es in den Schwurgerichten ein „Balladium der Freiheit“ erblickte. Unter Schwurgerichten verstand es damals wie heute ein Kollegium von „Bourgeois“ und unter „Freiheit“ verstand es damals wie heute die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Freiheiten des Bürgertums. Wie ist es dem Bürgertum eingefallen, ein Schwurgericht aus allen Schichten der Bevölkerung zu verlangen und dies ein Balladium der Freiheit zu nennen. Und dieses Balladium der Freiheit hat auch für die Wahrung und Erweiterung der Herrschaftsrechte der Bourgeoisie großes geleistet. Auch uns hat es im Anfang unserer Bewegung im Jahre 1849, als das Bürgertum noch mitten im Kampf mit dem feudalen Staat stand und unsere Vorkämpfer auf seinem Flügel fochten, Dienste geleistet. Karl Marx wurde am 8. Februar 1849 von den Geschworenen zu Köln von der Anklage der Aufreizung zum bewaffneten Widerstand freigesprochen, und Ferdinand Lassalle wegen derselben Beschuldigung von den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849.

Aber schon 1872, als das Bürgertum mit der Regierung den Frieden gemacht und in unbefristeten Besitz der wirtschaftlichen Macht gekommen war, verurteilte das Schwurgericht unsere Genossen Liebknecht und Bebel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Festung.

Jetzt besetzt das Bürgertum fast alle Stellen in der Justiz, vom Amtsanwalt bis zum Ober-Rechtsanwalt, Justizminister und Staatssekretär der Justiz, vom Amtsrichter bis zum Reichsgerichts-Präsidenten, jetzt sind die Justizministerien, die Berufsgerichte, die Staatsanwaltschaften, das Paladium seiner Freiheit, und es hat daher nur noch geringes Interesse für das Schwurgericht.

Daher die Angriffe gegen dasselbe von bürgerlicher Seite, insbesondere wenn, wie in Konitz, ein Kleinbürgerliches Schwurgericht gegen die Interessen des Großbürgertums zu Gericht

sieht. Daher auch die Geneigtheit der bürgerlichen Parteien, dem Vorschlag der Regierungen, die Zuständigkeit der Schwurgerichte einzuschränken, zuzustimmen.

Wir Socialdemokraten aber haben ein dringendes Interesse daran, das Schwurgericht zu erhalten, nicht wie Genosse Heine meint, „um den Zwiespalt zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volks und dem der Juristen in der Rechtsprechung nicht allzu sehr zur praktischen Wirkung kommen zu lassen“, sondern um es umzugestalten aus einem Palladium der Freiheit der Bourgeoisie in ein Palladium der Freiheit für alle Klassen der Bevölkerung.

Wir glauben entgegen dem Genossen Heine an „eine weitgehende Demokratisierung des Geschworenen-Instituts“, an eine Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, wie es unser Programm vorschreibt. Wir verstehen aber unter „Volk“ nicht allein „die breiten Massen“, von denen Genosse Heine auch im Fall Levy kein Heil erwartet hätte, sondern alle Schichten und Klassen der Bevölkerung. Wir erstreben die Zusammensetzung des Geschworenengerichts durch die allgemeine, freie, direkte und geheime Wahl und vertrauen, daß diese Wahl charaktervolle Männer in das Volksgericht bringt. Wir glauben nicht, wie der Genosse Heine, „an die politischen Zustände, in denen Unparteilichkeit gegen jedermann leidenschaftslose Behandlung auch des Gegners ein so selbstverständliches Lebenselement der Gesellschaft sind, daß auch der Durchschnittsmensch sie zu üben weiß.“

Wir glauben mit Marx und unserer Partei, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist und daß diese erst aufhören werden mit der Abschaffung der Klassen selbst, mit dem Siege der Socialdemokratie. Aber deshalb glauben wir auch, daß ein Laiengericht, zusammengesetzt aus den gewählten Vertretern der Bevölkerung, die beste Rechtsprechung erzielen wird, die im Klassenstaat und im Klassenkampf überhaupt zu erzielen ist.

Der Hinweis des Genossen Heine auf „die grauenhaften Ausschreitungen der französischen Revolutionstribunale“ ist durchaus unzutreffend. Der Zustand der Revolution ist ein Ausnahmezustand, unter dem nicht mehr ruhige Ueberlegung, sondern die auf dem Siedepunkt erhitzten Leidenschaften die Entscheidung treffen. Sie können ebenso wenig als Normalgerichte angesehen werden, wie die Kriegsgerichte, die nach einer niedergeschlagenen Revolution über die Besiegten urteilen. Wenn die verschiedenen Klassen der Gesellschaft in offenem blutigem Kampf sich befinden, wie es in der französischen Revolution der Fall war, dann kann zwischen den Gewalten, wie Karl Marx in seiner Affisirede sagt, zwischen den gegensätzlichen Gewalten nur die Gewalt entscheiden.

Berlin, 18. März 1901.

Joseph Herzfeld.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. März.

Der Reichstag

begann heute die dritte Lesung des Etats. Eine Generaldebatte fand nicht statt, wenn man nicht die belanglosen Ausführungen des Welsen v. Schele-Bunsdorf rechnen will.

Schnell wurde der Etat des Reichstags erledigt, und es ging an den des Reichskanzlers. Graf Bülow war mit einem reichen Stabe von Trabanten, von seinem Stellvertreter Grafen Posadowsky bis auf einige junge Lieutenants der Schütztruppe herab, erschienen. Unter den Anwesenden vermehrte man besonders — Herrn Schönstedt. Unser Parteigenosse Fischer richtete eine typische Frage an den Reichskanzler. Sie betrifft das Vorgehen einiger Organe der preussischen politischen Polizei, — diese wird laut Enthüllungen des Tausch-Prozesses zum Teil aus Reichsmitteln subventioniert — gegen Socialdemokraten. Genosse Fischer führte die genauesten Einzelheiten der an die schlimmsten Zeiten des Socialistengesetzes erinnernden Vorgänge an. Graf Bülow aber wachte von nichts und verwies die Sache kurzer Hand an den Landtag und den preussischen Minister des Innern.

Beim Etat des auswärtigen Amtes erlebte man eine Fülle der ergötzlichsten Schauspiele. Man sah den Sohn des früheren Reichskanzlers mit eingeleiteter Lanze gegen den jetzigen Reichskanzler losrennen. Man hörte die Rechte beider, dem Fürsten Bismarck und dem Bülow Beifall rufen, obwohl sich ihre Ausführungen direkt widersprachen. Aber damit nicht genug: Des Fürsten Bismarck übrigens durchaus nicht unberechtigte Kritik der Chinapolitik beruhte zum guten und zwar zu ihrem besten Teile auf Argumenten, die neulich Richter und Bebel vorgebracht hatten. Fürst Herbert Bismarck scheint — das ist wohl der Sinn seines heutigen Auftretens — noch immer nicht verwinden zu können, daß ein anderer den Stuhl seines Vaters einnimmt. Im übrigen brachte die Erörterung des Etats des auswärtigen Amtes eine zahme P a n i c k e - Rede über den Gegensatz zwischen Haager-Konferenz und Kriegsführung in China und eine auf einen bedeutend energischeren Ton abgestimmte Rede des Abg. G a u h m a n n -Wödlingen über ähnliche Gegenstände.

Beim Kolonial-Etat unterhielt man sich fast ausschließlich über die Frage der Hausflaverei. Der größte Liebhaber dieser Einrichtung scheint im Reichstage der Abg. Dr. Trendt, der Petersfreund, zu sein. Anders als sonst in Menschengespinnsten malt sich im Kopf des Grafen Oriola die Welt. Ein Antrag unserer Fraktion verlangte nämlich, daß die Kinder der afrikanischen Hausflaven für

frei erklärt werden sollen. Weil nun, wie ganz natürlich, das Wort Sausflaverei vorkommt, so meinte Graf Oriola, durch die Annahme dieses Antrags werde die Sausflaverei gesetzlich sanktioniert! Darum stimme er dagegen. Weber und Vollmar führen mit ihm gründlich ab, aber die Mehrheit des Hauses schwang sich nur zur Annahme eines durch einen nationalliberalen Zusatzantrag noch mehr veräußerten Antrags Eröber auf.

Beim Stat des Innern wurde zunächst eine Resolution erörtert, die unregelmäßige Praktiken im Kleinhandel mit Kohlen befehligen soll.

Den Schluß der Sitzung bildete eine große Rede des Abg. Stöcker, der Herr Hosprediger a. D. befreit seit längerer Zeit das Provokieren der Socialdemokratie geradezu gewerbsmäßig. Es scheint, daß er sich dadurch in gewissen hohen Kreisen rehabilitieren will. Der frühere Hosprediger schimpfte in den wüthendsten Ausdrücken auf die Socialdemokratie, und der Präsident ließ ihn ruhig gewähren. Graf Vallestre wurde nur erregt und schwang die Glocke, wenn einer unser Genossen bei einem zu hanebüchenen Wort des teuren Gottesmanns mit einem Zwischenruf replizierte. So konnte der Stöcker sein wahnwitziges Getöse gegen uns ungehindert zu Ende führen. Auf die Kapuzinade paßt die Charakterisierung, die Heine in der Disputation auch einem prächtigen Beschimpfer zu teil werden läßt: Jedes Wort war ein Rachttopf und kein leeres. Den Junkern war die Schimpfrede so recht nach ihrem Sinn, sie konnten sich in Weisfalsen gar nicht genug thun, und damit Herr Stöcker heute keine Antwort mehr bekäme, brachte Herr v. Levetzow einen Verlesungsantrag ein, der auch angenommen wurde. So werden, wie der Präsident mitteilte, unsere vier Genossen, die sich zum Worte gemeldet haben, erst morgen erwidern können. In Voraussicht ausgegebener Diskussion ist der Beginn der Sitzung bereits auf 11 Uhr vormittags anberaumt.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Dienstag den Stat in dritter Lesung bis auf den Kullus-Stat genehmigt. Längere Debatten knüpften sich nur an die Stat der Eisenbahnverwaltung, der Bauverwaltung und des Ministeriums des Innern.

Beim Stat der Eisenbahnverwaltung kritisierte Abg. Dr. Wittinger (nl.) den isorenartigen Charakter der von der Verwaltung erteilten Arbeiterbewilligungen, in denen seiner Ansicht nach zu viele Familien zusammenwohnen. Minister v. Thieleu verteidigte demgegenüber, unter Äußerung des Abg. Schmitz (l.), die von der Verwaltung bestrichene Bauweise. Auch die Beschwörden des Abg. v. Strombeck (l.) über die zu lange Arbeitszeit einzelner Kategorien von Eisenbahnarbeitern wies der Minister mit den üblichen Redensarten zurück.

Beim Stat der Bauverwaltung entspann sich eine lebhaftere Diskussion über die von dem Minister über den Kopf der Berliner Stadtverwaltung hinweg der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft einseitig erteilte Verlängerung der Konzessionsdauer. Selbst der konservative Abg. v. Pappenheim sprach das Bedauern seiner Partei über das Vorgehen der Regierung aus, das nur den Bestrebungen der Stadt Berlin, die Straßenbahnen in eigene Regie zu übernehmen, Hindernisse in den Weg lege. Herr v. Thieleu, der noch immer nicht begriffen zu haben scheint, worauf es bei der ganzen Sache eigentlich ankommt, verteidigte sein Verfahren mit dem Hinweis auf den Dienst, den er damit der Stadt Berlin geleistet habe. Ein sonderbarer Dienst, wenn man einer Verlagsgesellschaft auf Jahre hinaus Willkürbewilligungen sichert, die eigentlich dem Stadtkäsel gehören! Das Ministerium auf den ehemaligen Ministerialdirektor Mücke dabei maßgebend gewesen sind, bestritt der Minister.

Zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Richter (fr. B.) und Barth (fr. Bg.) auf der einen, dem Minister Herrn v. Rheinbaben auf der anderen Seite, kam es beim Stat des Ministeriums des Innern. Bekanntlich hatte der Minister bei der zweiten Lesung über die von ihm nicht beständigen Kommunalbeamten, insbesondere über die Herren Ehlers in Durland und Dullio in Königsberg, Behauptungen aufgestellt, die von den Vertretigten sofort in der Presse für unwahr erklärt wurden. Abg. Richter wies nun im einzelnen nach, daß von dem, was der Minister gesagt hatte, so gut wie nichts zuträffe; er hielt ferner dem Herrn v. Rheinbaben vor, daß sein Stenogramm in wesentlichen Punkten abgeändert sei und kritisierte die Politik des Polizeiministers, der konservativen Beamten selbst die wüste Agitation gestatte, während er gegen Männer von einer anderen politischen Gesinnung auf das rigorosste vorgehe. Ebenfalls kritisierte Abg. Dr. Barth über diesen Mißbrauch der Amtsgehalt zu Gunsten einer politischen Partei Beschwerde. Herr v. Rheinbaben setzt sich über solche Vorwürfe leicht hinweg, auf Einzelheiten läßt er sich, obwohl es doch gerade darauf ankommt, gründlich nicht ein, und iontäge Angriffe wehrt er mit einer eleganten Handbewegung ab. In seinen Antworten geht er nur den Kern der Sache heraus und jede seiner Reden schließt er mit einer nichtsignierenden Phrase in einer Tonart, wie sie sonst höchstens ein Gardelieutenant auf dem Kasernenhof Refrakten gegenüber anzuwenden pflegt, wie sie sich aber für einen Minister, der verpflichtet ist, sich vor dem Volk zu verantworten, nicht paßt. Die mangelnde Fähigkeit sucht er auch diesmal wieder durch Schmeichelei zu ersetzen.

Am Mittwoch wird die dritte Statberatung beendet. Es ist nur noch der Kullusstat zu erledigen.

Die Friedensapostel in China.

Die Ermordung zweier Missionare gaben den erwünschten Anlaß, Nianzhou zu besuchen, wie die Bedrängnis der europäischen Gesandten in Peking die Veranlassung für den gegenwärtigen Ahasi-Feldzug gewesen ist. Beide Vorkommnisse haben aber ihre gemeinsame Ursache in dem in China in den letzten Jahren zum Ausbruch gekommenen Fremdenhaß. Alle Chinesen, allen voran der Engländer Hart und der ehemalige deutsche Völkischer Herr v. Brand, sind sich einig darin, daß die Missionare an dem Fremdenhaß ein vollgeschüttelt Maß von Schuld tragen. Herr v. Anger, der deutsch-katholische Bischof, läßt diese Vorwürfe in seinen Briefen an die „Königliche Volkszeitung“ zu enträften, jedoch, es werden immer mehr authentische Zeugnisse dafür beigebracht, daß das Verhalten der christlichen Missionare in der That geeignet war, den Haß der einheimischen Bevölkerung hervorzurufen.

Die Missionare haben sich eigne Gerichtsbarkeit geschaffen und sich Mandarinencharakter beigelegt. Schlechte Elemente der christlichen Bevölkerung, die etwas auf dem sterblichen hatten, wurden vielfach schändlich ermordet, um so der chinesischen Justiz zu entgehen. Es genügte, daß sie sich hatten taufen lassen, um seitens der Missionare den größten Schutz zu finden, auch wenn sie noch so arge Sünder waren.

Aber dies nicht allein, die Missionare, namentlich die katholischen, sind auch gute Geschäftleute; sie wissen die irdischen Schätze wohl zu wahren und ihre Geschäftsprinzipien sind nicht immer einwandfrei. Verschiedene Orden haben sich große Liegenschaften in China angeeignet und sie gehen in der scrupellosesten Weise vor, ihren Besitz zu vermehren.

In einem Briefe, den ein französischer Offizier aus China an die Seligen schreibt, und der in der „Aurore“ veröffentlicht ist, wird die geschäftliche Betriebsamkeit der Gottesmänner einer Kritik unterzogen, die wenig schmeichelhaft ist. Wir entnehmen diesem Briefe folgende Stellen:

Die Missionare haben das menschenmöglichste gethan, die europäischen Nationen bei der chinesischen Bevölkerung in Diskredit zu bringen. Ihr Trachten ging vor allem dahin, Kapitalien zusammen zu raffen, im Grunde sind diese Missionen nichts anderes, als Erwerbsgesellschaften.

Die französischen Missionen — um nur von diesen zu sprechen — sind ungeheuer reich; in Peking namentlich haben sie große Besitzungen. Bei ihnen wohnen wir und sie sind nicht blöde, sondern verstehen es ausgezeichnet, aus der Situation Nutzen zu ziehen, indem sie für Regierungsbeamte und für uns Offiziere die Preise ganz gehörig in die Höhe schrauben. Sie haben durch die Unruhen erst viel verloren, das mag richtig sein, daß sie aber alle möglichen Mittel anwenden, das verlorene Geld wieder zu gewinnen suchen von den Truppen, die zu ihrer Hilfe entsandt ist herlos.

Um eine Idee von der Habgier dieser Leute zu geben, sei folgendes angeführt: In Peking haben die Jesuiten und die Lazaristen Stifte und ein Hospital, deren Dekan der Vater Desmonde ist. Die Direktion dieses Lazarets unterhandelte mit dem Vater wegen meiner Verlesung um die Erlaubnis der Ordensgesellschaft; es handelte sich nur um die Ergänzung der von seitens des Regiments gelieferten Speisen, die alle schon beinahe genügend waren. Er hatte die Stirn, dafür drei Pfaster — etwa 8 Fr. — pro Tag zu verlangen.

Vielleicht schlimmer ist aber die kaum glaubliche Thatsache, daß die Missionare den chinesischen Ortsschaften Steuern auferlegen. Hier eine authentische Geschichte, welche die Verwerflichkeit dieses Vorgehens in bester Weise zeigt.

In einigen Ortsschaften zwischen Peking und Tientsin hatten die Missionare bei der Steuereintreibung schlechte Erfahrungen gemacht. Sie verbreiteten nun das Gerücht, daß in jener Gegend einige Missionare getötet worden seien. Nachdem sie so Stimmung gemacht hatten, kamen sie zum General Vallou, sagten ihm, es seien einige der ihren in die Gefangenschaft von Vogern geraten und verlangten, daß Truppen entsandt würden, die Gefangenen zu befreien.

Der General witterte eine schamlose Affaire, hielt ihnen vor, daß sie kolossal übertrieben und verweigerte die verlangte Hilfe. Sie antworteten nichts, gingen aber sofort zu den Deutschen, die sofort auf den Vorschlag eingingen, in der frohen Erwartung, auf diese Weise in den Ruf zu kommen, die Beschützer aller Christen zu sein.

Nach wenigen Tagen kamen die guten Väter zurück, erzählten, daß ihnen die Deutschen Hilfe angeboten, daß sie sie ihnen aber abgelehnt hätten, in der Hoffnung, daß der (französische) General diese Ehre doch nicht werde den Deutschen überlassen wollen. Sie sagten hinzu, daß sie bei der Belagerung der Franzosen die Hilfe der Deutschen annehmen müßten.

Das war ein wohlgeleiteter jesuitischer Trick; unserm General blieb trotz seiner Abneigung nichts anderes übrig, als zu marschieren. Die Kolonne war von einem General befehligt und begleitet von einem Jesuitenpater (Vater Dureux), der diejenigen Ortsschaften bezeichnete, die zerstört werden müßten, und die, welche von diesem Schicksal zu verschonen seien.

Das ist also die Rolle der Friedensapostel, die den „Barbaren“ das Evangelium bringen sollen. Anstatt Liebe läßt sie Haß; um des länder Mannons Willen verbreiten sie den Schrecken, und verwüsten blühende Dörfer. Ihre wichtigste Aufgabe erblicken sie darin, Reichthümer zusammen zu scharren, um ihre Macht zu vergrößern. Die „Sembdotten des Christenthums“ waren die ersten, die mit den Chinesen in nähere Beziehungen getreten sind; ihnen lag es ob, die chinesische Bevölkerung für die europäische Kultur zu gewinnen oder doch mindestens freundliche Gesinnung für die Weißen zu wecken. Das Gegenteil haben sie erreicht; ihre Verfolgungswut und ihre Habgier haben es glückselig dahin gebracht, daß die friedlichen Chinesen in den Europäern nur noch die „weißen Teufel“ sehen, gegen die sie, obgleich sie sonst den Krieg verabscheuen, zu den Waffen griffen.

Deutsches Reich.

Protestversammlungen gegen den Brotwucher

wurden gemeldet aus Oberlausenbielen im Culmgebirge, Jochimsthal (Madermark), Wittenberg, Bitterfeld, Sprendorf bei Reiz (verwiegend bäuerliche Ortschaften), Köhndorf, Hildesheim, Bieren im Wahlkreis Wittenberg-Weißbach, Krefeld, Erlangen und Südbaden (9 Versammlungen). Alleorts wurde die Erregung gegen die agrarischen Pläne zu lebendigstem Ausdruck.

Über die Protestbewegung in Baden berichtet die Mannheimer „Volksstimme“:

Gegen den Brotwucher wehrt sich die badische Arbeiterchaft sehr energisch. Reichstags-Abgeordneter Fischer, Dresden beendete heute eine große, sich über das ganze Land erstreckende Agitationstour. Am Sonntag, den 10. März, sind in der Umgegend von Pforzheim 16 Versammlungen abgehalten worden und am 17. März abends 16 Protestversammlungen in anderen Reichstagsorten Pforzheim, die einstimmig Protestresolutionen faßten. Diese Woche wird noch in den 4000 Personen fassenden Saalbau in Pforzheim eine Protestversammlung stattfinden. Am Sonntagabend fanden ferner in den vier Stadtteilen von Karlsruhe vier Protestversammlungen statt, welche einen guten Verlauf nahmen und zum Teil sehr zahlreich besucht waren. Nächsten Sonntag finden in der Umgegend von Karlsruhe zahlreiche Protestversammlungen statt. Endlich hat gestern eine mehrtägige Tour des Genossen Dresbach in das badische Oberland begonnen. Er wird in der Umgegend von Freiburg eine Reihe Versammlungen gegen den Brotwucher abhalten.

Aus Straßburg wird aus dem 15. d. M. geschrieben:

Das elass-Lothringische Bürgermeister-Parlament hatte gestern nun auch seine Getreidebezugsdebatte, bei der die Anhänger des Brotwuchers jedoch, so stark agrarisch sonst die Regungen des Hauses sind, nicht gerade gut abschnitten. Selbst von landwirtschaftlicher Seite wurde vor einem allzu schroffen, Handel und Industrie zu Gunsten des ländlichen Grundbesitzes schädigenden Vorgehen gewarnt und dieser auf die mannigfachen Hilfsmittel hingewiesen, die ihm durch Vermehrung und Veredelung des Viehstands, Verwendung von Aussämlingen in großem Maßstab, Gründung von Bewässerungsgenossenschaften, Verwendung von Kraft-Füttermitteln, Durchschingung großer Meliorationsarbeiten u. zu Gebote ständen. Unterstaatssekretär a. D. Bürgermeister Baß-Straßburg warnte vor einseitiger Begünstigung der Landwirtschaft durch die Zollherhöhung in dem Augenblick, wo das Land im Begriff stehe, durch seine Steuerreform den ländlichen Grundbesitz zum Nachteil der übrigen Berufsstände zu entlasten. Wenn man dem Arbeiter weitere Opfer auferlegen wolle, so müsse er auch in die Lage versetzt werden, solche bringen zu können; das sei aber nur möglich, wenn neben der Landwirtschaft auch das Gewerbe blühe. Augenblicklich befänden wir uns aber nicht in einer Periode des gewerblichen Aufschwungs, sondern der Depression. In den Städten fände man zahlreiche Arbeiter, die ohne Verdienst sind, es würden besonders Minderjährige ergriffen für Arbeitslose. Daß es die Arbeiterchaft unter solchen Umständen als Unrecht empfinde, wenn man ihr das Brot verteuere, das könne man ihr nicht verübeln. Es wurde im Laufe der Debatte festgestellt, daß Elsass-Lothringen im verflochtenen Jahre bei einer Bevölkerung von rund 1 700 000 Seelen insgesamt 1 620 000 Meterzentner Getreide produziert hat, während die Bedarfsmenge 3 825 000 Meterzentner betrug; es seien also nicht weniger als 2 205 000 Meterzentner einzuführen gewesen. Dabei komme aber auch die ländliche Bevölkerung zu etwa einem Fünftel als Konsument in Betracht, habe also an den erhöhten Zöllen in diesem Verhältnis

mit zu tragen. Berücksichtigt man, daß durch letztere andre landwirtschaftliche Bedarfsartikel ebenfalls im Preise steigen würden, so bleibe für den mittleren und kleinen ländlichen Grundbesitz kein Vorteil aus der Zollherhöhung mehr übrig.

Bestrafung des Kontraktbruchs.

Die Männer von des elendesten Wahlsystems Gnaden haben sich wieder einmal mit den Arbeitervertretungsplänen beschäftigt, die schon seit einigen Jahren unter der Firma Kontraktbruchstrafe das Ziel ihrer lebhaftesten Wünsche bilden. Anlaß dazu gab eine Petition der Handelskammer Halberstadt, die darum ersucht,

unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf bald vorgelegt werde, und daß er nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die in diesem Falle mit ihr untrennbar verbundene Industrie berücksichtige.

Mit dieser Petition beschäftigte sich die Petitions-Kommission des Abgeordnetenhauses und sie kommt zu dem Antrage auf Ueberweisung an die Regierung als Material. Die Kommission hat sich zwar der Erwägung nicht verschließen können, daß mindestens für die gewerblichen Arbeiter die Landesgesetzgebung durchaus unzulänglich ist. Dennoch konnte sie sich nicht entschließen, Uebertragung zur Tagesordnung zu beantragen, um ja nicht in den Verdacht zu kommen, daß sie etwa für die gewerblichen Arbeiter die Bestrafung des Kontraktbruchs nicht wünsche. Es müsse ja in der Petition, es solle für die Verlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs „gesorgt“ werden; das könne ja auch so aufgefaßt werden, daß die Regierung aufgefordert werden solle, ihren Einfluß im Bundesrat in dieser Richtung zu verwenden.

Die Agrarier zeigen sich hier übrigens wieder einmal als die besseren Logiker. Von ihrem Standpunkt aus ist es ganz richtig, in der Forderung der Bestrafung des Kontraktbruchs nicht bei der Landwirtschaft stehen zu bleiben. Denn der Einwand, daß eine weitere Verschlechterung der rechtlichen Stellung der Landarbeiter nur den Erfolg haben kann, noch mehr dieser Arbeiter der Industrie zuzutreiben, ist durchaus berechtigt. Um so richtiger ist es aber von Vertretern des industriellen Unternehmertums, dieselbe Maßregel mit derselben Begründung des Arbeitermangels auch für die Industrie zu fordern. Zur Beseitigung eines etwaigen Arbeitermangels ist die Bestrafung des Kontraktbruchs wirklich nicht geeignet; da müßte man schon konsequenter sein und ganz offen die Zwangsarbeit für alle einsehen, die keine nützliche Thätigkeit nachweisen können. Es giebt ja massenhaft Leute, die nichts weiter zu thun haben, als den Ertrag der Arbeit anderer einzusaugen.

Unterdes sorgt die heranziehende Krisis dafür, daß dem Arbeitermangel gründlich abgeholfen wird. Womit will man es denn begründen, daß der „freie Arbeitsvertrag“ unter die Fuchtel eines Strafgesetzes gestellt werden soll als einzige Ausnahme unter allen Vertragsverhältnissen?

Der „freie Arbeitsvertrag“ wird als eine Art bürgerliches Palladium immer hervorgehoben, sobald die Arbeiter auch nur den geringsten Schutz gegen willkürliche Entlassungen beanspruchen; die heiligsten Prinzipien sind dem Bürgerthum aber keinen Pfifferling wert, sobald der Profit einmal dabei in Gefahr gerät.

Die Aufhebung des reichsgesetzlichen Verbots des Streikpostens seitens des Lübecker Senats wird im amtlichen „Lia. Anz.“ mit folgenden Bemerkungen beglückt:

Für den Senat müßte die Erwägung, ob er die Gründe des Reichsgerichts sich anzuweisen vermöge, zur Richtschnur vor der Frage, ob nicht mit Rücksicht auf die Autorität des höchsten Gerichts ohne weiteres die Aufhebung der Verordnung geboten sei. Bei Prüfung der bezüglichen Fragen ist der Senat zu dem Schluß gelangt, daß es unangemessen sein würde, der Reichsgerichts-Entscheidung gegenüber die Stellungnahme der Lübecker Senats und des Hanseatischen Oberlandesgerichts, welche mit der Verordnung sich zu befassen noch keine Gelegenheit gehabt haben, abzuwarten, daß vielmehr die Jurisdiktion der Verordnung angezweifelt.

Der Kampf gegen die Lübecker Verordnung wurde in erster Reihe von der Socialdemokratie aufgenommen. Es ist erfreulich, daß er nunmehr mit vollem Erfolg geendet hat.

Dieser Erfolg darf aber gewiß nicht überschätzt werden. Er bedeutet nur die Abwehr eines reaktionären Plans, dessen Gefährlichkeit darin lag, daß er eine immer weiter gehende Verletzung von reichsgesetzlich feststehenden Rechten der Arbeiterklasse durch einzelstaatliche Umgebungsänderungen vorbereitete. Ist diese Gefahr in dieser einen Frage vorläufig beseitigt, so ist auch nicht zu vergessen, daß auch das Reichsgericht ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen hat, durch Anwendung verkehrspolizeilicher Befugnisse die mihandlichen Absichten des Lübecker Streikpostensverbots zu erzielen. Die Annahme des Lübecker Senats ist zurückgewiesen, der Kampf zum Schutz des Koalitionsrechts gegen das „Ermeßen“ der Polizeibehörden und das Gubdanken jedes beliebigen Schutzmans wird weiter geführt werden müssen.

Das „rote“ Großherzogtum. Die socialreformerischen Ansätze im Großherzogtum Hessen erregen sorgfältig den Grimm der Scharfmacher. Der Regierungsvertreter hatte in der zweiten Kammer mitgeteilt, daß über die Reichsfähigkeit der Arbeiterorganisationen gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Bundes-Regierungen schweben.

Diese Mitteilung finden die Kruppischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ einigermaßen auffällig, und sie halten es vorläufig für ausgeschlossen, daß die verbündeten Regierungen sich den freimüthigen socialdemokratischen Vorschlag, die Gewerkschaften zu legalisieren, zu eigen machen könnten. Die heftige Regierung scheint ja allerdings im Fahrwasser der radikalen „Socialreform“ zu schwimmen.

Für die konservative Korrespondenz werden die heftigsten Regierungsbündelungen durch einige Schätze verständlich, die der „Rheinische Kurier“ wie folgt produziert:

Ulrich — des Führers der heftigsten Socialdemokratie — Einfluß auf die Kammer ist ein weitreichender. Man erzählt sich, daß Herr Ulrich auf den Bureau der Ministerien wie dabe im ist und die Beamten der Ministerien den Kommunalherren von Offenbach den „Vizegroßherzog von Hessen“ nennen. Man tragt sich aber diese Dinge im Großherzogtum schon längst verlegen den Kopf, — alle gegen Ulrich ist nicht aufzulommen. Wenn er einst nobilitiert wird, so soll er — seine Freunde in Ministerium haben auch schon dafür gesagt — Freiherr Carl Theodor Josef Ulrich von Offenbach heißen. An diesem Tage werden die Genossen auch anstehen, wenn auf den Großherzog von Hessen ein Hoch ausgebracht wird.

Mit bitterstem Ernst behandelt dagegen das Organ des Wormser Stimm, der Leder-Dehl, die Angelegenheit. Damit derartiges nicht mehr möglich wäre, forderte die „Wormser Zitg.“ ein neues Ausnahmengesetz gegen die Socialdemokratie. Es sei gar nicht „menschenfreundlich“, daß so lange gezaudert wird, mit den „Machtmitteln“ des Staats den „Ansturz“ zu unterdrücken. Es warn vor der „Verwirrung im Volke“, die entstehen muß, wenn die Socialdemokratie wie eine gleichberechtigte Partei behandelt wird. „Der sehr geringe Zellunterschied zwischen der betreffenden Reichstags-Fraktion (in der die Socialdemokratie der Abscheu-Kandidatur gegen das Aitentat fernbleibt) und dem parlamentarischen Abend in Darmstadt kann überhaupt nicht leicht genannt werden; wenigstens wird die Demokratie im Deutschen Reich doch so viel an Gedankenfreiheit übrig lassen, daß ein Deutscher sich seine Gedanken darüber machen darf.“ Die Wahlreformvorlage der Regierung müsse „thatsächlich Herrn Ulrich zum parlamentarischen Regenten von Hessen machen“, nachdem im jetzt schon die Ministerialbeamten als den „Vizegroßherzog von Hessen“ bezeichnen.

Herr v. Dehl scheint testamentarisch das Gehirn Stimm ver-macht erhalten zu haben.

Im Großherzogtum Hessen aber ist es bis zum Schluß der Redaktion zu keinem Barrikadenkampf gekommen.

Witterung (Regen) 1167 Tage feiern. Leider sind die Ergebnisse nicht in der Bearbeitung so spezialisiert wie in den Wintermonaten, so daß nur konstatiert werden kann, daß 1988 Maurer den vollen Monat wegen Arbeitsmangel arbeitslos waren.

Die Erfurter Töpfer haben ihre Kündigung eingereicht. Der zwischen den Gehilfen und Meistern vereinbarte Tarif wurde von den Gehilfen zum 1. März gekündigt. Eine Antwort der Meister sollte bis zum 17. März gegeben werden. Da eine solche nicht erfolgte, im Gegenteil der Vertrauensmann der Töpfer entlassen wurde, so sah man diese Kündigung als eine nicht mitzubehaltende Antwort an.

Die Tapezierer in Offenbach a. M. sind seit Montag ausständig, weil ihre Anfang dieses Monats eingereichten Forderungen nach einigem Verhandeln abgelehnt wurden. Vor allem war es der Reinstundentag und der geforderte Minimallohn von 18 M., welche die Arbeitgeber nicht bewilligen zu können meinten. Die außerdem noch gestellten Forderungen in Bezug auf Ueberstunden und Sonntagarbeit-Bezahlung, die Abschaffung der Recordarbeit und die Freigabe des 1. Mai hatten wenig oder keinen Anstoß erregt. Ganz nach der Art großer Unternehmer glauben aber diese kleinen Meister vorgehen zu können, indem sie sich verpflichtet haben sollen, ausständig werdende Gehilfen ein Jahr lang von ihren Werkstätten fernhalten zu wollen. 20-25 Mann sind durch den Ausstand in Mitleidenschaft gezogen. Um die Fernhaltung des Zugangs wird dringend ersucht.

Der Streik der Tischler in der Düsseldorf Grob- Tischlerei Bescheider hat mit einem Sieg der Streikenden geendet. Die Firma bewilligte sämtliche Forderungen der Arbeiter, infolgedessen die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Forme und Püher der Eisengießerei von G. Geiger in Düsseldorf sind in den Ausstand getreten. Beteiligt sind 25 Mann.

Zur Lohnbewegung der Schneider. Die Schneider in Bergedorf beschloßen am 16. März die Arbeit zu kündigen. Die Meister haben beschloßen, die 10 Proz. Lohnhöhung erst zu bewilligen, wenn gestreift wird.

Die Aussperrung in Bremen erstreckt sich auf sämtliche Geschäfte, die dem Verein vereinigter Herren-Garderobengeschäfte und der Innung angehören. In Kiel arbeiten zu den neuen Bedingungen 125 Gehilfen, im Streik befinden sich 166.

Ausland.

Heber Streiks und Aussperrungen in Dänemark in den Jahren 1897 bis 1899 hat das „Staatliche Statistische Bureau“ eine 150 Druckseiten umfassende sehr interessante Schrift veröffentlicht. Das statistische Material ist durch Fragebogen gewonnen worden, die das „Statistische Bureau“ sowohl an den „Gesamtverband der Gewerkschaften“ als auch an den „Arbeitgeberbund“ versendet, sobald es von irgend einem Arbeitskonflikt innerhalb Dänemarks Kenntnis erhält. Diese Centralverbände senden die Fragebogen wiederum an die Einzelorganisationen, in deren Bereich der Konflikt stattfindet. Nach Abschluß der Streitigkeiten werden die Fragebogen wieder durch die Centralverbände an das Bureau zurückgeschickt.

Während der drei Jahre 1897, 1898 und 1899 haben insgesamt 356 Arbeitsstreiks stattgefunden; 111: 1897, 147: 1898 und 98: 1899. Auf Kopenhagen und dessen Nachbargemeinden kommen davon 137, auf die Provinzstädte und Handelsplätze 143, auf die Landdistrikte 74, und 2 erstreckten sich über das ganze Land.

Den Ursachen nach entfallen die meisten Konflikte auf das Schneidergeschäft, nämlich 34. Dann folgen die Gruppen: „Verschiedene Fabrikarbeiter“ mit 32, nicht gelernte Arbeiter in Industrie und Handel mit 30, Schmiede- und Maschinenarbeiter 23, Erd- und Betonarbeiter 22, Bäcker und Konditoren 19, Schuhmacher 18, Feiger 14, Tischler 13, und dann kommen noch 30 verschiedene Gewerbe, in denen je 10-1 Arbeitskonflikte stattfanden, außerdem die große Aussperrung des Jahres 1899, die mehrere Verufe umfaßte.

Der Art und Ursache nach werden 294 als Streiks bezeichnet, 19 als Aussperrungen, während der Charakter der übrigen 43 nicht festgestellt werden konnte. In 241 Fällen handelte es sich um Lohnverhältnisse, in 4 um die Arbeitszeit, in 34 um die Arbeitsordnung, in 21 um persönliche Verhältnisse (Entfernung von Streikbrechern, Unthunamer Vorgefahre usw.), in 10 um Organisationsfragen, und in 46 Fällen waren teils verschiedene Ursachen vorhanden, teils konnten die Ursachen nicht festgestellt werden.

52 188 Arbeiter waren an den Konflikten beteiligt, davon entfallen aber auf die große Aussperrung 1899 allein 38 025, und 7419 Arbeitgeber kamen dabei in Betracht, davon kommen allein auf die Aussperrung 1899: 4500.

Von der Gesamtzahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter beiderlei Geschlechts waren prozentual berechnet von Streiks und Aussperrungen betroffen 1897 4 Proz., 1898 3,8 Proz., 1899 20,8 Proz.; von der Gesamtzahl der Arbeitgeber: 1897 2,6 Proz., 1898 4 Proz., 1899 14,0 Proz. Die Zahl der verlorenen Arbeitszeit machte von der Gesamtzahl der von den Arbeitern geleisteten Arbeitszeit: 1897 0,4 Proz., 1898 0,2 Proz., 1899 5,1 Proz. aus. Diese Zahlen beweisen, daß unter normalen Verhältnissen, wenn nicht, wie das 1899 der Fall war, die Arbeitgeber einen umfassenden Kampf herausbeschwören, die Hemmung des Erwerbslebens durch Streiks nur äußerst gering ist.

Von 200 Arbeitskonflikten wurde der Verlust an Arbeitslohn auf 13 Millionen Kronen berechnet, davon fallen auf die 1899 er Aussperrung 12 Millionen. Die Unterstützung, die insgesamt an Streikende und Ausgesperrte ausbezahlt wurde, beträgt in den drei Jahren 3,4 Millionen Kronen.

Von der Gesamtzahl der Kämpfe wurden 128 zu Gunsten der Arbeiter entschieden, 84 schlossen mit einem Kompromiß, 88 endeten zu Gunsten der Arbeitgeber und in 81 Fällen konnte das Resultat nicht festgestellt werden. Es geht daraus hervor, daß die Arbeiter doppelt so viel Kämpfe gewonnen haben als die Unternehmer.

Aus der Schweiz. Die Schneider in St. Gallen erreichten durch eine Lohnbewegung die Erfüllung ihrer gestellten Forderungen, ebenso in Winterthur durch einen kurzen Streik in einem Geschäft. Beim Centralkomitee des Schneiderverbandes haben 11 Sektionen Mitteilung gemacht, daß sie im Frühjahr in Lohnbewegungen eintreten werden. — In Nottach haben die Arbeiter der Glasfabrik Müller wegen Lohnreduktion und Maßregelungen die Arbeit eingestellt.

Die Heimarbeit wurde von den Hren-Emailleuren in Chaux-de-Fonds abgelehnt. Von den Gehilfen sind 97 Proz. organisiert, während die restierenden 3 Proz. Heimarbeiter waren, welche sich um alle Reglements und Vereinbarungen nicht kümmerten und dadurch dieselben Unvorsich machten. Auf das Verlangen der Organisation hin beschloßen die Unternehmer, keine Arbeit mehr hinauszugeben, worauf sich die so kalt gestellten disziplinlosen und unsolidarischen Heimarbeiter der Organisation angeschlossen. Ein neuer Beweis dafür, was eine gute Arbeiterorganisation vermag.

Dänemark. Die verschiedenen Gewerkschaften, die der Eisenindustrie angehören, haben, um neue Nebereinkommen mit den Unternehmer-Organisationen zu treffen, Verhandlungen eingeleitet. Infolge davon ist von den Unternehmern ein gemeinsamer Ausschuß gebildet worden, in dem Vertreter der beiden großen Fabrikanbieter-Verbände der Eisenindustrie für Kopenhagen und für die Provinzen und Vertreter der Verbände der Schmiedemeister und Mechaniker, der Wagen- und Huschmiedemeister und Vertreter der großen Schiffswerften und Maschinenbau-Anstalten sitzen. Dieser gemeinsame Ausschuß hat am Donnerstag voriger Woche den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen ein Schreiben zugestellt, in dem mitgeteilt wird, daß der Ausschuß sich eingehend mit den Forderungen der Arbeiter beschäftigt habe, aber zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß sowohl eine Erhöhung der geltenden Minimallohne, als auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Industrie gegenüber dem Auslande gefährden würde. Die jetzt geltenden Minimallohne und Extrazuschläge für Augen- und Ueberzeit-Arbeit seien schon bedeutend höher als in den konkurrierenden Betrieben im benachbarten Aus-

land, und deshalb seien die diesbezüglichen Forderungen abzulehnen. Der gemeinsame Ausschuß erklärt sich aber außerdem bereit, mit Vertretern sämtlicher bei der Sache interessierter Fachverbände Verhandlungen zu pflegen, um seinen Standpunkt des näheren klarzulegen.

Der Ausstand in Montceau-les-Mines dauert fort. In vier Versammlungen haben die Streikenden über die Wiederaufnahme Beschluß gefaßt. Sie wurde einstimmig abgelehnt, weil die Direktion, wie bereits mitgeteilt, einige hundert Arbeiter aussperrern will, angeblich, weil nicht genügend Aufträge vorhanden wären. Das Komitee hat der Direktion die ablehnenden Beschlüsse der Streikenden mitgeteilt. Ferner hat das Komitee ein Schreiben an den Kammerpräsidenten Deschanel gerichtet, in welchem es ihn um die Erlaubnis ersucht, daß drei Delegierte der Streikenden in der Kammer Zutritt erhalten, um die Lage in Montceau zu schildern. Ein weiterer Beschluß des Komitees geht dahin, den Nationalverband der Bergleute aufzufordern, den Generalkongress zu beschließen; geschieht dies nicht, so will das Syndikat von Montceau aus dem Verbands auscheiden.

Die „Gelben“ unterhandeln unterdessen weiter mit der Direktion; angeblich sollen sich 1600 dieses Syndikats zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt haben.

Dieser Tage wurden zwei Mitglieder des „gelben Syndikats“ wegen verübter Gewaltthatigkeiten an Mitgliedern des „roten Syndikats“ und an städtischen Beamten zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Gerichts-Beilage.

Der sogenannte „Millionendiebstahl“, der in der Nacht zum 21. September v. J. in der Tiergartenstraße verübt wurde, beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Der Thäter beschuldigt sind der Diener Hermann Buh und der Portier Heinrich Waldbach. Ersterer ist bereits wegen Diebstahls und Urkundenfälschung mit vier Monaten Gefängnis vorbestraft, Waldbach ist unbestraft. Im Hause Tiergartenstr. 30 befindet sich die Wohnung des Dr. phil. Brede. Die wenigen Häuser dieser Privatstraße besitzen Vorgärten und sind durch massive Mauern von den Nachbar-Grundstücken getrennt. Dies ist auch bei dem Grundstück des Dr. Brede der Fall. In den Jahren 1899 und 1900 kamen in der Wohnung des Dr. Brede wiederholt Diebstähle vor, ohne daß es gelang, den Thäter zu ermitteln. Sylvester 1900 vernichtete er einen Pfandbrief über 1000 M., der ihm aus seinem verpfändeten Geldschrank gestohlen sein mußte. In der Nacht zum 1. Juni 1900 verschwand ferner aus dem Arbeitszimmer des Dr. Brede 60 M. bares Geld, die offen auf dem Schreibtisch gelegen hatten, ebenso eine goldene Brille und noch mehrere Gegenstände von geringerem Werte. Da alle Türen und Schlösser in Ordnung waren, so wurde angenommen, daß ein Hausdieb der Thäter sei. Dann folgte in der Nacht zum 21. September vorigen Jahres ein Einbruchdiebstahl, bei dem den Thätern reiche Beute in die Hände fiel. Dieselben mußten allen Umständen nach mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraut gewesen sein. Kriminalkommissar von Wämann, der mit den Ermittlungen betraut wurde, machte folgende Feststellungen: Der Thäter war, wie die Fußspuren bewiesen, vom Nachbargrundstück über die Mauer gestiegen und hatte dann die zum hinteren Treppenaufgang des Brede'schen Hauses führende Thür mittels Rasthahls geöffnet. Hier war er auf ein Hindernis gestoßen, da die Thür wegen der davorgelegten Sicherheitskette nicht ganz zu öffnen war. Nun hatte der Thäter seinen Plan geändert. Er war bis zur vorderen Eingangstür gegangen, hatte auch diese mittels Rasthahls geöffnet und war dann in das Arbeitszimmer des Dr. Brede, das zu ebener Erde lag, geschlichen. Der Dieb mußte gewußt haben, daß Dr. Brede den Schlüssel zu seinem Geldschrank in einem der beiden verlockenden Schließfächer seines Schreibtisches aufbewahrt, denn beide Rastlöcher wurden mittels Rasthahls geöffnet. Der Schlüssel zum Geldschrank wurde gefunden und der letztere dann geöffnet. Der Dieb entnahm demselben 7 Mappen, die Wertpapiere zum Gesamtwert von etwa 20 000 Mark und außerdem Depotscheine über Papiere von kolossalen Werten enthielten. Der Thäter hatte den Geldschrank sorgfältig wieder verschlossen, den Schlüssel wieder an seinen Aufbewahrungsort gelegt und auch diesen wieder verschlossen, nachdem er sich das darin aufbewahrte bare Geld — etwa 2500 M. — angeeignet. Keine Spur deutete darauf hin, daß in dem Raum ein Einbrecher gehaust. Als Dr. Brede am folgenden Morgen seinen Schreibtisch öffnete, um demselben Geld zu entnehmen, entdeckte er den Diebstahl. Später stellte sich heraus, daß bei dem vorhergegangenen Diebstahl in der Neujahrsnacht noch zwei Pfandbriefe gestohlen worden waren, die Dr. Brede noch nicht vernichtet hatte. Am 9. Juli vor. J. waren nämlich bei der Berliner Bank und bei der Dresdener Bank je ein Pfandbrief über 1000 M. unter einem falschen Namen verlegt worden. Diese Pfandbriefe gehörten zum Vermögen des Dr. Brede.

Den Umständen nach konnte sich der Verdacht der Thäterschaft nur auf eine Persönlichkeit lenken, die mit den Verhältnissen und Gepflogenheiten im Brede'schen Hause genau bekannt war. Es wurde der Angeklagte Buh, der vom Frühjahr 1899 bis zum 1. März 1900 beim Dr. Brede Diener gewesen war, beobachtet, und bald ergaben sich so viele verdächtige Umstände, daß zu seiner Verhaftung geschritten werden konnte. Verschiedene Thatsachen deuten darauf hin, daß der Thäter einen Genossen gehabt und diesen glaubte die Polizei in der Person des zweiten Angeklagten, des Portiers Waldbach, gefunden zu haben. Beide sind seit Jahren eng befreundet.

Am Morgen des 21. September wurden die gestohlenen Depotscheine, deren Verwertung dem Dieb wohl zu gefaßt gewesen sein mochte, in einem Abteil dritter Klasse des Vorortzugs gefunden, der um 6 Uhr 50 Min. von Charlottenburg nach Friedrichsberg gegangen war. Es wird angenommen, daß Buh sich auf diese Weise der Papiere entledigt hat. Die beiden Pfandbriefe, welche im Juli v. J. unter falschem Namen begeben wurden, sollen von Waldbach umgekehrt sein. Noch während Buh sich im Dienst des Dr. Brede befand, reiste er mehrmals zu seinem Bruder, der im Dorf Ritter bei Rangard eine kleine Wirtschaft besaß. Bei diesem gab sich plötzlich eine auffallende Vermögensverbesserung zu erkennen. In der Behandlung des Buh wurden halb fertig gestellte Rasthahlschlüssel gefunden. Aus allen diesen verdächtigen Umständen schließt die Anklagebehörde, daß Buh und Waldbach die Thäter sind. Da dieselben ihre Schuld bestreiten, so hat ein großer Zeugenapparat aufgebieten werden müssen.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kaller, Staatsanwalt Uhlle vertritt die Anklagebehörde, Buh wird vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt, Waldbach vom Rechtsanwalt Dr. Bronker verteidigt. Der Angeklagte Buh giebt an, daß er verschiedentlich in der Lotterie gewonnen und daraus seinem Bruder die Zuwendungen gemacht habe. Nachdem verschiedene Zeugen gehört waren, die sich nur über Indizien anlassen konnten, wurde die Verhandlung bis Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt.

Unter der Anklage des versuchten Mords stand gestern der Schankwirt August König vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Es handelte sich um den vielbesprochenen Ueberfall, den der Angeklagte am 8. Oktober v. J. auf seinen Hauswirt, den Eigentümer Julius Schulz, Brangelstr. 1, ausgeführt hat. Als Herr Schulz am 8. Oktober, nachmittags gegen 1/2 Uhr, von einem Ausgange zurückkehrend, sein Haus betrat und eben im Begriff war, die zum Erdgeschoß führende Treppe hinauf zu steigen, wurde er — nach seiner Behauptung — von dem Angeklagten, der vor seine Corridorstür getreten war, durch zwei Revolvergeschosse verwundet. Er hat zwei Wunden am Kopf davon getragen. Schulz verlor die Besinnung und stürzte von der Treppe rückwärts auf den Gangflur, wobei er sich Verletzungen an der rechten Schulter und dem rechten Schenkel zuzog. Seine Wunden sind schnell geheilt. Der Angeklagte bestreitet, einen Revolver besessen oder mit einem solchen auf Schulz geschossen zu haben, behauptet vielmehr, mit einem Stiel-Gasrohr, welches er in

der Hand gehabt, dem Schulz die Verletzungen beigebracht zu haben. Ein Revolver ist in der That nicht gefunden worden, ebenso sind die Kugeln, die auf den Verletzten abgefeuert sein sollen, nicht entdeckt. Die Anklagebehörde hält dies nicht für auffällig, da der Angeklagte den Revolver nach der That beseitigt haben könnte und die Kugeln vielleicht von der Portierfrau, als sie die Wutlücke aufsuchte, bei Seite geschoben sein mögen. Das Motiv zur That ist Mord und Feindschaft. Im September 1900 war ihm zu Ohren gekommen, daß Schulz ihm zum 1. April 1901 kündigen wolle. Der Angeklagte soll daraufhin schon mehrfach Drohungen gegen Schulz ausgesprochen haben, so daß Herr Schulz sich vor ihm fürchtete und ihm mitteilen ließ, er werde die Anfang Oktober fällige Miete durch das Bankhaus S. Jaffé sich erlösen, der Angeklagte solle sie ihm nicht persönlich überbringen. Trotzdem kam er am 1. Oktober persönlich, um die Miete zu bringen, und als ihm gesagt wurde, daß Herr Schulz nicht anwesend sei, soll er mit drohender Miene gefaßt haben: „Ich werde ihn schon finden!“ Auch die Ehefrau des Angeklagten hatte bei einer Gelegenheit gesagt: Wenn ihrem Manne gekündigt würde, dann würde wohl etwas passieren und ihr Mann würde sich dann selbst töten. Am 2. Oktober ist Herr Schulz zur Polizei gegangen und hat dort dem Wachmeister erklärt, er fürchte, daß ihn der Angeklagte eines Tags über den Hausen schießen werde. Der Wachmeister hat sich darauf zu dem Angeklagten begeben und ihn vor thörichten Schritten gewarnt. Am Tage der That hat eine Frau, die mit dem Angeklagten auf demselben Korridor wohnt, gesehen, wie dieser an der nach der Treppe führenden Thür stand, durch das Guckloch blickte und dem Herrn Schulz offenbar auflauerte. Belastend führte die Anklagebehörde ins Feld, daß der Angeklagte am Vormittag des 8. Oktober sein ganzes Geld in Höhe von 11 000 M. zu sich gesteckt und darüber wiederholte Angaben gemacht habe. Die Anklage steht auf dem Standpunkte, daß der Angeklagte die Flucht nach der That vorbereiten wollte, also mit voller Ueberlegung gehandelt habe. Nach der That fuhr er nach Sodowa und vergrub dort das Geld im Walde. Anfänglich hatte er behauptet, er sei im Tiergarten gesteckt worden und es sei ihm auf diese Weise sein Geld abhanden gekommen. In der sehr umfangreichen Beweisaufnahme traten zwischen den Sachverständigen verschiedene Ansichten über die Natur der Wunden zu Tage, namentlich bezweifelt Dr. Poppe, daß die Wunden als Schußwunden aufzufassen seien. Der Verteidiger Rechtsanwalt Vobbecker hatte einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten, um die Behauptung zu rechtfertigen, daß der Angeklagte auf Grund epileptischer Basis nicht als zurechnungsfähig anzusehen sei. Es trat eine ganze Reihe von Zeugen auf, die eine Anzahl von Vorgängen bezeugten, aus denen sie den Schluß zogen, daß der Angeklagte geistesverwirrt sei. Dem gegenüber bezeugten die medizinischen Sachverständigen, daß der Angeklagte zwar Epileptiker sei und sich leicht zu Extravaganzen hinreißen lasse, daß aber seine freie Willensbestimmung nicht ausgeschlossen sei. — Der Staatsanwalt plaidierte auf versuchten Mord, der Verteidiger vertat dagegen den Standpunkt, daß der Angeklagte nicht ins Justizhaus, sondern in eine Heilanstalt gehöre, da er als unzurechnungsfähig zu gelten habe. Eventuell bestritt der Verteidiger, daß nach der Beweisaufnahme von einem Mordversuch die Rede sein könne. Auf alle Fälle müsse die ruhige Ueberlegung bei dem Angeklagten ausgeschlossen werden; es liege aber auch nicht der Versuch eines Totschlages, sondern höchstens Körperverletzung vor.

Der Widerspruch der Geschworenen lautete auf Schuldig der schweren Körperverletzung mittels einer Waffe und eines hinterlistigen Ueberfalls aber unter Jubilation von mildendenden Umständen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, das zulässig höchste Strafmaß.

Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren, wovon zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbracht erachtet wurden.

Freiherr Theodor v. Broich, Lieutenant der Garde-Landwehrravallerie hatte sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen Betrugs zu verantworten. Es handelte sich um einen Stellenschacher, bei welchem der praktische Arzt Dr. Geisch der leidende Teil geblieben ist. Der Freiherr, ein Sohn des Geh. Ober-Regierungsrats v. Broich, hatte dem Mediziner vorgeschwindelt, daß er ihm eine Stelle als Gefängnisarzt verschaffen wolle, der Lohn für diese Freundschaftsthat war ein Wechsel auf 2400 M., mit dem der Freiherr den Arzt belastete. Das Urteil lautete auf 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gotha, 19. März. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Bei der Konstituierung des Landtags wurde Liebetreu als Präsident, Bod (soc.) als Vizepräsident, Köhler als Schriftführer gewählt. In den Ausschuß wurde von den Genossen Bod und Demmer, in die Finanzkommission Bod, Demmer und Litzsch, in die Verwaltungskommission Schander, Wolf und Köllner, in die Schulkommission Joss und Spengler, in die Reichskommission Bod und Hildebrand gewählt.

Der Streik in Marseille.

Paris, 19. März. (B. Z. B.) Der Präsident der Pariser Handelskammer wurde heute vom Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau und vom Handelsminister Millerand empfangen. Beide Minister erklärten, ihr Bemühen sei darauf gerichtet, die Freiheit der Arbeit zu schützen, und sprachen den Wunsch aus, es möge möglichst bald zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter ein Einvernehmen erzielt werden. Der Präsident der Handelskammer bemerkte, die Arbeitgeber müßten an ihren im August vorigen Jahres festgestellten Bedingungen festhalten. — Der Maire von Marseille richtete an Waldeck-Rousseau ein Telegramm, in welchem er verlangt, die Regierung solle die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit veranlassen.

Gotha will nicht kapitulieren!

London, 19. März. (B. Z. B.) Unterhaus. Chamberlain erklärt, Gotha habe Lord Ritchener dringlich mitgeteilt, er sei nicht bereit, die Bedingungen, welche Ritchener ihm mitzuteilen den Auftrag hatte, der ersten Erwägung seiner Regierung zu empfehlen. Gotha bemerkte dazu, seine Regierung und seine obersten Offiziere stimmten mit seinen Ansichten überein. Die Schriftstücke, welche sich auf die Angelegenheiten beziehen, werden dem Parlament heute Abend zu gehen.

London, 19. März. (B. Z. B.) Gegen De Wet, welcher jeden Friedensvorschlag ablehnt, wird nächstens eine große kombinierte Bewegung, welche Ritchener persönlich leitet, durchgeführt werden.

Frankfurt a. M., 19. März. (B. Z. B.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Dem Bureau Kasan wird aus Peking von heute telegraphiert, daß die Engländer ihre Wachtposten von Vahstation in Tientsin zurückgezogen. Der Streitfall gilt als erledigt, soweit die in China handelnden Behörden in Betracht kommen.

Wien, 19. März. (B. Z. B.) In der heute mittag zwischen dem Finanzminister und den Vertretern sämtlicher großen Parlamentsparteien stattgefundenen Beratung erklärten sich letztere gegen jede weitere Erhöhung der Drahtverlängerung.

Moskau, 19. März. (B. Z. B.) Auf der nach Weneu bei Tula führenden Zweigbahn der Linie Moskau-Rjasan entgleiste gestern Abend ein Personenzug, wobei die Lokomotive und 5 Wagen des Eisenbahnwagens herabstürzten. 2 Bahndiener und 6 Reisende erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Reichstag.

71. Sitzung vom Dienstag, den 19. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Vosadowky, v. Tzipy, Freiherr v. Nischhofen, v. Gohler, Herr v. Thielmann, später der Reichskanzler Graf Bülow.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Reichshandhabungsetats. In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort:

Herr v. Schele-Munster (Welfe):

Der höchste Beamte des Reichs hat den krassen Egoismus als Grundlage aller Politik gefeiert. Wir stehen auf dem Standpunkt des Rechts, das habe ich schon vor zwei Jahren betont; es ist zwecklos, darauf heute wieder ausführlich einzugehen. Ich habe vielmehr einige Specialwünsche vorzutragen. Dazu gehört die Reorganisation des Unteroffiziercorps. Den Unteroffizieren, die 12 Jahre gedient haben, müssen bessere Chancen geboten werden, als das heute der Fall ist.

Nedner beklagt sich des weiteren über Zurücksetzung hannoverscher Offiziere in der Beförderung gegenüber den übrigen preussischen Offizieren.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialberatung wird zunächst der Etat des Reichstags debattellos bewilligt. Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Abg. Fischer (Soc.):

An den Herrn Reichskanzler, welcher zugleich preussischer Ministerpräsident ist, möchte ich bei diesem Titel mit der Frage gefastet, ob er Kenntnis davon hat, daß die Berliner politische Polizei, die ja, wie wir aus den Erklärungen des Herrn Generalmajors v. Gade im Lauch-Prozess gehört haben, in ihrer Abteilung für Spionage aus den allgemeinen Reichsmitteln subventioniert wird, durch ihre bezahlten Agenten auch uns, die socialdemokratische Fraktion bespioniert läßt, beziehentlich Versuche dazu unternommen hat. (Hört, hört! v. d. Socialdemokraten), und falls der Herr Reichskanzler, wie ich zu seiner Ehre von vornherein annehme, von solchen Praktiken der Berliner Polizei keine Kenntnis hat, möchte ich mit weiter die Frage gestatten, ob er wenigstens die Erklärung abgeben will, daß er solche Praktiken der einzelnen Beamten der Berliner politischen Polizei für die Zukunft verhindern werde. Ich will hier die ganze Frage der politischen Polizei nicht aufrollen. Es mag auch in diesem Hause Personen oder vielleicht sogar Parteien geben, die der Ueberzeugung sind, daß die Berliner politische Polizei notwendig, vielleicht sogar erforderlich ist. Ich persönlich mache keinen Hehl daraus, daß ich diese ganze Institution für durch und durch unmoralisch halte, daß ich der Ueberzeugung bin, sie beruhe ihrer ganzen Natur nach auf Lug, Trug und Schwindel, und sie führe mit Notwendigkeit zur politischen und persönlichen Korruption. Das Wort, das seiner Zeit der Kriminalkommissar v. Lauch, der Vortrager der Verurteilung der politischen Polizei, in seinem Prozeßbuch mit Herr v. Marshall ansetzte: „Die unsaubersten Agenten sind zugleich die besten“, gewinnt in der Praxis nur allzu oft die Bedeutung, daß auch für die Beamten der politischen Polizei die unsaubersten Praktiken als die besten gelten. Man braucht ja nur an den Sternberg-Prozess zu erinnern, wenn man die Hring-Wahl, Kaporra usw. nicht erwähnen will. Aber selbst zugestanden, daß die politische Polizei als Institution notwendig sei, wird man doch die Einschränkung gelten lassen müssen, daß sie sich darauf beschränken muß, die ihr zugehenden, die ihr angebotenen Nachrichten entgegenzunehmen und zu verwenden; aber es wird immer als eine unsaubere und mit der Ehre eines anständigen Menschen unvereinbare Handlung gelten müssen, wenn Beamte der Berliner politischen Polizei sich im Gewande des Vernehmers an ehrliche Menschen heranschleichen, um sie zu Verrätherdiensten zu verleiten. Diese Auffassung scheint aber in der Berliner politischen Polizei heutzutage noch nicht Geltung zu haben, wie das der Fall beweist, den ich zur Kenntnis des Reichskanzlers zu bringen habe. Ich habe die Thatsache von einem Manne selbst, dem diese nichtswürdige Handlung von einem Beamten der Berliner politischen Polizei zugemutet wurde. Es war der Kriminal-Wachtmeister Diener, seit langer Zeit an der politischen Abteilung thätig, der sich vor einiger Zeit an einen meiner Parteigenossen herangemacht hat und ihn unter Versprechung guter Bezahlung zum Judas an seinen Freunden und Parteigenossen zu werden suchte.

Er brachte ihn in einer Wirtschaft in der Genthinerstraße mit seinem Vorgesetzten, dem Kriminalkommissar v. Armin, zusammen, um gleichsam seinen Verdiensten und Verprechungen den offiziellen Stempel aufzudrücken. Ich will die gewöhnlichen Klaffe, die Spekulationen auf die Schwäche, Dummheit und Schlächtigkeit, die nur einmal mit diesem schändlichen Handweck ständig zusammenhängen, hier nicht einzeln aufzählen. Für mich kommt allein die Thatsache in Betracht, daß diesem unserem Parteigenossen versprochen wurde, aus den Mitteln der Polizei ein paar 1000 M. zur Verfügung gestellt zu erhalten, um eine Kneipe einzurichten, damit er so Gelegenheit, Zeit und finanzielle Unabhängigkeit erlange und in der Lage sei, unserer Parteibewegung sich mehr zu nähern und unter Umständen auch eine Reichstagskandidatur zu erhalten, damit er dann im Falle der Wahl die Beschäfte, Handlungen und Beratungen aus unsren Fraktionsstimmungen der politischen Polizei in Berlin mitteilen könne. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Thatsache steht fest und der Reichskanzler braucht bloß in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident hier die Erklärung abzugeben, daß die beiden Beamten, die ich hier mit Namen genannt habe, vor Gericht nicht in der Lage sein sollen, sich hinter ihr Amtsgeheimnis zu verstecken, so wird vielleicht sehr bald Gelegenheit gegeben, vor Gericht die Richtigkeit meiner Behauptungen festzustellen. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß im Prozess Lauch durch den Generalmajor v. Gade, der früher dem Bundesrat als Kommissar beigeordnet war, konstatiert worden ist, daß zum Zweck der militärischen und ausländischen Spionage der Berliner politischen Polizei aus dem allgemeinen Fonds des Reichs Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daß nun diese politische und Spionage-Polizei aus ein und denselben Personen sich zusammensetzt und daß ihre zweifelhafte Thätigkeit sich nicht trennen läßt, so daß auch die Reichsbedienen ein Stück moralischer Verantwortung für die andre Seite der Thätigkeit übernehmen müssen, für diese Thatsache habe ich erst jüngst einen neuen Beweis erhalten. Da hat der seiner Erklärung nach im Spionagedienst beschäftigte Kriminalkommissar Leuthold im Auftrag desselben Wachtmeisters Diener und desselben Kommissars v. Armin ganz wie im vorhergehenden Fall einen ehrlichen Genossen zum Spionager zu werden gesucht, nur mit der Abweichung, daß es sich hier um einen in Rollage befindlichen Arbeiter handelte, der sieben Kinder zu ernähren hatte und zur Zeit arbeitslos war. Es liegt mir zum Beweis ein Brief dieses Leuthold vor, wonach am 8. Januar dieses Jahres Kommissar v. Armin in einer Wirtschaft in der Turnstraße mit dem betreffenden Arbeiter persönlich verhandelt hat. Dieser im Spionagedienst beschäftigte, also aus Reichsmitteln subventionierte Leuthold hat nun dem zum Spionager aufgeförderten Genossen gegenüber nach dessen Darstellung wiederholt das Gespräch auf Kaiser Wilhelm II. gelenkt, und zwar so, daß der betreffende nach seiner Auffassung zu einer höflichen und respektvollen Bemerkung veranlaßt werden sollte, (Hört! hört! links) um ihn dann vielleicht unter der Drohung der Majestätsbeleidigungs-Demützung seinen schoslen Zwecken geneigter zu machen. Er suchte sich als Landmann in die Familie einzuführen, brachte den Kindern Bonbons mit und fragte sie, ob sie auch schon den Kaiser gesehen hätten.

Als die Kinder das bejahten, sprach er von der Schmirrbart- façon: „Es ist erreicht.“ Da war es die Geste und der Ton, der die Ruffil machte. Ein andres Mal, als er mit dem Betreffenden an einem Hause vorbeiging, wo die drei Kaiserbüsten aufgestellt waren, meinte er: „Ja, Kaiser Friedrich III. sei ein Volkstseind gemacht, beinahe ein halber Socialdemokrat, aber derjenige Kaiser wäre doch gerade das Gegenteil davon und“ (Hört! hört! links). Er hatte natürlich die Antwort erwartet, die der andre so klug war, nicht zu geben.

Ich will mich aller Schlußfolgerungen enthalten, wiewohl der Versuch nahe läge, eine Parallele zu ziehen zwischen dieser schuftigen Handlungsweise einiger Beamten und der sittlichen Entzückung, mit der beispielsweise im Sternberg-Prozess der Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt und Gerichtspräsident das Treiben der Sternbergischen Agenten verurteilt haben. Da wurde, ich will nicht etwa sagen, ohne Grund, das Treiben gebrandmarkt, aber man darf doch bemerken, daß Sternberg bis zuletzt seine Unschuld gegenüber einzelnen Anklagepunkten betonte, und daß er, wenn er auch von dem Rechte des Angeklagten, zu leugnen, Gebrauch machte, doch immer im Stande der Notwehr sich befunden hat. In den beiden Fällen aber, die ich hier zur Sprache brachte, handelte es sich darum, daß Beamte bemüht waren, einen ehrlichen Menschen zum Gauner zu machen, und daß sie freilich glaubten, mittels solcher Praktiken eine Beförderung in ihrer Stellung zu erzielen, vielleicht dachten sie auch an recht hohe Gratifikationen. Ich frage die Reichsregierung, ob sie mit solcher Thätigkeit der politischen Polizei einverstanden ist, und ob die vom Reichstag verlangten geheimen Fonds dazu verwendet werden, daß einzelne gewissenlose Beamte sogar unsre Beschlüsse und Handlungen als Mitglieder der Volksvertretung überwachen und bespionieren, daß wir also Gefahr laufen, auf die Demützung eines anonymen Lumpen hin in den Polizeilisten zu figurieren. Es handelt sich hier nicht nur um unser Fraktionsinteresse, sondern um die Würde und das Ansehen des ganzen Reichstags. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Ich erwidere dem Herrn Abgeordneten, daß mir von den Vorgängen, die er zur Sprache gebracht hat, nicht das allermeiste bekannt ist. Schon deshalb bin ich nicht in der Lage, auf dies Material näher einzugehen. Im übrigen ist das eine preussische Angelegenheit, und der preussische Minister des Innern würde sicher im preussischen Landtage die nötige Aufklärung geben.

Abg. Fischer (Soc.):

Ich kann dem Herrn Reichskanzler bedingungslos zugeben, daß wenn es sich bloß um eine Angelegenheit der preussischen Polizei handelte, seine Auffassung, daß diese Sache vor den preussischen Landtag gehöre, vollständig zutreffen würde. Hier aber handelt es sich um eine Aktion der Berliner politischen Polizei in Bezug auf eine Fraktion dieses Hauses (sehr richtig! bei den Socialdemokraten), und darüber habe ich jede Antwort in der Erklärung des Herrn Reichskanzlers vernimmt. Auch die Antwort, ob er ein solches Verfahren billigt oder nicht billigt, und ob er bereit ist, in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident solche Bespionierung von Vertretern dieses Hauses künftighin unmöglich zu machen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Nach einer kleinen Pause erklärt

Graf Ballestrem,

daß niemand mehr das Wort wünsche.

Abg. Fischer-Berlin meldet sich zum Wort.

Abg. Fischer (Soc.):

Wenn der Herr Reichskanzler sogar die Erklärung, die wir doch in unsrer Eigenschaft als Mitglieder dieses Hauses von der Reichsregierung verlangen zu dürfen glauben, nicht abgibt, dann kann daraus keine andre Schlußfolgerung gezogen werden, als daß man annehmen muß, daß ebenso wie in dem Fall der 12 000 Mark-Affaire gegenüber dem Grafen Vosadowky (Oh! oh! und Widerspruch rechts und im Centrum) der Reichskanzler nicht in der Lage ist, die Zusicherung zu geben, die wir verlangen können. (Große Unruhe im Centrum und rechts. Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Der Etat des Reichskanzlers wird hierauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Fürst v. Bismarck (wiltl.):

Ich habe zu der Chinafrage bisher geschwiegen, weil ich an einer noch nicht zum Abschluß gelangten Angelegenheit nicht Kritik üben wollte. Ich habe heute nur deshalb das Wort genommen, weil der Reichskanzler in sehr pointierter Wendung die ostasiatischen Interessen als eine Lebensfrage für Deutschland bezeichnet hat. Das scheint mir doch ein etwas weitgehender Ausdruck. Gewiß giebt es Lebensfragen für Deutschland in Europa, für die man bis zum letzten lämpfen muß. Aber von einer solchen Lebensfrage kann in China nicht gesprochen werden. Wenn die Wahrung sian-tschon unterblieben wäre, die Nachstellung Deutschlands hätte darunter nicht gelitten. (Sehr richtig! rechts.) Die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers war geeignet, den ruhigen Vorgesetzten zu erschrecken. Gerade mit Rücksicht auf die Bedenken der Linken wollte ich diese Aeußerung auf ihren richtigen Wert zurückführen. Der Platz an der Sonne ist gewiß sehr begehrenswert. Aber es kann auch zu viel Sonnenbrand geben, so daß ein Platz im Schatten angenehmer ist. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Mit Befriedigung hat es mich erfüllt, daß der Reichskanzler betont hat, wir haben in China wesentlich wirtschaftliche Interessen. Das „wesentlich“ war hoffentlich nur rhetorische Ornamentik. Ohne Kenntnis der Einzelheiten und der Akten können wir an der auswärtigen Politik keine nuybringende Kritik üben. Wir müssen uns bescheiden und den lieben Gott bitten, daß er uns Glück giebt auch in der Leitung der auswärtigen Politik. Ueberlassen wir in China die Initiative den interessierten Mächten. Die Hauptsache ist, daß wir unser Geld zurückbekommen. Erhalten wir nur 60% Proz. bei dem chinesischen Kontrakt, so können wir auch damit abschließen. Küher den Svezölzen giebt es, wie mir ein befreundeter Diplomat versichert hat, keine andre in Betracht kommende Quelle für die Aufbringung der Kriegsentwöhnung durch China. Die Svezölze dürfen nicht zu hoch und nicht zu niedrig bemessen werden; höchstens ihre Verdoppelung ist möglich. Eine chinesische Anleihe verhörschtere ich ebenso wie der Reichskanzler. Die Henne darf nicht geschlachtet werden, die uns die Eier legt. Herr von Brandt ist der beste Kenner Chinas. Es thut mir leid, daß es nicht gelungen ist, ihn auf seinem Vorkinger Posten zu erhalten. Herr von Brandt billigt nicht alles, was wir in China thun, um so anerkennenswerter ist es, daß der Reichskanzler ihn zu Rate gezogen hat. Aus patriotischen Gründen will ich keine weitere Kritik üben. Ich hoffe, daß wir recht bald mit Ehren aus China herauströmen und möglichst niemals Weiskill wiedersehen. (Bravo rechts.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Ich danke dem Herrn Vorredner für die wohlwollende Art und Weise, mit der er meine Politik kritisiert hat. (Heiterkeit links.) Gewiß, meine Herren, er hat in wohlwollender Weise speziell meine nicht ganz leichte Stellung in der Chinafrage beurteilt. Dafür spreche ich ihm meinen Dank aus. Er hat mich aber neulich nicht ganz richtig verstanden, wenn er einen Widerspruch zwischen dem Telegramm, welches ich an die Postchaft in China gerichtet habe und in der Wendung, China dürfe kein Staatsvermögen nicht ungebührlich verringern, in fraudem creditorum

gefunden hat. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir an der Wandschüre kein Interesse haben und daß sich kein Artikel unsres Abkommens mit England auf die Wandschüre bezieht, aber wir müssen verlangen, daß China nicht bevor es die berechtigten Forderungen der Mächte erfüllt hat, sein Staatsvermögen zu sehr verringert. Das ist an keiner Stelle mißverstanden worden, und da der Herr Vorredner dies Thema angechnitten hat, so freue ich mich gerade heute ein Telegramm mitteilen zu können, das ich heute aus Petersburg erhalten habe, wonach der dortige Minister des Aeußern unsrem Gesandten gegenüber seine volle Uebereinstimmung mit meiner neulichen Erklärung bekundet hat.

Der Herr Abgeordnete hat sich weiter bezogen auf den Herrn Abgeordneten Richter, und da nehme ich keinen Anstand zu sagen, daß ich auch das neulich aufgestellte Programm des Herrn Richter, „reddo legiones“, „Gieb mir meine Legionen und meine Millionen wieder“, als ein ganz vortreffliches Programm betrachte, und es freut mich, daß die beiden Herren sich in dieser Angelegenheit begegnet haben. Doppelt freut es mich, seitdem sich neulich Herr Richter auf den Fürsten Bismarck bezogen hat, das beweist, daß sich doch schließlich der Berg und Mohammed einmal begegnen. (Heiterkeit.) Von einem Schred, der den deutschen Bürger ergriffen haben sollte, habe ich nichts entbedt. Ich habe auch neulich im ganzen Tenor meiner Rede keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir Ostasien durchaus nicht als Angel- und Drehpunkt unsrer Politik betrachten. Allerdings habe ich darauf hingewiesen, daß wir in Ostasien sehr große Handelsinteressen haben. Unser Handel repräsentiert einen Wert von über 80 Millionen. In Schantung haben wir 300 Millionen investiert, das ist schließlich kein Pappenstiel. Wir haben ein Interesse daran, China nicht die Beute einer andren Macht werden zu lassen. Herr Bassermann hat neulich den Ausdruck eines Kuhängers der äußersten Linken citiert, des Herrn Wernstein, welcher gesagt hat, Deutschland hätte ein eminentes Interesse daran, daß der chinesische Handel ihm nicht aus den Händen gütte. Den Schwerpunkt unsrer Politik suchen wir nach wie vor in Europa, aber wir werden auch unsre Interessen in Ostasien, die sehr wichtig sind, schützen, und namentlich werden wir unsre Ehre schützen, die dadurch angegriffen ist, daß unser Gesandter in völlerrechtswidriger Weise mahatricht worden ist. Diese Wahrung unsrer Ehre betrachte ich allerdings als eine Lebensfrage. (Bravo! rechts.)

Abg. Pachtke (fr. Bgg.):

Um das Wörtchen „wesentlich“ brauchen wir uns nicht wesentlich zu kümmern. Wenn Fürst Bismarck meinte, die Svezölze dürfen nicht zu hoch und nicht zu niedrig sein, so hat er damit in der That eine ewige Wahrheit ausgesprochen. (Heiterkeit links.) Nedner tadelt, daß die Veröffentlichung der Deklarationen der Haager Konferenz, die im März vorigen Jahres schon versprochen war, noch immer nicht erfolgt sei. Der Zweck der Haager Konferenz, als Abrüstungskonferenz zu dienen, ging ja bald verloren. Ihre Aufgabe war nicht dem Frieden, sondern dem Kriege gewidmet. Ich will hervorheben, daß es in Haag ausdrücklich verboten worden ist, eine Erklärung abzugeben, daß kein Pardon gegeben werden darf. Ich freue mich, daß Deutschland diesem Verbot zugestimmt hat. Gerade, weil die Haager Konferenz manche Hoffnungen zerstört hat, sollten ihre Ergebnisse bald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Nischhofen:

Die Texte der Konventionen und Deklarationen liegen zur Publikation im Reichsgesetzblatt bereits vor. Nach rechtlichen Grundsätzen erfolgt die Publikation aber nur dann, wenn sich der Geltungsbereich des internationalen Abkommens vollkommen übersehen läßt. Im vorliegenden Fall ist das noch nicht möglich. Es liegt noch keine Erklärung der niederländischen Regierung vor, welche Mächte sich den Deklarationen angeschlossen haben. Sollte diese Erklärung in nächster Zeit erfolgen, so würden die Deklarationen der Haager Konferenz dem Reichstage demnächst besonders mitgeteilt werden. Das Protokoll der Haager Konferenz liegt im Buchhandel bereits gedruckt vor. Der Idee des Schutzes des Privateigentums zur See standen wir nicht unfreundlich gegenüber. Es erschien nur aussichtslos, derartigen Ideen gerade jetzt näher zu treten.

Abg. Beth-Hoburg (fr. Bp.):

Das Verhalten des Moskauer Konsulats gegenüber Anfragen durch Handelsfirmen ist neulich verurteilt worden. Neuerdings hat nun das Konsulat in London einer Hamburger Firma sogar Auskunft erteilt über die Solidität gewisser Firmen, an die von Deutschland aus agrarische Produkte geliefert werden sollten. Hier handelt es sich also nicht einmal um eine Konkurrenz gegen die einheimische Produktion, sondern um eine Förderung des nationalen Exports.

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner:

Der spezielle Fall ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt. Es muß doch aber zugegeben werden, daß die Konsulate mit solchen Auskunftlinien über die Solidität einzelner Firmen eine sehr große Verantwortung übernehmen. Es wäre daher besser, wenn die Firma sich an die bestehenden Auskunftstellen gewandt hätte.

Abg. Fürst Bismarck (l.):

Der Herr Reichskanzler hat mich mißverstanden. Ich habe in seiner Rede keinen Widerspruch gefunden, sondern nur konstatiert, daß einzelne Zeitungen einen solchen Widerspruch herausfinden wollten.

Reichskanzler Graf Bülow:

Ich gebe gern zu, daß ich den Herrn Vorredner mißverstanden habe und danke ihm nochmals für seine wohlwollende Kritik. (Heiterkeit links.)

Abg. Hausmann-Wöblingen (libd. Bp.):

Es ist mir unerfindlich, wie der Herr Reichskanzler neulich sagen konnte, wie verlangen von ihm Märkten vorgetragen zu hören. Wir haben im Gegenteil einige recht ernste Fragen an ihn zu richten. Ist geplündert worden und von welchen Nationen; auch von der deutschen? Ist Pardon gegeben worden? Wenn ja, was ist mit den Gefangenen geschehen? Dürfen die Missionare auch weiter Prozesse von Chinesen niederschlagen, die nur um deswillen Christen geworden sind, um der Strafe für Verbrechen zu entgehen? — Die Strategiedition an sich war ja notwendig, aber jetzt ist die Strafe doch vollendet, Peking ist ja erobert. Es sind bereits viele Dörfer und viele Städte eingeäschert, Ströme von Blut sind geflossen. Da ist es doch eine Lebensfrage, ob ein paar Madarinenkörbe oder -Knöpfe, wie der Reichskanzler neulich geistreich bemerkte, mehr oder weniger geopfert werden. Man muß doch auf die Stimme derer hören, denen vorhin Fürst Bismarck Ausdruck gegeben hat. In der ganzen Bevölkerung, nicht bloß von der Linken, sondern hinein ins agrarische Lager löst der Ruf: „Derand aus China!“ In diesem Sinne äußern sich auch konservative Blätter wie die „Schlesische Zeitung“. Bezeichnend ist, daß ein Münchener national-liberales Blatt in seiner Jahrgangnummer die Illbespise aus China brachte: „Das Hornberger Schießen ist zu Ende“. Leider dauert das Schießen noch fort. Angesichts der Stimmung der Bevölkerung hat sich nun allerdings auch der Reichskanzler herbeigelassen, den Standpunkt zu vertreten, wir wollen möglichst bald aus China heraus. Wenn man's so hört, mag's leidlich scheinen, aber diese Rede ist ein typischer Beweis dafür, daß zwischen den Reden des Reichskanzlers und den Aktionen der deutschen Reichs-

Politik in China ein großer Zwiespalt besteht. Der Regierung kommt es nur darauf an, daß der Reichstag die Bewilligung ausspricht. Der Reichskanzler mag dann innerlich denken, wenn wir nachher zu Hause sind, dann wird sich alles finden. Man kann sich allerdings auf den Standpunkt stellen, zu sagen: wir wollen einmal bewilligen, nachdem der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, daß wir so bald wie möglich herauskommen, und wenn das Geld nicht alles aufgebraucht wird, dann bleibt es uns ja. Aber dazu gehört ein großes, volles Vertrauen, daß man an leitender Stelle erstens ein Verständnis hat für die pekuniäre Situation in Deutschland und zweitens ein Verständnis für die zukünftigen Gefahren in China.

Der chinesische Handel kostet uns nun über zweieinhalbhundert Millionen Mark. Wilhelm der Weise — um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, bemerke ich, daß es ein schlesischer Fürst war — hat einmal gesagt, man möge sorgen, daß Bürgern und Bauern nicht zu viel Lasten aufgeladen werden und daß dem Staat nicht zu viel Schulden aufgebürdet werden. Die Vertreter in den deutschen Landtagen wissen, wie große Lasten auf allen Gebieten vorhanden sind und wie es überall nicht reichen will. **Jeder Tag aber, den wir länger in China bleiben, kostet 350 000 M.** Wenn man hiergegen auf die Wiedererlangung der Kriegskosten verweist, so ist das wie in einem Prozeß, bei dem nicht mehr um die Hauptfrage, sondern nur noch um die Kosten prozessiert wird. Wenn es so ist, dann muß die Hauptfrage sein, daß nicht weiter prozessiert wird, damit die Kosten nicht mehr anwachsen, ganz abgesehen davon, daß, wie der Reichskanzler selbst betont hat, es sich hier um einen Schuldner handelt, der die Zahlung eingestellt hat. Er hat davon gesprochen, China müsse verhindert werden, als Schuldner in fremdem creditorem sein Vermögen zu vermindern. Bei einem zahlungsunfähigen Schuldner muß umsonstere Gedanken vorliegen, den Prozeß lange fortzusetzen, wenn nicht einmal Einigkeit unter den Gläubigern besteht. Dabei steigern sich nur noch die Gesamtkosten. Man hat bei der Besetzung von Kiautschou leichtsinnig vom Blag an der Sonne gesprochen, aber die Wolken nicht gesehen. Man täuscht sich auch jetzt, daß in China Frieden und Sicherheit so leicht wieder herzustellen seien. Man unterschätzt den Haß, der in der Bevölkerung gegen die Ausländer angezündet ist. Der heranwachsenden Generation in China wird von den Entweihungen der Tempel und Schändung der Frauen erzählt werden, das kann nicht ohne Wirkung bleiben. Seit Jahr und Tag steht die chinesische Politik unter dem Zeichen der Malerei von Professor Knoke. Ich wäre bereit, die Positionen zu bewilligen, die für den Rücktransport der Truppen erforderlich sind, aber ich kann nicht den Forderungen zustimmen, durch welche wir noch ein ganzes Jahr hindurch dort festgehalten werden sollen. Die Hoffnung, daß das Bewilligte nicht verbraucht werde, haben wir nicht. Was einmal bewilligt ist, wird sicher auch verbraucht werden. Diese Ausgaben aber stehen in einem ungeheuren Mißverhältnis zu den möglichen Erfolgen.

Abg. Münch-Ferber (natl.) begründet seine Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Etat für das Auswärtige Amt zur Vorbereitung der Errichtung von Handelskammern im Ausland 20 000 M. einzusetzen.

Staatssekretär des Auswärtigen Herrn v. Richthofen: Von der Errichtung solcher Handelskammern im Ausland kann sich die Regierung keinen Nutzen versprechen. Die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, den Wunsch zu erfüllen.

Die Resolution Münch-Ferber wird gegen die Stimmen des Centrums und der freisinnigen Gruppen angenommen.

Beim Kolonial-Etat (Titel: Direktor der Kolonialabteilung) beantragt:

Abg. Bebel (Soc.) und Gen.: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die in den deutschen Kolonialgebieten von Hausflaven geborenen Kinder als Freie anerkannt werden.“

Abg. Gröber (C.) und Gen. beantragen: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezüglich der in deutschen Schutzgebieten unter den Eingeborenen bestehenden Hausflaverei vorschreibt:

1. daß der Herr verpflichtet ist, den Hausflaven im Alter und bei Krankheit zu unterhalten und zu pflegen, auch die Familienglieder des Hausflaven von demselben nicht zu trennen;
2. daß dem Hausflaven gestattet werden muß, an bestimmten Tagen für sich selbst zu arbeiten und den Ertrag dieser Arbeit für sich zu behalten und zu verwenden;
3. daß das Herrschaftsverhältnis vertickt wird, wenn der Herr seine Pflicht gegen den Hausflaven schwer verletzt, insbesondere, wenn er den Hausflaven mißhandelt;
4. daß dem Hausflaven erlassen wird, durch Arbeit binnen bestimmter Zeit oder durch Zahlung einer gewissen Geldsumme die Freiheit zu erwerben.“

Abg. Bebel (Soc.):

Auf meine Anfrage bei der zweiten Lesung über eine Nachricht der ostafrikanischen Presse hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bestätigt, daß die von mir erwähnte Konferenz nachreguliert zur Einschränkung der Hausflaverei beraten hätte. Er hat also das Bestehen der Hausflaverei zugegeben. Im vorigen Jahre wurde von einem Afrikanischer Krause behauptet, daß in Zogo Sklavenhandel unter den Augen der deutschen Behörde getrieben werde. Es wurde Untersuchung dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt. Herr v. Quittner hat es aber bis heute vorgezogen, den Betreffenden nicht zu verurteilen. Die Hausflaverei besteht nun besonders in Ostafrika. Dem Antrag Gröber, der nur eine Milderung dieser Hausflaverei verlangt, können wir nicht zustimmen. Höchstens wäre der letzte Absatz annehmbar, der allerdings zu einer allmählichen Aufhebung der Hausflaverei führen könnte. Vor allem müßte aber dann dafür gesorgt werden, daß, wenn dem Herrn ein Hausflave entgeht, er nicht einen andern dafür kaufen darf. Ich bitte Sie aber, unsern Antrag als den weitgehendsten anzunehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gröber (C.):

Die Zahl der an Sklaven ausgestellten Freibrüfe hat Jahr für Jahr zugenommen. Von 1894 bis 1898 sind über 8000 Freibrüfe ausgestellt worden. Der Gouverneur von Ostafrika hat auch in einer Reihe von Erlässen für den Rechtschutz der Sklaven gesorgt. Der Antrag Bebel nun scheint ja durchaus annehmbar, aber ich glaube, seine Forderung ist unter den heutigen Verhältnissen in Ostafrika noch nicht durchführbar. Die Bevölkerung würde einen so plötzlichen radikalen Umschwung nicht ertragen. Haben wir es doch erlebt, daß sich dreizehn Sklaven gegen ihre Befreier zusammen mit ihren früheren Herren empört haben. Wir ist ein Fall bekannt geworden, wo ein Sklave sich gegen die Freilassung sträubte, und zwar sollte er freigelassen werden, weil sein Herr erklärte, er könne keine Freiheit nicht länger ertragen. Also so ganz als Sache wie früher wird der Sklave heute nicht mehr behandelt. Unser Antrag will die Hausflaverei keinesfalls konservieren, sondern will sie allmählich beseitigen. Die Sklaverei kann nur beseitigt werden, wenn die christliche Gesinnung in Ostafrika immer mehr und mehr Einfluß gewinnt.

Abg. Graf Oriola (natl.):

Gegen den Antrag Bebel muß ich mich schon deshalb aussprechen, weil durch seinen Wortlaut die Hausflaverei gewissermaßen als heute zu Recht bestehend hingestellt wird. Im übrigen ist der Antrag Bebel ganz unannehmbar. Er würde zu noch viel schlimmeren Umständen in den Kolonien führen, als sie sich nach Meinung des Herrn Bebel infolge der Hüttensteuer ereignet haben. Der Antrag Gröber würde gewiß zu praktischen Resultaten führen, allerdings meine ich, daß seine Grundzüge auch heute schon im allgemeinen befolgt werden. Ich würde aber jedenfalls empfehlen, nicht durch ein Gesetz die Angelegenheit zu regeln, sondern darauf zu dringen, daß eine allgemeine Verordnung in den Kolonien im Sinne des Antrags Gröber erlassen wird.

Abg. Dr. Krenzl (Reichsp.):

Will gegen beide Resolutionen stimmen.

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Wir haben in den letzten Jahren ein bedeutendes Material in dieser Frage gesammelt, das den Kolonialrat zu weiteren Maßnahmen vorgelegt werden wird. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Kolonien sehr verschieden.

In Süd-Westafrika besteht überhaupt keine Sklaverei, in Kamerun ist ihre baldige Beseitigung zu erwarten. Die sogenannten Sklavendörfer dort sind von eigentlich freien Leuten bewohnt. Noch besser fast sind die Verhältnisse in Zogo. Am schlechtesten sind sie in Ostafrika. Die Annahme des Antrags Bebel würde zu großen politischen und wirtschaftlichen Unannehmlichkeiten, zu Aufständen führen. Was den Afrikanischer Krause anlangt, so ist allerdings gegen ihn Klage erhoben und ein Haftbefehl erlassen worden. Aber zu der Zeit, als dies geschah, hatte er Deutschland bereits verlassen. Mit dem Antrag Gröber kann ich mich im großen und ganzen einverstanden erklären. Seine Grundzüge werden in der Praxis bereits geübt. Allerdings wäre es besser, nicht ein Gesetz in diesem Sinne zu fordern, sondern diese Grundzüge nur durch eine Verordnung der Verwaltung aufs neue einzuschärfen.

Präsident Graf Vassekrem:

Der Abgeordnete Oriola beantragt folgendes Amendement zum Antrag Gröber an Stelle der Worte: „dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher...“ soll es heißen: „eine allgemeine Verordnung zu erlassen, welche...“

Abg. Bebel (Soc.):

Ich bin im höchsten Grade überrascht durch den Widerstand gegen meinen Antrag. Ich glaubte, er wäre selbstverständlich, wenn man ehrlich und ernst die allmähliche Beseitigung der Sklaverei wünscht. Auf die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Ostafrika nimmt der Antrag auch Rücksicht, indem er nicht mit einem einzigen Federstrich die Sklaverei dort beseitigen will. Unser Antrag ist ebenso durchführbar, wie gleichlautende Anträge von Seiten anderer Staaten in ihren Kolonien durchgeführt worden sind. Für Nord-Borneo ist seiner Zeit ein Gesetz erlassen, das lautet: Die von Sklaven geborenen Kinder werden hiermit für frei erklärt. Wer sie als Sklaven behandelt, wird mit Gefängnis bestraft. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Ihre Kommission ist früher viel weiter gegangen, als der Antrag Gröber jetzt. 1891 wurde von ihr ein Gesetzentwurf beschworen, der innerhalb fünf Jahren Abschaffung der Sklaverei verlangte. 1895 hat Herr Gröber selbst beantragt, innerhalb einer bestimmten Zeit die Sklaverei abzuschaffen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Daß in einzelnen Fällen die Sklaven selbst die Aufrechterhaltung der Sklaverei wünschen, beweist gar nichts. Bei allen Gelegenheiten gibt es Leute, die sich in dem alten Zustand behaglich fühlen und sich deshalb gegen die Gesetze wenden. Der Herr Kolonialdirektor will das Material dem Kolonialrat vorlegen und danach würde die Regierung handeln. Das bedeutet doch geradezu eine Degradation des deutschen Reichstags. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich weiß nicht, welche Vollmacht der Kolonialrat hat, eine gesetzliche Grundlage bei er jedenfalls nicht und hat nicht das Recht, in letzter Instanz schon zu entscheiden, was in den Kolonien geschehen soll. Im Kolonialrat sitzen die Interessenten, und wir müssen uns energisch dagegen wehren, daß man den Bod zum Gärtner macht.

Die Anlagen des Herrn Krause waren schon monatelang bekannt, ehe sie im Reichstage zur Sprache gebracht wurden. Herr Krause selbst hat gesagt, Ihr hattet ja Zeit genug, mich zu finden, auf Euch zu warten, habe ich keine Veranlassung. Aus dieser Verschleppung der Verfolgung des Herrn Krause muß man doch schließen, daß in seinen Anlagen etwas Wahres ist.

Abg. Gröber (C.) erklärt sein Einverständnis mit dem Amendement Oriola.

Abg. Stöcker (L.):

Der Weg der Verordnung mag ja bequemer sein für die Regierung, wie aber zur Durchführung von Punkt 3 und 4 des Antrags Gröber eine Verordnung genügen soll, ist mir unverständlich. Der Antrag Bebel, daß die von Sklaven geborenen Kinder frei sein sollen, ist mir sehr sympathisch. Ich werde für beide Resolutionen stimmen.

Abg. Graf Oriola:

Wir sind nicht principiell gegen den Antrag Bebel, aber wir wollen Aufstände in den Kolonien verhindern. (Wachen bei den Socialdemokraten.) Dann wollen wir auch nicht die Sklaverei rechtlich anerkennen, wie das der Antrag Bebel thut.

Abg. v. Volmar (Soc.):

Es ist mir ganz unverständlich, wie Graf Oriola davon sprechen kann, daß durch unsern Antrag erst die Hausflaverei gesetzlich fixiert werde. Auch im Antrag Gröber steht doch das Wort „Hausflaverei“ und trotzdem wollen Sie für diesen Antrag stimmen. — Der Antrag Gröber ist ganz bedeutungslos, wenn Sie nicht unsern Antrag annehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Wenn auch die Freilassung der Kinder von Sklaven keine sofortige Aufhebung der Sklaverei ist, so wird sie doch als solche von den Sklavenhaltern empfunden werden und diese Thatsache birgt die Gefahr von Aufständen in sich.

Abg. Bebel (Soc.):

Diese Bemerkung beweist, daß der Antrag Gröber in einer Weise durchgeführt werden soll, die keine Aufhebung der Sklaverei bedeutet. Sie spricht also am meisten für unsern Antrag. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gröber (C.):

Wir wollen alle in der Bekämpfung der Sklaverei einen Schritt vorwärts kommen; ich bleibe aber dabei, daß der Antrag Bebel undurchführbar ist. Wenn das Kind frei wird, während der Vater Sklave bleibt, wer soll dann für das Kind sorgen?

Es ist jauchlos sich selbst überlassen und hat die Verpflichtung, sich selbst zu ernähren. (Abg. Bebel: Ich bitte um Wort.) Der Kolonialdirektor hat nur hervorgehoben, daß die von den Socialdemokraten geforderte Bestimmung auf dem Papier bleiben wird. Man mache uns nicht den Vorwurf, daß es uns nicht ernst ist mit der Einschränkung der Sklaverei. Innerhalb sechs Minuten läßt sich die Sklaverei nur nicht abschaffen.

Abg. Bebel (Soc.):

Herr Gröber thut so, als wenn wir unsern Antrag als alleiniges Mittel zur Beseitigung der Hausflaverei ansehen. Das ist gar nicht wahr. Ihr Vorschlag unter 4 ist auch sehr sympathisch. Seine Polemik war also nicht berechtigt. Unser Antrag scheint uns nur der wirksamste zu sein, um die Hausflaverei zu bekämpfen. In dieser Anschauung bestärken uns nur die Worte des Kolonialdirektors. Er befürchtet Aufstände, wenn die Kinder der Hausflaven frei geboren werden. Aber diese Maßregel trifft den einen Sklavenhalter in diesem, den andern in jenem Moment. Wie soll da eine Revolution ausbrechen. Ihre Hüttensteuer hat viel mehr Aufstände erzeugt, als diese Maßregel hervorufen würde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gewiß würde diese Maßregel die Empfindungen der Sklavenhalter verletzen. Sie würden natürlich bemerken, daß ihre Vorrechte nicht länger bestehen. Aber wie die Sklaverei beseitigt werden soll, ohne den Sklavenhaltern wehe zu thun, das weiß ich nicht. Wenn die Lohnflaverei beseitigt würde, würden die Kapitalisten das wohl auch empfinden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Bebel wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der beiden freisinnigen Gruppen, der Polen und Antisemiten abgelehnt.

Der nach dem Antrag Oriola abgeänderte Antrag Gröber

wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen. Der Etat der Kolonialverwaltung wird genehmigt, ebenso die Etats für die Schutzgebiete und der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes.

Es folgt der Etat des Reichsamtes des Innern.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Rp.) begründet einen Antrag, der die verblüdeten Regierungen ersucht, „gemäß § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs durch Beschluß des Bundesrats festzusetzen, daß Steinsolzen, Braunkohlen und Coaks nur im Einzelvertrieb in vorgeschriebenen Gewichtseinheiten gewerbmäßig verkauft oder feilgeboten werden dürfen.“ Es handelt sich um die Beseitigung von Mißbräuchen, die im Kleinhandel mit Brennmaterialien gerade die armen Leute am meisten schädigen. (Bravo! links.)

Abg. Beck-Roburg (fr. Rp.) fordert ein internationales Vogel-schutzgesetz, wird aber vom Präsidenten mit dem Hinweis unterbrochen, daß eine weitere Diskussion über seine Resolution auf erhöhten Vogel-schutz, über die nur noch die Abstimmung aussteht, nicht zulässig sei.

Abg. Gamp (Rp.) empfiehlt die Annahme der Resolution Schmidt und Eberfeld. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Gahn (würtl.) wünscht, daß auch die Gewichtsverfälschungen bei andren Waren getroffen werden. Besonders müsse auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gegen die Warenhäuser vorgegangen werden, die vielfach Waren mit falschem Gewicht verkaufen.

Abg. v. Levetzow (L.) tritt für die Resolution ein, namentlich in Hinsicht auf den Britischhandel. Der Bundesrat hätte gar nicht auf diese Resolution warten sollen. (Sehr richtig!)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Von dem § 5 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb haben wir allerdings erst in Bezug auf den Handel mit Garn Gebrauch gemacht. Was den Handel mit Brennmaterial anlangt, so liegt die Sache jetzt der Normalalkoholkommission vor. Die Anträge sind aber sehr geteilt. Werden Britisch z. B. nach dem Gewicht verkauft, so können sie durch Wasser oder andre Mittel künstlich schwer gemacht werden.

Damit schließt die Diskussion über die Resolution. Die Abstimmung erfolgt am Schluß der Beratung über das Reichsamt des Innern.

Abg. Stöcker:

Ich muß auf die Angriffe der Herren Bebel und Singer bei der zweiten Lesung antworten. Den Vorwurf, Herr Bebel habe den Zuer-Brief erfunden, muß ich nach seinen Erklärungen zurücknehmen. Er hat sich nur von seinen Gewährsmännern in allen Punkten beschwindeln lassen. — Herr Singer behauptete, in den mir naheliegenden Kreisen sei Religion häufig Geschäftssache. Wie kommt er dazu? Sie beklagen sich über die antisemitische Bewegung und bringen nun solche empörenden Angriffe im Reichstag vor! Ich hatte weiter damals behauptet, ein englischer Socialdemokrat Saunders hätte sich gegen den Klassenkampf ausgesprochen. Herr Bebel hat das bestritten. Ich habe hier eine Nummer der „Socialen Progress“, in welcher eine Unterredung dieses Herrn mit Herrn Förster wiedergegeben ist. Da sagt er: „Ich kam zur ethischen Bewegung, weil es mir klar wurde, daß der Arbeiterkampf so große Aufgaben hat, daß mit dem bloßen Appell an das Klassenbewußtsein nichts mehr auszurichten ist.“ Das sind nur Unterredungen, aber in einer Schrift, die derselbe Herr Saunders englisch geschrieben hat, sagt er: „In gewissen Zeiten mag der Klassenkampf ein gutes Mittel sein, um die Massen zusammen zu bannen, aber er allein ist nicht fähig, hingebungsvolle, charakterfeste Arbeiter dem Dienst des Gemeinwohls zu sichern. Herr Singer hat dann meinen Scheiterhaufenbrief angezogen und sogar vorgelesen. Dieser Brief war ein ganz vertrauliches Schreiben, das ein arbeitsfähiger Mensch nicht in die Öffentlichkeit bringt. (Abg. Kumerz ruft: „Freiheit!“)

Präsident Graf v. Vassekrem:

Ich rufe den Herrn Abg. Kumerz zur Ordnung. (Bravo rechts.)

Abg. Stöcker (fortfahrend):

Wohin sind wir gekommen, wenn man solche vertraulichen Briefe nicht nur benutzt, sondern sie sogar im Reichstag vorliest. Dieser Brief wird seit Jahren in der unerhörtesten Weise benutzt, deshalb will ich hier das Urteil der zweiten Instanz eines Gerichtshofes über diesen Brief anführen. Die erste Instanz hat angenommen, ich hätte mit diesem Brief Zwietracht gestiftet, die höhere Instanz aber hat das abgelehnt, und ein solcher Gerichtshof hat gewiß mehr Erkenntnis als Herr Singer. Diese zweite Instanz hat an dem Brief keinen Anstoß genommen. Weiter hat ein sehr geistreicher Mann, der Bruder des Herrn Staatssekretärs v. Thielmann, in einer socialpolitischen Schrift von meinem Briefe gesagt: „Die Parteilichkeit faßt diese Warnung vor Intriquen allerdings als eine Aufforderung zu solchen auf. (Hört, hört! rechts.)

Herr Reichhaus hat dann bei der damaligen Debatte gemeint, ich hätte im Fall Ewald einen Meineid geschworen. Ich werde doch nicht einen Meineid zu Gunsten eines Socialdemokraten schwören. Das ist doch Unsinn. Aber mit solchem Unsinn werden Geschäfte gemacht, hier im Reichstag bedeutungsvolle und draußen im Lande öffentlich werde ich der **Meineidsaffe** genannt. Das sind doch unerhörte Dinge. Ich hatte dann den **18. Januar-Artikel des „Vorwärts“** als hundsgeheim bezeichnet. Herr Bebel behauptete dem gegenüber, es sei in dem Artikel nichts weiter veröffentlicht worden, als geschichtliche Thatsachen und eigne Ausführungen von Hohenzollern. Das ist eine grobe Unwahrheit. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Das schlimmste in der Nummer ist der erste Artikel, der Nichtbathoden enthält, sondern Urteile der empörendsten Art. Es heißt dort: Wir feiern nur Erinnerungstage großer Kulturfortschritte. Wagen Sie, es den Arbeitern zu sagen, der Tag der Gründung der Berliner Akademie, der Tag der Postkast Kaiser Wilhelms I. sei kein Tag der Kultur? (Lärm bei den Socialdemokraten: Ja wohl!) Das wagen Sie? Jeder christliche Mensch wird sagen müssen, daß diese Dinge empörende Lügen sind, um das Volk zu betrügen und ihm den Patriotismus aus dem Herzen zu reißen. (Lärm bei den Socialdemokraten: Das thun Sie ja!)

Präsident Graf Vassekrem: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Stöcker (fortfahrend):

Weiter heißt es in dem Artikel: „Die Arbeiter schulden dem preussischen Königtum nicht den geringsten Dank.“ Haben Sie etwa die großen Versicherungsgesetze im Interesse der Arbeiter gemacht, die Unfallversicherungsgesetze usw.? (Lärm bei den Socialdemokraten: Sie auch nicht, Sie haben sie verschlechtert.)

Präsident Graf Vassekrem:

Ich muß durchaus um Ruhe bitten, es sind vier Redner der äußersten Linken zum Wort gemeldet, Sie haben also nachher ausführlich Gelegenheit zu antworten.

Abg. Stöcker (fortfahrend):

Das ist eine ganz nichtsnutzige Art, den Volksgeist zu verärgern. Auch in dem Teil des Blatts, der nur geschichtliche Thatsachen enthalten soll, ist vieles, was sich schwer mit dem Anstand vereinigen läßt. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Unter der Ueberschrift: „Die Matresse als Schand der Krone“ ist von dem Verhältnis des Grafen Bartenberg zu Friedrich I. die Rede, während doch in dem Artikel selbst darauf hingewiesen wird, daß nach der Geschichtsforschung dies Verhältnis ein rein platonisches gewesen ist. Dieser Artikel legt den ganzen Dreck der Strafe auf einen Fleck zusammen, das thun nicht mal Hunde. (Bravo! rechts.)

Präsident Graf Vassekrem:

Es liegt mir ein Antrag auf Verlegung vor, ich schließe mich demselben an und schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen Mittwoch 11 Uhr.

Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, da morgen doch die Beratung nicht zu Ende gehen dürfte, die Sitzung zur gewöhnlichen Zeit, um 1 Uhr anfangen zu lassen, da im Abgeordnetenhaus um 11 Uhr einige namentliche Abstimmungen zu erwarten sind.

Präsident Graf Vallasfrem:

Ich habe nicht geglaubt, daß wir morgen zu Ende kommen, aber an einem späteren Tage. Wenn die Debatte eine solche Ausdehnung annimmt, wie heute, so muß ich Ihnen durchaus Vorschläge machen, daß die Sitzungen eher beginnen. Abstimmungen werden wir hier in der ersten Zeit nicht vornehmen, die Herren können also ruhig ins Abgeordnetenhaus gehen wenn sie dort abstimmen wollen. (Heiterkeit.)

Abg. Arendt (Rp.) zieht darauf seinen Widerspruch zurück.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der dritten Lesung des Etats.)

Schluß 6 Uhr.

Herrn Dades Selbst-Korrektur.

In seiner von uns in den Nummern 56 und 58 des „Vorwärts“ beleuchteten Abhandlung über die Agrarzölle tritt Herr Dr. Dade, wie wir schon, für eine Differenzierung des Zolls für Weizen und Roggen ein, indem er ausführt, daß erstens der Roggenpreis nicht in gleichem Maße gesunken ist, wie der Weizenpreis, und zweitens das Roggenbrot vorwiegend den unteren Schichten zur Nahrung dient. So sagt er z. B. S. 46 ff.:

„Gegen die gleich hohe Verzollung des Weizens und Roggens und gegen die gleiche Verzollung aller Getreidefrüchte können vom volkswirtschaftlichen Standpunkt schwerwiegende Bedenken geltend gemacht werden. Der Roggen ist bisher die wichtigste Frucht für die Ernährung des deutschen Volks, vor allem auch des deutschen Heeres gewesen. Nur durch den Roggenzoll ist es der deutschen Landwirtschaft trotz des Zolls möglich, der Bevölkerung ein billiges Brot zu liefern.“

Bei der überwiegenden und weiter steigenden Konkurrenz des Weizens würde eine gleiche Verzollung des Weizens und Roggens die Wirkung haben, daß beide Früchte annähernd denselben Preis genießen würden. Dies würde wieder zur Folge haben, daß durch die überwiegende Einfuhr von Weizen der Roggen noch mehr wie bisher als Rohstoff für die Brotbackung verbraucht und in weiter steigendem Grade als Futtermittel verwendet werden würde. Bisher leistete die Abneigung der Bevölkerung gegen das reine Weizenbrot dieser Entwicklung noch Widerstand, wie die Preisnotierung in Leipzig zeigt; ob dies aber so bleiben wird, wenn der Roggen Jahr für Jahr auf demselben Preisniveau wie für Weizen steht, kann zweifelhaft sein.“

Ferner heißt es S. 48:

„Endlich wird für die Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls noch ein politischer Grund ins Feld geführt werden können. Die noch näher angeführt werden wird, ist das Deutsche Reich für Ausland der Hauptabnehmer seines Roggens, so daß Ausland ein großes Interesse daran haben wird, seine Roggenausfuhr nach Deutschland bei gleicher Zollbemessung nicht durch den Weizen der überseeischen Exportländer allmählich ersichert zu sehen. Der ausländische Weizen wird in Zukunft bei gleicher Verzollung von Weizen und Roggen, wenn die Bevölkerung des norddeutschen Reichs sich mehr und mehr an Weizenbrot gewöhnt hat, ein gefährlicherer Feind des inländischen Roggens sein, als der ausländische Roggen.“

Diese Ausführungen gehören zu den recht spärlichen Stellen der Abhandlung, wo Herr Dade sich nicht nur auf Voraussetzungen und bloße Annahmen beschränkt, sondern wirkliche Gründe vorbringt. Um so bestimmender wirkt es, daß er inzwischen gerade diese Ausführungen zurückzieht und offen erklärt, er sei selbst nicht der Ansicht, daß seine Begründung der Notwendigkeit einer Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls irgendwie zwingend sei; wenn es beliebt würde, sei er auch mit dem Umgekehrten einverstanden. Der Grund für diesen Rückzug ist ein ganz einfacher. Die extrem-agrarische Presse ist nämlich gegen den Dadeschen Vorschlag der Zolldifferenzierung aufgebracht. Da die Weizen-Anbaufläche in Deutschland 2/3 mal so groß ist als die Weizen-Anbaufläche und seiner Roggen vornehmlich im Osten gebaut wird, fühlt sich das Junkertum des Ostens in seinen Interessen gekränkt, und Herr Dade, der es als Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats mit jenen einflussreichen Herren nicht verderben möchte, zieht gehorfsam seine „rein wissenschaftlichen“ Ausführungen zurück.

Er schreibt in einer Erklärung an agrarische Blätter:

„In der Presse, welche die landwirtschaftlichen Interessen vertritt, ist das Eintreten des Verfassers für eine Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls und für einen geringeren Zoll für Gerste und Hafer als für Weizen und Roggen angefallen und zum Verdauern des Verfassers so verstanden worden, als ob derselbe für den Roggen sowie für Gerste und Hafer einen geringeren Zollschuß hätte befristet wollen, als für Weizen. Es hat dem Verfasser, wie aus dem Zusammenhang der ganzen Schrift hervorgeht, nichts ferner gelegen, als in Summa einen unzureichenden Zollschuß für alle vier Getreidearten zu fordern, und er ist sich auch wohl bewußt, daß ein zwingender Grund für die Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls aus seinen Argumenten nicht hergeleitet werden kann. Wenn der Verfasser auf Grund seiner Berechnungen für eine Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls eingetreten ist, so war dabei für ihn wesentlich die Erwägung maßgebend, daß bei gleicher Verzollung von Roggen und Weizen der Weizenzoll vornehmlich auf den etwa aus sozialpolitischen Gründen niedriger bemessenen Roggenzoll ermäßigt werden würde, und daß es zum Beispiel für die Landwirtschaft immer noch vorteilhafter sein wird, einen Roggenzoll von etwa 60 M. für die Lohne und einen Weizenzoll von etwa 70 M. für die Lohne zu erhalten, als einen Zoll von 80 M. für beide Früchte. Wenn aber eine Differenzierung des Weizen- und Roggenzolls nicht beliebt werden sollte, so würde der Verfasser auf Grund seiner Schrift einen Zoll von mindestens 60 M. für beide Früchte als Minimalzoll für erforderlich halten.“

Auch wegen der Aussprache seiner Ansicht, daß bei der Abschließung von Handelsverträgen nötigenfalls unter den von ihm berechneten Weizenzoll von 75 M. pro Tonne (7,50 M. pro Doppelcentner) und unter dem Roggenzoll von 60 M. pro Tonne heruntergegangen werden darf, entschuldigt sich Herr Dade:

„Was die Höhe des Zolls betrifft, so glaubt der Verfasser in seiner Arbeit auf Seite 41 hauptsächlich nachgewiesen zu haben, daß ein Zoll von mindestens 75 Mark für die Tonne Weizen und von mindestens 60 Mark für die Tonne Roggen erforderlich ist, um die Durchschnittspreise der letzten 40 Jahre von 1880-89 annähernd wiederherzustellen. Wenn der Verfasser trotz der so berechneten Zollsätze als feste Zollsätze eines Minimal- und Vertragstolls nur 60 M. für Weizen und 50 M. für Roggen befristet hat, so hat er mit diesen Sätzen die unterste Grenze bezeichnen wollen, bis zu welcher in einem etwaigen Handelsverträge mit Ostreich und Ausland herabgegangen werden darf, während selbstverständlich allen anderen Ländern, mit denen Deutschland nicht in einem festen Vertragsverhältnis steht, wie insbesondere den Vereinigten Staaten und Argentinien, gegenüber ein Generaltarif von 70-75 M. für Weizen und Roggen zu gelten hätte.“

Ein interessanter Beitrag zur Beurteilung des Werts der Beweisführungen agrarischer Autoritäten! Wenn Herr Dade seine Argumentation selbst nicht für zwingend erachtet und der An-

sicht ist, daß es nur darauf ankommt, welchem seiner Gründe man das Hauptgewicht beimißt, um je nach Belieben zu entgegen- gesetzten Forderungen zu kommen, dann wird er hoffentlich nicht allzuviel dagegen haben, wenn andre Leute seine Beweisführungen noch viel weniger für zwingend halten, als er selbst, und in ihnen nichts andres zu sehen vermögen, wie mit einem statistischen Flitter und gelehrtem Weiwert aufgeputzte Zoll-Plädoyers ganz gewöhnlicher agrarischer Art.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises hielten am Sonntag in Chemnitz eine Parteiverammlung ab, die den Genossen Göhre als Reichstagskandidaten proklamierte. Diesen Kreis — Wittweida-Limbach — haben wir schon mehrmals besessen, zuletzt von 60 bis 68, vertreten durch Genossen Alb. Schmidt. Bei der letzten Wahl unterlag Genosse Pinta-Weitzing infolge eines Rückgangs unserer Stimmen gegen den Reichstagskandidaten Uhlmann, von dem man seit der Wahl übrigens nichts mehr gehört hat.

Partei-Presse. In die Redaktion des „Braunschweiger Volksfreund“ tritt als Nachfolger des ausscheidenden Genossen Hermann Genosse Wilhelm Herzberg aus Hameln ein, der dort in letzter Zeit als freier Schriftsteller und früher als Redacteur an der „Vollstimme“ thätig war.

Totenliste der Partei. Ein Parteiveteran, der Tischler Gustav Dietrich in Leipzig-Rendnitz, ist Sonntag früh nach kurzem Krankenlager verstorben. Schon Anfang der sechziger Jahre schloß er sich der Partei an und war seitdem bei allen wichtigen Versammlungen und Aktionen der Partei thätig. So wirkte er 1869 bei der Gründung der Eisenacher Partei im Nikolai-Tunnel zu Leipzig mit. In der Versammlung in Leipzig-Ost, in der Webel 1871 das Referat hielt, das wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt und im folgenden Jahre eine Verurteilung Webels zu neun Monaten Gefängnis zur Folge hatte, war Genosse Dietrich Vorsitzender. Mehrere Jahre lang war er auch Kassierer für die internationale Holzarbeiter-Gewerkschaft.

Die am Orte befindlichen Parteigenossen schätzten ihn wegen seines lauten, ehrlichen und offenen Charakters. Möge seine langjährige, unentwegte opfervolle Thätigkeit den jüngeren Genossen als Vorbild dienen.

Auch die Münchener Genossen beklagen den Tod eines alten Parteigenossen, des 52 Jahre alten Schuhmachermeisters Michael Vogt. Auch dieser Tote hat der Partei in schweren Zeiten seine Kraft gewidmet und sich in den Herzen seiner Freunde eine ehrende Erinnerung gesichert.

Zur Verhaftung des Genossen Opificius schreibt die „Mannheimer Volksstimme“: Die Leitung des Lebensmittelbedürfnisvereins war nicht besonders glücklich zusammengesetzt; ein Geschäftsführer, der sich nicht allzu eifrig dem Geschäft gewidmet hat, ein Buchhalter, der seine Bücher nicht nach den in größeren Geschäften üblichen kaufmännischen Grundregeln führte und über beiden sich Genosse Opificius, dessen größter Fehler seine Vertrauenslosigkeit und Energielosigkeit ist. Die Mitglieder haben eingesehen, daß diese Leitung nicht die richtige ist und so drängten sie auf Erneuerung in einzelnen Stellen, ohne daß es dazu kam. Auch sonst hat die Verwaltung dem Willen der Mitglieder nicht immer so entsprochen, wie erforderlich, um ein gutes Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

Infolge des allgemeinen Unwillens wurde die Verwaltung teilweise erneuert. Daß Unregelmäßigkeiten bestanden, kann nicht geleugnet werden. Das wurde durch kaufmännische Sachverständige festgestellt. Diese erklärten öffentlich, daß die gegen den bisherigen Vorstand jenes Vereins, Herrn Landtags-Abgeordneten Wilhelm Opificius, in Umlauf gesetzten Gerüchte und Mänterelungen sich als vollständig hinfällig herausgestellt haben und auf Ermittlungen beruhen, welche nicht nach kaufmännischen Principien gemacht wurden.“

Diese Erklärung veranlaßte die Staatsanwaltschaft, sich die Sache näher anzusehen; sie beschlagnahmte die Bücher und nun erklärten dieselben Sachverständigen, ihre Erklärung stimme nicht, sie hätten sich geirrt und einen Unrichtigkeit von ca. 15.000 M. gemacht. Der Staatsanwalt schritt darauf zur Verhaftung des Geschäftsführers Oberhard und des Vorsitzenden Opificius. Es wird Opificius zur Last gelegt, ein vor einigen Jahren im Verein entstandenes Defizit verschwiegen und eine Summe Gelds (500 M.) vorübergehend in einer dem Zweck des Vereins nicht entsprechenden Weise verwendet zu haben. Diese Summe ist dem Verein zurück- erstattet. Ob der Verein tatsächlich geschädigt ist, läßt sich heute noch nicht sagen; soweit wir Genossen Opificius kennen, halten wir dies für völlig ausgeschlossen.“

Der ganze Vorfall, möge er enden wie er wolle, bildet nur wieder eine dringende Mahnung, bei Gründung derartiger Unternehmungen die größte Vorsicht walten zu lassen und bei der Verlegung der verantwortlichen Stellen in erster Linie die fachmännische Tüchtigkeit zu berücksichtigen.

Der Landesauschuss der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten in der Schweiz, der in Zürich domiciliert, hat seinen 40 Druckseiten umfassenden Jahresbericht für 1900 herausgegeben. Wir entnehmen demselben, daß der Landesorganisation 39 Sektionen mit ca. 2500 Mitgliedern angehören. Die meisten Sektionen besitzen Bibliotheken, in denen sich insgesamt 9150 Bände befinden, von denen ein großer Teil im Verichts- jahre entlehnt und gelesen worden ist. Außer der Bibliothek steht in fast allen Vereinen den Mitgliedern mehr oder weniger reichhaltige Zeitungs- Literatur zur Verfügung; der Landesauschuss fordert diese Einrichtung noch dadurch, daß er allwöchentlich eine größere Zahl Exemplare von Schweizerischen und ausländischen Arbeiterblättern an die kleinen Sektionen gratis versendet. Sozialistische Agitationschriften und Bülletten, sowie allgemeine wissen- schaftliche und sozialistische Literatur wurde für 4500 Fr. in den Sektionen an die Mitglieder verkauft. Zur Förderung unserer Sache wurden auf Veranlassung und auf Kosten des Landesauschusses bezw. der Landesorganisation in 26 Orten Agitationsversammlungen abgehalten. Die Einnahmen der Centralkasse betrugen 3450,44 Fr., die Ausgaben 2226,34 Fr., der Kassenbestand beziffert sich auf 1124,10 Fr. An die österreichischen Genossen wurden 700 Fr. für die Wahlen gesandt. Der internationale Flüchtlingsfonds hatte eine Einnahme von 433,35 Fr., eine Ausgabe von 445,70 Fr., somit Defizit von 12,35 Fr. Außer verschiedenen einzelnen Genossen waren zweimal ganze Familien zu unterstützen.

Sociales.

Blendscheiben an Fabriksternern.

In Guren (Kanton Bern) hatten kürzlich 200 Arbeiter der Uhrenfabrik Williamsohn u. Cie. die Arbeit eingestellt, weil die unteren Scheiben an sämtlichen Fenstern der Fabrik mit weißer Farbe angestrichen worden waren, um das Hinaussehen der Arbeiter und etwelche damit verbundene Arbeitsversäumnisse zu verhindern. Die Arbeiter forderten die Wiederentfernung des weißen Anstrichs, da dadurch die Augen geschädigt würden und da die Fabrikleitung die Forderung nicht erfüllte, legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Der Streik bewirkte, daß die Fabrikleitung schon nach wenigen Tagen nachgab.

Da man dem schädlichen Farbenanstrich an Fabriksternern überall begegnet, nicht bloß in der Schweiz, sondern auch in Deutschland und nicht bloß in Uhrenfabriken, sondern auch in anderen Etablissements, so hat die Sache allgemeines Interesse. Wir wollen ganz absehen von der Sklavenhalter-Brutalität, die darin liegt, daß man den „freien“ Arbeiter durch allerhand Kunstgriffe verhindern will, nur einen Augenblick zu verschmähen; wir an die Gefühls- schädigungen wollen wir erinnern, die mit diesem System verbunden sind. Der inzwischen verstorbene schweizerische Fabrikinspektor Rüspert

hat schon in seinem Amtsberichte für 1888/89 diese Angelegenheit vom hygienischen Standpunkte aus behandelt, wozu ihm ebenfalls Uhrenfabriken den Anlaß gegeben hatten. Die Fabrikanten gaben ihm als Grund für die Anbringung von undurchsichtigen Glas (Milch- glas) die Verhinderung des Hinausblickens der Arbeiter ins Freie an, wodurch eine größere Produktion erzielt werden könnte. Eingegangene Klagen darüber, daß diese Milch- oder Matzglascheiben für die Augen sehr nachteilig seien, veranlaßten den Fabrikinspektor, diese Verhältnisse genau zu untersuchen und durch Sachverständige begutachten zu lassen. Einer der hervorragendsten Augenärzte gab in Ueberein- stimmung mit den Ansichten anderer Fachmänner sein Urteil dahin ab, daß diese Matzglascheiben nicht nur eine Qual für die Augen des dahinter sitzenden Arbeiters sind, sondern auch eine unzweifel- hafte Schädigung des Sehorgans zur Folge haben müssen. Um von seiner Arbeit in der Nähe anzuheben resp. kürzere Zeit, dringend notwendig. Solche kurze Ruhepausen sind bei Vornahme genauer Augenarbeit dringendes Erfordernis, denn allzulange Akkomodation des Auges für die Nähe wirkt auf die meisten Augen nicht nur unangenehm, sondern auch schädlich ein. Diese Akkomodationsanstrengung läßt sich nur dann ganz entspannen, wenn dem Auge Gelegenheit gegeben ist, abliegende Objekte zu betrachten. Hierfür eignet sich ein Blick ins Freie am besten, weil erfahrungsgemäß damit ein sehr zweckmäßiges Ausruhen verbunden ist. Hierzu kommt noch, daß die besagten Matzglascheiben doch auch manchmal Blendung verursachen. Dies bedingt ganz sicher zum mindesten rasche Ermüdung des Auges und reizt empfindliche Augen sehr.“ Die unmittelbare Folge dieses augenärztlichen Gutachtens war da- mals die sofortige Beseitigung der zahlreichen Matzglascheiben eines neu erbauten größeren Fabrikgebäudes.

Die Pellagra.

Sieben wurden vom italienischen Landwirtschaftsministerium neue und genaue statistische Aufzeichnungen über die Pellagra, der charakteristischen, von ungenügender Ernährung herrührenden Krank- heit der Landbevölkerung veröffentlicht. Die erste in die Augen fallende Feststellung ist eine erfreuliche: die Pellagra nimmt ab. Während im Jahre 1881 die Zahl der Kranken (Pellagrosi) sich auf 104.017 belief, vermindert sie sich bis 1899 auf 72.603. Aber eine genauere Beobachtung der Zahlen gewährt einen weniger günstigen Eindruck. In der That hat die Pellagra im Norden; in Piemont, der Lombardei, in Ligurien, Emilien und Venetien eine bedeutende Verminderung erfahren. Aber in Mittel-Italien hat sie zugenommen; in einzelnen Gegenden sogar sehr stark; besonders in Toscana, den Marken, und in Umbrien; alles Länder, in denen man das Leben des Bauern als auf ziemlich hohem Niveau stehend betrachtet, da daselbst der Kleinbesitz und die bekannte „Mezzadria“ (Gewinnteilung zwischen Pächter und Bäcker) vorherrscht. Die Gründe für diesen Unterschied zwischen Nord- und Mittel-Italien scheinen am ehesten die zu sein, daß man in ersterem seit langem spezifische Mittel zur Bekämpfung der Krank- heit eingeführt hat, wie die Ceren zur Ausrottung des türckischen Weizens (die letzten Untersuchungen haben ergeben, daß die Pellagra durch den Genuß von verdorbenem Mais hervorgerufen wird), die Volksküchen und Pellagrosorien. All dies fehlt dagegen in Mittel-Italien. So muß man den Glauben fallen lassen, als läge dem Rückgange der Krankheit eine allgemeine bessere Lage der Bauern zu Grunde. Allerdings tritt im Norden noch der Umstand der ge- ringen Lohnhöhe hinzu, welche durch die Bauernvereinigungen, die Streiks und ökonomischen Organisationen der letzten 20 Jahre erreicht worden ist.

Viele Statistik bildet also einen neuen Beitrag zum Kampfe für die Abschaffung der Getreidezölle, in welchem jetzt die Volksparteien (Socialisten, Republikaner und Radikalen) Italiens begriffen sind. Denn es wird nicht gelingen, die Wurzel des Übels auszurotten, wenn nicht zu den spezifischen Mitteln allgemeine hinzutreten, die eine Verbesserung des Lebensniveaus herbeiführen. Nun wäre unter diesen Mitteln das dringendste und wirksamste die Abschaffung des hohen Getreidezolls (7,50 Lire pro Doppelcentner). Mehr Weizen und weniger P o l e n t a, das wäre ein wirksames Remedium gegen die Pellagra.

Den Gewerbegerichts-Beisitzern zu Offenbach a. M. wird auf Beschluß der Stadtverordneten die Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ auf städtische Kosten zugänglich gemacht.

Versammlungen.

Der Verein aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche hielt am Dienstag, den 12. März bei Wezuau, Schwabacherstraße, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Hr. Imke referierte unter großem Beifall über „März- Gedanken“. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten wurde aufgefordert, für die am 19. März in Wendts Klubhaus stattfindende öffentliche Versammlung für die alt-Plätterinnen recht fleißig Hand- zettel zu verbreiten.

Für Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde tagte am Sonntag, den 10. März, nachmittags, im Saale von H a d e l s Brauerei eine Volksversammlung, die sich mit der Lokalfrage an diesen Orten befaßte. Ziel als Referent legte dar, wie schwer es den Arbeitern unserer Orte wird, von dem Verammlungsrecht Gebrauch zu machen. Verschiedentlich haben die Arbeiter versucht, durch Lokalherren einen Versammlungsort zu erlangen. Die Sperre ist bisher aber immer resultatlos verlaufen, denn ein Teil der an- sässigen Arbeiter, die in königlichen Betrieben beschäftigt sind, können sich den gefassten Beschlüssen nicht anschließen. Andererseits sind es wieder im Sommer die Berliner Ausflügler, welche die Lokale füllen. Auch fürchten die Wirte den Druck der Behörden zu sehr. Aber noch polizeilicher als die Polizei sind ein Teil der Lokalbesitzer selbst; sie verbieten ihren Pächtern einfach durch Vertrag das Abhalten von „socialdemokratischen Versammlungen“. Eine Reihe von Jahren stand uns das Lokal des Herrn G e r t h in Tempelhof zur Verfügung. Dem ewigen Drängen der Antisemitische hat er nun auch nachgegeben. An das Referat schlossen sich die Berichte der Lokalkommissions-Mitglieder. Ihren Ausführungen ist zu entnehmen, daß bei einer Umfrage sich sehr wenige Saalbesitzer undweg ab- lehnen verhielten, alle andern Wirte gaben als Grund der Weigerung an, daß sie nach Hergabe ihrer Räume zu Ver- sammlungen die Maßregeln der Polizei fürchteten. In der Diskussion benutzte Scholz-Berlin II., daß die Enderufung der Versammlung eine voreilige Handlung sei. Die Lokal- kommission habe Schritte eingeleitet, um die Lokalfrage in nächster Zeit zu regeln; er ersucht, von einer Beschlußfassung über die Lokalfrage Abstand zu nehmen. Im Verlaufe der sachlich ge- haltenen Debatte über die jetzt einzuschlagende Taktik wird be- schlossen, in Mariendorf die Lokale von G r a h l (früher Tabled- mann), Chausseestraße 82, und H a a k s Schwarzer Adler, Chausse- straße, in Tempelhof die Lokale von F. W i e n e d e (Gasthof Stadt Dresden), Berlinerstraße 33, und W. G e r t h, Dorfstraße 18, zu sperren.

Behlendorf. Mit der Gemeindevertretung von Behlendorf be- schäftigte sich eine öffentliche, außerordentlich stark besuchte Gemeinde- wähler-Versammlung, welche am Mittwoch im „Kaiserhof“ hier selbst tagte. Der Bericht des Vertreters der dritten Klasse, Herrn G a m m e r, veranlaßte unsere Genossen K ö s t e r und G ö h r e auf Mängel im Armenhaus, speziell aber auf die eigenartige Be- handlung der Streikhaufen-Angellegenheit seitens der Gemeinde- vertretung hinzuweisen. Gemeindevertreter R i e n k e m p e r erklärte, daß der Gemeindevorsteher seinen Antrag betr. Umverteilung der Streik- haufen in das Ortstatut zurückgezogen hätte. Die bezogenen Uebelstände betreffend Armenhaus seien bereits abgestellt. Es folgt hierauf, nachdem sich der Enderufung der Versammlung, Scheimer Regierungsrat Dr. S a c h s e, anfänglich dagegen gestraubt, die Ab- stimmung über eine Resolution, wonach die Gemeindevertretung ersucht wird, in öffentlicher Sitzung sobald als möglich end- gültig über eine eventuelle Annahme oder Nichtannahme der Streik-

Nausel sich zu entscheiden. Nach Besprechung einiger Schulangelegenheiten kam die Versammlung auf die Wohnungsfrage zu sprechen. Dieser Punkt zeitigte eine etwa 1/2 stündige hochinteressante Debatte. Von verschiedenen bürgerlichen Vertretern wurde das Vorhandensein einer Wohnungsnot bestritten, während man andererseits wieder das Bestehen von Missständen unbedingt zugeben mußte. Als Hilfsmittel empfahl man u. a. eine Erweiterung des Hochhausbaus, Gründung einer Baugenossenschaft, Versteigerung der Grundstücke nach dem Verkauf, anstatt Auktionswert. — Genosse G. H. r. e. widerlegte an der Hand einer kürzlich vom sozialdemokratischen Verein aufgestellten Statistik speziell das über die Arbeiterwohnungen Gesagte. Der Vortragende streifte alle in dem betreffenden Fragebogen festgestellten Ergebnisse. Danach haben 41 Proz. der Beantworter Hofwohnungen inne, 17 Proz. wohnen im Keller, 23 Proz. im Dachstuhl; 45 Proz. klagen über feuchte Wohnungen. Der durchschnittliche Wohnungs-Miethpreis beträgt pro Jahr 200 M. 20 Sofaborte werden von 77 Familien, insgesamt 905 Köpfe, benutzt! Auch das Schlafstellenwesen kritisierte Redner. Das Resultat dieser Ausführungen war, daß auf Antrag des Schöffen Hofbau aus der Mitte der Versammlung heraus 6 Personen gewählt wurden, welche die Vorarbeiten betreffend Abstellung dieser Schäden in der Wohnungsfrage leisten sollen und mit der Gemeindevertretung in Fühlung zu bleiben haben. Diesen Kreise gehören von unserer Seite an die Genossen: G. H. r. e., Köster, Viehle und Franz Heinrich. Nachdem der Vorsitzende seinen Dank für den anregenden Verlauf der Versammlung ausgesprochen und um ein einmütiges Arbeiten der Kommissionsmitglieder bittet, schließt er dieselbe nach etwa 4 1/2 stündiger Dauer.

Rixdorf. Im Sozialdemokratischen Wahlverein für Rixdorf hielt Genosse G. v. a. l. d. am 18. März einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Das kommunale Wahlrecht und die Städte-Ordnung.“ In der Diskussion erklärte K. e. g. e. r. a. u., eingehend auf die Angriffe des zweiten Bürgermeisters Voigt in der letzten Stadterordneten-Versammlung, daß es ihm vollständig fern liegt, irgend wie persönlich gegen denselben gestimmt zu sein. Bürgermeister Voigt kenne die Resolution der letzten öffentlichen Versammlung offenbar nicht, denn sonst würde er nicht zu solchen Ausführungen gekommen sein. Im übrigen wird sich ja an anderer Stelle Gelegenheit bieten, den Beweis für das Behauptete anzutreten. Aufgenommen wurden 185 Genossen; der Verein zählt jetzt 679 Mitglieder.

Adlershof. Mit polizeilicher Auflösung endigte die am 18. März stattgefundene Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Z. u. b. e. i. l. über die Bedeutung des Tages referierte. Bevor der überwachende Beamte zur Auflösung kam, brachte der Vorsitzende ein Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie aus, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Unsern Freunde August Kranke ein dreifach donnerndes Hoch zu seinem 50-jährigen Bestehen! August, erlaube heute nicht, es wird weder donnern noch blitzen, auch geht's über keine Pfäfen. C. H. S. R. S., G. H.

Socialdemokratischer Wahlvereins für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 18. März, nach langem, schweren Leiden an der Prostataerkrankung unser altes Mitglied, der Handwerker

Hermann Schröder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Friedhof der Georgen-Gemeinde, Landsberger Allee, statt. Ihre feinen Andenken. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Handwerker 1736

Hermann Schröder
am Montag früh im Alter von 63 Jahren sanft entschlafen ist. Die trauernde Witwe.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Georgen-Friedhof vor dem Landsberger Thor statt.

Centralverband d. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Ten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Handwerker

Hermann Schröder
am 18. März cr. an der Prostataerkrankung verstorben ist. (67/3) **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Georgen-Friedhof Landsberger Allee statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am Montag, den 18. d. M., nachm. 3 Uhr, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Georgen-Friedhof in Mariendorf statt.

Max Schröder nebst vier Kindern.

Am 18. März cr. verstarb im 71. Lebensjahre der vierte Vorgesetzte unserer Kasse, Herr

Wilhelm Rust, welcher dem Vorstande ca. 25 Jahre angehört und treue Dienste geleistet hat. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März cr., nachm. 4 Uhr, vom Krankenhaus der Heilig Kreuz-Gemeinde, Mariendorf, Feldstraße, am 18. 1886

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Steinbrücker u. Litzowgraben.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Martha Boxheimer
geb. Hofmann am Montagabend 11 Uhr nach nur zügiger Krankheit 29 1/2 Jahre alt an Lungenerkrankung sanft verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Judo-Friedhofs, Demmannstraße.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gewerkschaft der Maler u. verw. Berufsg. Berlins u. d. Umgeg.
(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Donnerstag, 21. März, bei Cohn (großer Benthstr. 20: Saal).
Grosse Versammlung
aller zum Streitgebiet Berlin, Schöneberg, Charlottenburg, Steglitz, Rixdorf, Pankow, Weißensee und Friedrichshagen gehörenden Filialen.
Tagesordnung: Das Verhalten der Berliner sowie der in den Vororten bestehenden Maler-Zimmern den Berufsgenossen gegenüber und welche Stellung gebenden die Kollegen hiergegen einzunehmen? 155/2
Die Geschäftsleitung.

Eingekriechene freie Hilfskassen von Berlin und Umgeg. Verband Hamburg.
Den Vertretern obiger Kassen zur Nachricht, daß unser langjähriges Kommissionsmitglied, der Zimmerer

August Gruse
am Sonnabend, den 18. d. M., plötzlich verstorben ist. 286/7
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Barnimsstraße 41a, aus statt. Ihre feinen Andenken! Um rege Beteiligung ersucht
Die geschäftsführende Kommission.

Arbeiter-Vertreter-Verein Berlin.
Sonnabend, den 18. März, abends 10 Uhr, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Barnimsstraße 41a, aus statt. Ihre feinen Andenken! Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

August Gruse.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 20. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Barnimsstraße 41a, nach dem Friedhof der Boris-Holomud-Gemeinde bei Falkenberg statt. Ihre feinen Andenken! Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank. (136b) **Dr. Palm nebst Kindern.**

Orts-Krankenkasse der Drehtöler und verw. Gewerbe.
An der Straßener Brücke 4
Die Vertreter der Arbeitgeber resp. der Mitglieder werden hierdurch zu der ordentlichen

Generalversammlung
am Freitag, den 20. März 1901, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 13, ergebenst eingeladen.
Tagesordnung: 1. Arbeitgeber; Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern für die Herren Pösch und Silberblatt. (Die Wahl muß nach § 28 des Statuts getrennt geführt werden.)
Hierauf um 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Vertreter.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 1900. 2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses für das Jahr 1900. 3. Bericht der Bekleidungskommission und Rechnung derselben. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Steinbrücker u. Litzowgraben.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Martha Boxheimer
geb. Hofmann am Montagabend 11 Uhr nach nur zügiger Krankheit 29 1/2 Jahre alt an Lungenerkrankung sanft verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Judo-Friedhofs, Demmannstraße.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Herren-Vortrag
Carl Brackhoff, Friedrichstr. 16, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden.“ Mittwoch, den 20. März, abds. 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Wälderstraße 178. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellerksamung. (170b)

Achtung! „Elysium“
Randsberger Allee Nr. 10-11.
1. Mai
ist Saal und Garten für 5000 Personen unter günstiger Bedingungen zu vergeben. Auch Sonnabende.
Carl Eisermann.

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. • Billige Preise. Dreijährige Garantie. (9612) **Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.**

Welshen. In einer höchst interessanten Auseinandersetzung zwischen Hirsch-Dundermanen und freien Gewerkschaften kam es am 10. März in einer öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung, die im Prälaten zu Welshen tagte. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Das bisherige Eintreten des Hirsch-Dundermännischen Gewerkschafts für die Interessen der Arbeiter ist ein solches, daß von einem ernstlichen Kampfe mit den Unternehmern nicht gesprochen werden kann. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist die geeignetste Organisation, der sich alle Holzarbeiter in ihrem eigensten Interesse anschließen müssen.“

Centralverband der Konditoren. Heute, Mittwoch, Versammlung bei Schiller, Rosenkalerstr. 57, Anfang 8 1/2 Uhr abends.
Freier Diskussionsklub. Heute abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Voigt, Königsgrüchstr. 29, Diskussion über den Antrag König. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
C. S. 100. Kommen Sie in den Abendstunden auf die Redaktion und bringen Sie den Lösungsschein mit, da sich die Erklärung der Zeichen für die Öffentlichkeit nicht eignet.
G. S. 26. Wenden Sie sich an den Vorstand des Velte-Vereins, Königsgrüchstr. 90. — Ihr ungenügend frankierter Brief hat uns 7 Pf. Strafpunkt gekostet.
M. S. 100. Das ist sehr verschieden und richtet sich nach der Arbeit, die einfach oder kompliziert sein kann, auch das Material spielt eine Rolle. Unter gewöhnlichen Verhältnissen nimmt man an, daß 400 bis 500 Steine bearbeitet werden.
S. 100. 1. Neue Zeit, Verlag Dietz, Stuttgart, 25 Pf. 2. Für Unterhaltung: „In freien Stunden“, Verlag Bornhördt, 10 Pf.
Dames. Wenden Sie sich an Herrn Dr. Friedberg, Berlin O., Seidenstraße 16, um Auskunft.
G. S. Gothenstr. 39. 1. Oestreich ist ein selbständiger Staat.
— S. W. 1866. 1. Wenn die Frau 26 Wochen ununterbrochen krank war, ist auf Antrag die Invalidenrente zu zahlen; Voraussetzung ist, daß mindestens 200 Markten gekostet worden sind. 2. Weiter nein. — S. P. 137. Nein, falls nicht aus allen Umständen angenommen werden sollte, daß das Geld Ihnen gekundet ist. — G. S. 1. 2/4, Prozent. 2. Nein. 3. Ja, falls es sich nicht um eine kurze Verjährung unterworfenen Forderung handelt. — C. W. 000. 1. Falls Sie nicht vorher Genehmigung nachsuchen, kann Ihnen der Aufenthalt unterjocht werden. 2. Der Wirt wäre strafbar. Es können nur die Mitglieder selbst auf eigene Kosten sich Getränke mitnehmen. — Wetende. In beiden Fällen würde der Gehilfe strafbar sein. — A. Werner. Diese Kategorie von Arbeitern ist ebenso wie andere leider nicht krankenversicherungspflichtig. — G. S. in Schw. 13. Beides ist zur Zeit unmöglich. — S. S. 56. Nein. — Pantow Stern 1. Der Verein könnte mit Rücksicht auf Erfolg

gegen den Wirt nicht vorgehen. — Feltor 68. Der Einkäufer war zur Recherche am Sonntag berechtigt. — Schulz. Die in der neulich wieder zum Ausdruck gebrachten Polizeiverordnung gesagt ist, müssen aus nur zwei Stufen, Höhe und Luthöhe bestehende Wohnungen am ersten April geräumt sein, also nicht um 12 Uhr mittags, sondern bis zum Abend. — P. 26. Die Sachen Ihrer Schwester würden unter den von Ihnen dem gelegten Verhältnissen für die Zahlung der Miete nicht fallen. — S. L. 41-1. Die Bestimmung der Miete hängt von dem Inhalt des Statuts und der Bestimmung des Kassensystems ab. 2. In 4 Jahren. — F. W. Schöneberg. Die mit dem alten Wirt getroffene Abrede ist auch für seinen Nachfolger bindend. — S. 100. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — 1000. Ja. — P. S. 1 u. 2. Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt davon ab, um welchen Anspruch oder um welcherlei Antrag es sich handelt. Sprechen Sie zur Klärung in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. — G. S. 4. Beide sind zum Leben verpflichtet. — S. W. Galsner. Wenden Sie ein, daß Ihr Vertrag vom Wirt noch nicht erfüllt ist, beantragen Sie Abweisung der Kassensysteme und beantragen Sie, den Wirt zur Einräumung der Ihnen vermietheten Wohnung zu verurteilen. — Th. W. Gewiß kann ein noch nicht gänzlich geheilter Unfall-Verletzter den Anordnungen der Berufsgenossenschaft über seine Behandlung dadurch entgegen, daß er auf alle Ansprüche verzichtet. Das wäre aber sicher unklug von ihm. Es steht ihm ja ein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Anordnung zu. Lesen Sie Seite 64, 62 und 61 des „Führers durch das Unfallversicherungsgesetz“ (erster Nachtrag zum Arbeiterrecht) nach. — G. Jurisch. Welcher ist die Ansicht der Zivilkammer zutreffend und läßt sich der Frau nicht helfen. — G. W. Berlin. Rein. — Albert. Ihre Frau ist nicht berechtigt, Ihre Sachen zu verpfänden. Wegen der Schuldenmache Ihrer Frau auf Ihre Kosten können Sie sich dadurch schützen, daß Sie die Schlüsselgewalt Ihrer Frau aufheben und diese Aufhebung im Güterrechts-Register eintragen lassen. Die Aufhebung der Schlüsselgewalt muß notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie S. 225 und 67 des dem Arbeiterrecht angefügten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. — W. S. 34. Der Bürgermeister scheint recht zu haben. Zur Erlangung der Invalidenrente ist eine Wartezeit von 200 Beitragswochen, von denen wenigstens 100 Wochen hindurch auf Grund der Invalidität geleistet sein muß, und bei Kur-Selbstversicherungen eine Wartezeit von 500 Beitragswochen erforderlich. Die fernere Voraussetzung für die Invalidenrente ist, daß der Beiträufende dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes (also auf 1/2 der Durchschnitts-Erwerbsfähigkeit beschränkt) oder während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sein muß. Bei der Altersrente ist Vollendung des 70. Lebensjahrs und eine Wartezeit von mindestens 1200 Beitragswochen erforderlich. Diese Wartezeit von 1200 Wochen verringert sich für diejenigen, welche zu der Zeit, wo die Versicherungsfrist für sie in Kraft trat, das vierzigste Lebensjahr vollendet hatten. Bei diesen wird nämlich für jedes volle Jahr, um welches Ihr Lebensalter zu diesem Zeitpunkt das vollendete vierzigste Lebensjahr übersteigen hat, 40 Wochen und für den überschüssigen Teil eines solchen Jahres die weiteren Wochen, jedoch nicht mehr als 40, angerechnet. Ihre Mutter müßte demnach 387 Markten geleistet haben, um Altersrente zu erhalten. — S. C. 16. Ja für 1 M. durch unsere Buchhandlung zu beziehen. — A. S. 100. Fichtestraße. 1. Rein. 2. Ja.

Unter Freunden August Kranke ein dreifach donnerndes Hoch zu seinem 50-jährigen Bestehen! August, erlaube heute nicht, es wird weder donnern noch blitzen, auch geht's über keine Pfäfen. C. H. S. R. S., G. H.

Centralverband d. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Ten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Handwerker

Hermann Schröder
am 18. März cr. an der Prostataerkrankung verstorben ist. (67/3) **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach dem Georgen-Friedhof Landsberger Allee statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Martha Boxheimer
geb. Hofmann am Montagabend 11 Uhr nach nur zügiger Krankheit 29 1/2 Jahre alt an Lungenerkrankung sanft verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Judo-Friedhofs, Demmannstraße.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Herren-Vortrag
Carl Brackhoff, Friedrichstr. 16, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden.“ Mittwoch, den 20. März, abds. 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Wälderstraße 178. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellerksamung. (170b)

Achtung! „Elysium“
Randsberger Allee Nr. 10-11.
1. Mai
ist Saal und Garten für 5000 Personen unter günstiger Bedingungen zu vergeben. Auch Sonnabende.
Carl Eisermann.

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. • Billige Preise. Dreijährige Garantie. (9612) **Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.**

Centralverband der Maurer Deutschlands
Bureau: Engelauer 15, III. Fernsprecher: Amt 7. 4289.
Geöffnet an den Wochentagen von vormitt. 8-1 und nachm. von 4-8 Uhr.

Mitglieder-Versammlung
für die Zahlstelle Berlin II.
Bezirk Norden: Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Schwebertstr. 24.
Tages-Ordnung: Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Für Moabit: Donnerstag, 21. März, abends 8 Uhr, im Lokal Waldstraße 8.
Für Westen u. Schöneberg: Freitag, 22. März, abends 8 Uhr.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Wahlverein Charlottenburg.
Die Versammlung des Wahlvereins findet morgen, Donnerstag, Sonntag, den 23. März 1901: 7. Stiftungs-Fest in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, bestehend in Concert, Turnerischen Aufführungen und Gesangs-Vorträgen. Nachdem Tanz, Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 30 Pfg. sind vorher zu haben bei Hans Götte, Brandenburgstr. 18 und bei H. Köhler, Admiralstr. 19. 182b

Magnetische Vereinigung Charlottenburg-Berlin.
(Vorstand: R. Ponndorf.)
Grosser Vortrag für Damen und Herren
in den „Arminhallen“, Berlin SW., Kommandantenstraße Nr. 20 am Mittwoch, den 20. März cr., abends 8 1/2 Uhr, über:
Der Hypnotismus
u. seine Anwendung bei den verschied. Nervenkrankheiten (Hysterie, Epilepsie, Nüchternes Vermissen, Dämonische Ideen, Hypochondrie, Lancierende Schmerzen der Tabiker, Alkoholismus, Wahnhaftigkeit, Zwangsvorstellungen).
Gäste willkommen. (182b)
Referent: R. Ponndorf, Naturheilkundiger.

Herren-Vortrag
Carl Brackhoff, Friedrichstr. 16, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden.“ Mittwoch, den 20. März, abds. 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Wälderstraße 178. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellerksamung. (170b)

Achtung! „Elysium“
Randsberger Allee Nr. 10-11.
1. Mai
ist Saal und Garten für 5000 Personen unter günstiger Bedingungen zu vergeben. Auch Sonnabende.
Carl Eisermann.

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. • Billige Preise. Dreijährige Garantie. (9612) **Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.**

Centralverband der Maurer Deutschlands
Bureau: Engelauer 15, III. Fernsprecher: Amt 7. 4289.
Geöffnet an den Wochentagen von vormitt. 8-1 und nachm. von 4-8 Uhr.

Mitglieder-Versammlung
für die Zahlstelle Berlin II.
Bezirk Norden: Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Schwebertstr. 24.
Tages-Ordnung: Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Für Moabit: Donnerstag, 21. März, abends 8 Uhr, im Lokal Waldstraße 8.
Für Westen u. Schöneberg: Freitag, 22. März, abends 8 Uhr.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Wahlverein Charlottenburg.
Die Versammlung des Wahlvereins findet morgen, Donnerstag, Sonntag, den 23. März 1901: 7. Stiftungs-Fest in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, bestehend in Concert, Turnerischen Aufführungen und Gesangs-Vorträgen. Nachdem Tanz, Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 30 Pfg. sind vorher zu haben bei Hans Götte, Brandenburgstr. 18 und bei H. Köhler, Admiralstr. 19. 182b

Magnetische Vereinigung Charlottenburg-Berlin.
(Vorstand: R. Ponndorf.)
Grosser Vortrag für Damen und Herren
in den „Arminhallen“, Berlin SW., Kommandantenstraße Nr. 20 am Mittwoch, den 20. März cr., abends 8 1/2 Uhr, über:
Der Hypnotismus
u. seine Anwendung bei den verschied. Nervenkrankheiten (Hysterie, Epilepsie, Nüchternes Vermissen, Dämonische Ideen, Hypochondrie, Lancierende Schmerzen der Tabiker, Alkoholismus, Wahnhaftigkeit, Zwangsvorstellungen).
Gäste willkommen. (182b)
Referent: R. Ponndorf, Naturheilkundiger.

Herren-Vortrag
Carl Brackhoff, Friedrichstr. 16, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden.“ Mittwoch, den 20. März, abds. 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Wälderstraße 178. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellerksamung. (170b)

Achtung! „Elysium“
Randsberger Allee Nr. 10-11.
1. Mai
ist Saal und Garten für 5000 Personen unter günstiger Bedingungen zu vergeben. Auch Sonnabende.
Carl Eisermann.

Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. • Billige Preise. Dreijährige Garantie. (9612) **Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.**

gegen den Wirt nicht vorgehen. — Feltor 68. Der Einkäufer war zur Recherche am Sonntag berechtigt. — Schulz. Die in der neulich wieder zum Ausdruck gebrachten Polizeiverordnung gesagt ist, müssen aus nur zwei Stufen, Höhe und Luthöhe bestehende Wohnungen am ersten April geräumt sein, also nicht um 12 Uhr mittags, sondern bis zum Abend. — P. 26. Die Sachen Ihrer Schwester würden unter den von Ihnen dem gelegten Verhältnissen für die Zahlung der Miete nicht fallen. — S. L. 41-1. Die Bestimmung der Miete hängt von dem Inhalt des Statuts und der Bestimmung des Kassensystems ab. 2. In 4 Jahren. — F. W. Schöneberg. Die mit dem alten Wirt getroffene Abrede ist auch für seinen Nachfolger bindend. — S. 100. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — 1000. Ja. — P. S. 1 u. 2. Die Verantwortung Ihrer Fragen hängt davon ab, um welchen Anspruch oder um welcherlei Antrag es sich handelt. Sprechen Sie zur Klärung in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. — G. S. 4. Beide sind zum Leben verpflichtet. — S. W. Galsner. Wenden Sie ein, daß Ihr Vertrag vom Wirt noch nicht erfüllt ist, beantragen Sie Abweisung der Kassensysteme und beantragen Sie, den Wirt zur Einräumung der Ihnen vermietheten Wohnung zu verurteilen. — Th. W. Gewiß kann ein noch nicht gänzlich geheilter Unfall-Verletzter den Anordnungen der Berufsgenossenschaft über seine Behandlung dadurch entgegen, daß er auf alle Ansprüche verzichtet. Das wäre aber sicher unklug von ihm. Es steht ihm ja ein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Anordnung zu. Lesen Sie Seite 64, 62 und 61 des „Führers durch das Unfallversicherungsgesetz“ (erster Nachtrag zum Arbeiterrecht) nach. — G. Jurisch. Welcher ist die Ansicht der Zivilkammer zutreffend und läßt sich der Frau nicht helfen. — G. W. Berlin. Rein. — Albert. Ihre Frau ist nicht berechtigt, Ihre Sachen zu verpfänden. Wegen der Schuldenmache Ihrer Frau auf Ihre Kosten können Sie sich dadurch schützen, daß Sie die Schlüsselgewalt Ihrer Frau aufheben und diese Aufhebung im Güterrechts-Register eintragen lassen. Die Aufhebung der Schlüsselgewalt muß notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie S. 225 und 67 des dem Arbeiterrecht angefügten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. — W. S. 34. Der Bürgermeister scheint recht zu haben. Zur Erlangung der Invalidenrente ist eine Wartezeit von 200 Beitragswochen, von denen wenigstens 100 Wochen hindurch auf Grund der Invalidität geleistet sein muß, und bei Kur-Selbstversicherungen eine Wartezeit von 500 Beitragswochen erforderlich. Die fernere Voraussetzung für die Invalidenrente ist, daß der Beiträufende dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes (also auf 1/2 der Durchschnitts-Erwerbsfähigkeit beschränkt) oder während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sein muß. Bei der Altersrente ist Vollendung des 70. Lebensjahrs und eine Wartezeit von mindestens 1200 Beitragswochen erforderlich. Diese Wartezeit von 1200 Wochen verringert sich für diejenigen, welche zu der Zeit, wo die Versicherungsfrist für sie in Kraft trat, das vierzigste Lebensjahr vollendet hatten. Bei diesen wird nämlich für jedes volle Jahr, um welches Ihr Lebensalter zu diesem Zeitpunkt das vollendete vierzigste Lebensjahr übersteigen hat, 40 Wochen und für den überschüssigen Teil eines solchen Jahres die weiteren Wochen, jedoch nicht mehr als 40, angerechnet. Ihre Mutter müßte demnach 387 Markten geleistet haben, um Altersrente zu erhalten. — S. C. 16. Ja für 1 M. durch unsere Buchhandlung zu beziehen. — A. S. 100. Fichtestraße. 1. Rein. 2. Ja.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasselhöhe 21 und Jahnstr. 8 in Schnegelsbergers Festsaal. Inh.: Max Schindler. — Telefon: Amt IVa Nr. 8002. — Genre: Grosser Ball, als Specialität: 8 Cigarren- und Apfelsinen-Regen & verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: Specialitäten-Vorstellung. Entree frei. Empfehle den geehrten Genossen, Vereinen, Fabriken u. meine Tische, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Veranlassungen und Festlichkeiten jeder Art.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 20. März, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Klemke, Bergstraße 137.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Ingenieur Groppe-Berlin.
2. Diskussion.
3. Verschleusen.
Gäste haben Zutritt. (79/1) **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands
Bureau: Engelauer 15, III. Fernsprecher: Amt 7. 4289.
Geöffnet an den Wochentagen von vormitt. 8-1 und nachm. von 4-8 Uhr.
Mitglieder-Versammlungen
für die Zahlstelle Berlin II.
Bezirk Norden: Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Schwebertstr. 24.
Tages-Ordnung: Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Für Moabit: Donnerstag, 21. März, abends 8 Uhr, im Lokal Waldstraße 8.
Für Westen u. Schöneberg: Freitag, 22. März, abends 8 Uhr.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Vertreter-Sitzung.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegeb.
Versammlung
am Freitag, den 22. März, nachmitt. 5 1/2 Uhr, im Lokal des Kollegen Beyer, Charlottenburg, Wallstr. 94.
Tagesordnung: 1. Unsere Stellung zur Fleisch- und Fleischpreise. 2. Besprechung über die Aufspaltung der Gastwirte. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Berichtigungsangelegenheiten. (69/7) **Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.**

Gewerkschafts-Kartell für Berlin u. Umg.
Freitag, den 22. März, abends 8 Uhr:
Versammlung der Delegierten
im Lokale von Schulz, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Ausschusses.
2. Kassenbericht.
3. Bericht der Kommission.
4. Anträge auf Veränderung der Geschäftsführung.
5. Neuwahl des Ausschusses und der Kommission. (84/82) **Der Ausschuss.**

Erwiderung.
In der Sonntag's-Kammer des „Vorwärts“ ist Risch und Boetz der Meinung; wenn der socialdemokratische Gastwirths-Verein sein Hauptverem ist, müßte er ein Vergnügungsverein sein. Reinholden beiden trifft für mich zu. Die Tendenz des Vereins ergibt sich aus dem Kopf und dem Statut desselben. Wenn die Herren das Statut nicht kennen, ist es ein Beweis ihrer langjährigen und großartigen Tapferkeit. Den übrigen Teil ihrer Erwiderung hängt es eben so niedrig wie ihre erste Erwiderung, da sie nicht bei der Wahrheit geblieben sind. (1836) **Wilh. Lock, Grüner Weg 46.**

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Lokalkommissions-Mitgliedern Berlin, insbesondere aber denen der Vororte zur Nachricht, daß am Sonntag, den 7. April, die nächste Lokalliste erscheint. Die Einwendungen für Neuaufnahmen sowie Streichung von Lokalen sind bis spätestens den 2. April einzufenden, und zwar für Berlin an Karl Scholz, Brangelstraße 110; Kiefernallee an Paul Kette, Friedrichsstraße, Lichtenberger Bringen-Allee 2a; für Teltow-Beestow an Herrn. Quitt, Rixdorf, Sobersdorfstr. 82, IV.; für Potsdam-Ost-Haveland Ernst Nieger, Spandau, Noltestr. 3; unter diverse Orte Gustav Stein, Briesen a./O., Frankfurterstr. 32.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossen und Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in Hellenbrands Festsaal, Hofenstraße, eine Volksversammlung stattfindet mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peus über: „Was ist Revolution und wer ist revolutionär?“ 2. Diskussion. 3. Erziehung eines Mitglieds der Preßkommission. Um recht zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vertrauensleute.

Kommunales.

Der Etatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung zunächst den **Dochbau-Etat** auf der Tagesordnung. Von mehreren Rednern, auch von unsren Parteigenossen **Wormann** und **Bruno** wurde die Bauverwaltung auf das dringendste ersucht, die bewilligten und in Angriff genommenen Bauten zu beschleunigen. Der Bauverwaltung solle das Recht gewahrt bleiben, den modernen Anschauungen entsprechende künstlerische Bauten auszuführen. Auf der anderen Seite müsse aber auch den Bedürfnissen Rechnung getragen und die notwendigen Bauten beschleunigt werden. **Schulen und Krankenhäuser** würden dringend gebraucht. Auf der anderen Seite habe aber auch die städtische Verwaltung die Aufgabe, für möglichst Beschäftigung der jetzt zahlreichen Arbeitslosen Sorge zu tragen. Vom Magistratsvertreter wurde Beschleunigung der Arbeiten zugesagt. Es würde jetzt aber auch nicht langsamer gebaut als früher; nur sei eben in früheren Jahren weniger gebaut als es das Bedürfnis verlangt habe und diese Unterlassungsünden machten sich jetzt unangenehm bemerkbar. Bei thunlichster Beschleunigung würde das neue Krankenhaus, dessen Gesamtkosten auf 13 100 000 M. veranschlagt seien, am 1. Oktober 1904 fertiggestellt sein. Die neue Heimstätte für brustkranke Männer in Buch, die etwa 1 1/2 Millionen kosten wird, soll bis 1903 fertig sein. Im nächsten Jahre würden auch eine einfache und sechs Gemeindepflichtschulen der Benutzung übergeben.

Von einer Seite wurde eine Beschwerde über die **Gasheizung der Gemeindefschule** in der Dunderstraße vorgebracht. Die Anlage sei so mangelhaft, daß die bis dahin gesunden Lehrer krank geworden seien; die Kinder wären von Ohnmachtsanfällen heimgegriffen worden. Vom Magistrat wurde darauf hingewiesen, daß die Heizung durch Gas von der Stadtverordneten-Versammlung gewünscht worden sei, daß man aber jetzt wieder zu dem alten System zurückkehre. Die Anlage in der Dunderstraße werde verbessert werden. Ohne wesentliche Veränderung gelange der Etat zur Annahme.

Der Gas-Etat führte zu längeren Auseinandersetzungen über die Arbeiter-Verhältnisse an den Gasanstalten zc. Dr. **Freundberg** bemängelte, daß die Verwaltung nicht dem Verlangen der Laternenanzünder entsprechend für Unterlufträume während des Appells gesorgt habe. Es sei durchaus nicht angenehm und auch nicht der Gesundheit förderlich, wenn die Leute den Unbilligen der Witterung ausgesetzt auf der Straße den Appell abhalten müßten. Bei einigem guten Willen würde die Verwaltung wahrscheinlich solche Räume haben beschaffen können. Ferner habe die Gasverwaltung in vollständiger Verkennung ihrer sozialen Pflichten gegen ihre Arbeiter den § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer Kraft gesetzt, der, wenn nicht ausdrückliche Vereinbarungen es ausschließen, die Fortzahlung des Lohns bei einschuldbarer Arbeitsverhinderung von geringer Dauer gewährleistet. Das sei der städtischen Verwaltung nicht würdig. Endlich bemängelte der Redner die an ehemalige Arbeiter oder deren Angehörigen gezahlten Unterstellungen, die am niedrigsten von allen Verwaltungen seien. Außerdem werde an Maurer, die in den Gasanstalten beschäftigt werden, nur ein Tagelohn von 5,50 M. gezahlt, also bedeutend weniger als der von den Bau-Unternehmern mit den Maurern vor dem Einigungsamt vereinbarte Lohnsatz beträgt. Der Magistratsvertreter hält den Lohnsatz für Maurer für durchaus angemessen, zumal sie das ganze Jahr hindurch beschäftigt hätten. Die Wünsche der Laternenanzünder hätten sich nicht erfüllen lassen, weil von den anderen Verwaltungen städtische Gebäude nicht zur Verfügung gestellt wären und die Herstellung eigener Wuden für den Zweck nicht möglich sei. Die Verwaltung habe Versuche angestellt mit Fernzündern, die sich bis jetzt durchaus bewährt hätten. Dann würden die Laternenanzünder überhaupt überflüssig werden. Ein von unsren Genossen gestellter Antrag, der sämtliche Verwaltungen des Magistrats verpflichten sollte, in allen Fällen, in denen zwischen Unternehmern und Arbeitern Lohnvereinbarungen getroffen sind, diesen vereinbarten Lohn zu zahlen, wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein von anderer Seite gestellter Antrag, für die Ausführung von Privatleistungen 100 000 M. mehr im Etat einzusetzen, um der Verwaltung die Mittel zu gewähren in weitgehendster Weise den Gasverbrauch zu fördern. Beim **Etat der Wasserwerke** demängeln **Wormann** und **Bruno** ebenfalls die von der Verwaltung gezahlten Unterstellungen. So erhält ein jetzt 67jähriger Mann, der infolge eines Betriebsunfalls einen Arm verloren hat, dem auf dem einen Auge die Sehkraft fehlt und der infolge eines Falls auch den ihm noch gebliebenen Arm nicht mehr gebrauchen kann, eine jährliche Unterstüßung von 800 M. Zur Zeit des Unfalls bestand noch keine gesetzliche Fürsorge. Genosse **Bruno** regte an, doch alle diese Fälle noch nachträglich so zu behandeln, als wenn schon damals diese Fürsorge bestanden hätte. Vom Magistrat wird erklärt, daß diese Frage noch nicht im Magistrat entschieden sei. Beim **Markthallen-Etat** rügte **Bruno**, daß diese Verwaltung noch keine Arbeiterausschüsse eingerichtet habe. Nach der Erklärung des Dezermenten wird diese Angelegenheit jetzt in der Verwaltung erwogen. Die übrigen Etats werden ohne wesentliche Debatten nach dem Voranschlag genehmigt.

Auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, welche am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, stattfindet, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstattung über die Vorlage betr. die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen; die Einsetzung eines Schiedsgerichts über die von einem Unternehmer beim Neubau des Märkischen Museums gemachten Ansprüche und die Einsetzung eines Betrages von 5000 Mark zur Verfügung des Herrn Stadtverordneten-Vorstehers in den Spezialetat 45; Berichterstattung des zur Vorberatung des Antrags von Mitgliedern der Versammlung betr. die Wohnungsnot und die auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mißstände eingesetzten Ausschusses; Fortsetzung der Berichterstattung des Etatsausschusses über eine Reihe von Special-Etats; Berichterstattung über die Vorlagen betr. Festsetzungen hinsichtlich der bei den städtischen Betriebs-Verwaltungen beschäftigten Beamten; die Anerkennung von künftigen Angestellten bei der Hauptkassette der städtischen Werke als Gemeindebeamten, die Anstellung von Kanalisations-Gemeindebeamten, den Erwerb des von den Grundstücken Pots-

damerstraße 108 und 99 zur Verbreiterung dieser Straße erforderlichen Geländes und den Abbruch der Baulichkeiten auf dem zur Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes in Aussicht genommenen Terrain; Vorlagen betr. die Nachweisung der öffentlichen Beleuchtungsanlagen sowie des Umfangs der Gasproduktion und des Gasverbrauchs während des Vierteljahres Oktober/Dezember 1900, den Voranwurf zum Neubau des Waisenhauses in der Alten Jakobstr. 33/35, den Voranwurf für das Sparlassen-Gebäude in der Pflanzl. 7/8, die speziellen Entwürfe zu zwei offenen Häusern für ruhige Kranke bei der dritten Jerusalemstr. in Buch und für das neue Verwaltungs-Dienstgebäude, das Gehalt der Bürgermeisterstelle und die Bürgermeisterwahl.

Vom Dienstiegel des Magistrats. Es ist vorgekommen, daß von den städtischen Beamten die Dienstiegel der Verwaltungsstellen bezw. Bureaus, bei welchen sie ihren Dienst versehen, zur Veräußerung von Lebens- und Auswehlsattesten benutzt worden sind. Dies soll in der bisherigen Ausdehnung nicht mehr zulässig sein. Der Magistrat hat deshalb angeordnet, daß das Dienstiegel des Magistrats, einer städtischen Verwaltungs-Deputation oder sonstigen Verwaltungsstelle, einer Anstalt, eines Bureaus und einer Kasse, sowie einer Bureau- oder einer Kassenabteilung nur von demjenigen, welcher der betreffenden Verwaltung, dem betreffenden Bureau usw. vorsteht und solche nach außen zu vertreten hat, in Verbindungsfällen von seinem ordnungsmäßigen Vertreter zur Beglaubigung der genannten Atteste benutzt werden darf, soweit eine solche Beglaubigung nicht etwa zu den dienstlichen Obliegenheiten des Attestierenden gehört.

Ueber die Versicherungspflicht der Hauswarte, worüber wir kürzlich berichteten, macht der Magistratskommissar für Invalidenversicherung noch einige nähere Angaben: Hauswarte, die nur eine freie Wohnung erhalten, sind versicherungspflichtig, wenn die Wohnung das persönliche Bedürfnis des Hauswarts übersteigt. Dies wird in der Regel dann anzunehmen sein, wenn mehrere bewohnbare Räume (zum Beispiel zwei Stuben und Küche) gewährt werden. Erhält er nur eine Stube nebst Küche, so empfiehlt es sich, in jedem Einzelfalle Entscheidung herbeizuführen und sich zu diesem Zweck unter Ratshofmachung des Hauswarts an den Vorstand der Landesversicherungs-Anstalt, Berlin, Klosterstraße 41, zu wenden. Erhält der Hauswart neben der Wohnung Barlohn, so liegt Versicherungspflicht vor, sofern der Geldbetrag nicht lediglich als Entschädigung für die zum Zwecke der Hausreinigung beschafften Utensilien anzusehen ist. Für diejenigen Wochen, wo ein Hauswart anderweitig beschäftigt wird, sind für ihn Beitragsmarken nicht zu verwenden. Führt die Ehefrau eines Hauswarts den Hauptteil der Arbeit aus, sei es unterstüßend, sei es stellvertretend, so ist sie ebenfalls zu versichern, auch wenn mit ihr eine unmittelbare Abmachung nicht getroffen und eine besondere Vergütung für ihre Leistungen nicht ausbezahlt ist. Die vertraglichen Abmachungen über die Versicherungspflicht der gedachten Personen im allgemeinen keinen Einfluß aus. Es kommt vielmehr in der Hauptsache darauf an, wer die Arbeiten tatsächlich ausführt. Werden sie von beiden Eheleuten verrichtet, so sind auch beide versicherungspflichtig. Es sei noch hinzugefügt, daß die Versicherungspflicht auch für alle übrigen Personen über 16 Jahre besteht, sofern sie bei der Hausreinigung beschäftigt sind und für sie nicht anderweitig gekleidet wird.

Lokales.

Die Berliner Kinder wollen nicht spielen!

Im Etatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung ist beim Spieletat vom Magistratsvertreter ausgeführt worden, daß die im vorigen Jahre gemachten Versuche, auch in den Sommerferien auf den öffentlichen Spielplätzen und einigen Gemeindefschulen gemeinsame Spiele für Schulkinder zu veranstalten, sich nicht bewährt haben. Der Andrang sei anfangs sehr groß gewesen, die Teilnehmerzahl sei aber meist schon nach wenigen Tagen bedenklich zusammengeschmolzen. So seien in einer Schule am ersten Tage 180 Schüler erschienen, am zweiten nur 98, am dritten 18 und in den letzten Tagen nur noch 8-10 Schüler. Möglicherweise erkläre sich das aus der großen Hitze und aus der mangelhaften Vorbereitung des Versuchs. Er solle in diesem Jahre noch einmal gemacht und besser vorbereitet werden. Aber die im Etat dafür geforderten Geldmittel — eine Erhöhung um 1500 M. — seien genügend, eventuell werde man Nachforderungen machen. Die Mehrheit des Ausschusses hat daraufhin den von unsren Vertretern gestellten Antrag einer Erhöhung um 15 000 M. abgelehnt und sich mit 1500 M. begnügt. Wir gestehen, daß wir von dem in Aussicht gestellten neuen Versuch wieder nicht viel erwarten. Vermutlich wird auch er kein wesentlich besseres Ergebnis haben. Es soll uns freuen, wenn wir uns in dieser Hinsicht täuschen; aber bei den Spielen, die in der Schulzeit auf den öffentlichen Spielplätzen und seit einigen Jahren auch auf mehreren Gemeindefschulen veranstaltet werden, wird ja ebenfalls immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die anfängliche beträchtliche Teilnehmerzahl sehr rasch abnimmt. Die Berliner Kinder sind eben für solche Spiele nicht zu haben.

Das ungefähr dürfte auch die Ansicht der Schulverwaltung sein, und so weit stimmen wir ihr bei. Ueber einen Punkt jedoch sind wir anderer Meinung als sie. Man will so wenig für die Spiele aufwenden, weil nur wenig Kinder daran teilnehmen. Wir glauben aber, daß gerade deshalb nur so wenig Kinder daran teilnehmen, weil zu wenig dafür aufgewendet wird. Schafft mehr Spielplätze oder gibt wenigstens die Schulhöfe frei und stellt für jeden einzelnen Spielplatz des Schulhofs mehr Spielleiter an, dann wird's anders werden! Gebt dafür das Geld mit vollen Händen aus, dann werdet ihr's weniger weggeworfen haben als heute, wo ihr damit knausert! Heute finden sich die Kinder an den ersten Spieltagen auf den paar Spielplätzen und den wenigen bisher freigegebenen Schulhöfen in verhältnismäßig so großer Zahl ein, daß sie sich weder ungehindert bewegen können, noch sämtlich von den Spielleitern berücksichtigt werden können. Sie stehen dann unthätig umher, langweilen sich und verlieren die Lust, wiederkommen. Für solche „Spiele“ sind die Berliner Kinder in der That nicht zu haben, aber das kann man ihnen auch nicht verdenken. Würde den Kindern etwas Rechtes geboten, dann dürfte die Teilnehmerzahl weniger rasch abnehmen. Doch mit ein paar hundert oder ein paar tausend Mark ist das natürlich nicht zu machen.

Dazu kommt allerdings, daß die Berliner Kinder größtenteils verlernt haben, sich einem geregelteren gemeinsamen Spiel hinzugeben. Viele würden selbst dann nicht daran teilnehmen, wenn die Spiele unter den günstigsten Bedingungen stattfinden könnten. Aber das ist nur ein neuer Grund, reichlichere Mittel zur Verfügung zu stellen. Will die Berliner Jugend nicht spielen, weil sie das Spielen verlernt hat, dann soll sie es von neuem lernen! Und sie wird es lernen, wenn nur bei der Schulverwaltung und ihren Organen das rechte Interesse und etwas guter Wille vorhanden ist.

Doch eben daran fehlt es! Erst wenn alle Schulhöfe freigegeben sind, wenn jedes Kind nicht bloß in den Ferien, sondern das ganze Sommersemester hindurch die Möglichkeit hat, auf einem dieser Höfe zu spielen, wird es mehr und mehr als selbstverständlich angesehen werden, daß jedes Kind an den Spielen teilnimmt.

Warum überläßt es aber die Schuldeputation immer noch den Direktoren, ob sie ihren Hof freigeben wollen oder nicht? Ruh man da nicht annehmen, daß ihr wenig an der Förderung der Spiele liegt, daß ihr die Weigerung so vieler Direktoren vielleicht sogar erwünscht ist? Die Rücksicht auf das Mißbehagen der Direktoren wird doch wohl für die Schuldeputation nicht ausschlaggebend gewesen sein. Steht das Interesse der Kinder nicht über dem der Direktoren? Auch die Störung des Nachmittags-Unterrichts anderer Kinder durch den Lärm der spielenden Kinder wäre nicht erheblich. Erfahrungen darüber liegen ja vor. Beispielsweise wird auf dem Turnplatz eines hiesigen Realgymnasiums des Vormittags in den Turnstunden gespielt und es darf dabei in ungezwungener Weise geläutet werden. In einem vom Turnlehrer der Anstalt darüber veröffentlichten Bericht wird gesagt, daß die andere Lehrer gelegentlich „lieber auf einige Minuten das Fenster schließen lassen als die Unterbrechung des Spiels zu verlangen“. Die Anstalt ist das Friedrichs-Realgymnasium, und ihr Direktor, dessen „liebenwüßiges Entgegenkommen“ der Bericht rühmt, war bis jetzt Herr **Gerstenberg**, der jetzige Stadtschulrat. Vielleicht entschließt sich Herr Gerstenberg, als Stadtschulrat die Erfahrungen zu verwerten, die er als Direktor gemacht hat. Er würde sich kein geringes Verdienst erwerben, wenn er mit dazu beitrüge, daß man einmal nicht mehr von der Berliner Jugend zu sagen braucht, sie will nicht spielen, weil sie nicht spielen kann.

Zum Fall Schulze.

Die Mißstände in unsrem Armenwesen sind durch die Anwesenheit des Rentiers Schulze, über die wir am Sonntag berichteten, von neuem der Öffentlichkeit zur Erörterung unterbreitet worden. Daß die Berliner Einwohnerschaft sich dabei in Schmeicheln Worten über Einrichtungen ergeht, die solche Abschleichen möglich machen, läßt sich nicht behaupten. Wie überall, so bildet auch hier die Ueberfälle von Nacht, die den Inhaber eines solchen städtischen Ehrenamts verleben ist, die Ursache des schmachvollen Mißbrauchs. Ein Mensch, wie der Freund des Herrn Schulze könnte nimmermehr seinen Armenbezirk als Sultanat betrachten, wenn er nicht Grund hätte zu glauben, daß er in seinem Amt allmächtig wäre und ein Appell gegen seine Willkür zu den ausichtslossten Wagnissen gehörte. Von seinem Gutmüthen hängt es trotz aller „Reformen“ ab, ob eine Hilfsbedürftige Unterstützung erhalten oder ob sie mit ihren Kindern weiter hungern soll; er hat auch in dem Falle, daß eine Unterstützung unmöglich ist, darüber zu befinden, ob die Arme unter peinlichen Scherereien von Monat zu Monat weiter um ein paar Mark betteln muß oder ob die Hilfe glatt gesendet werden soll. Von seinem Gutmüthen ist es ferner im hohen Maße abhängig, ob der Familie täglich ein halbes Pfund Fleisch geliefert wird, ob die strophulösen Kinder Milch erhalten, ob aus milden Stiftungen oder besonderen Fonds hin und wieder ein guter Broden abfällt. Ja, die Macht des Armenkommissions-Vorstehers und seiner Beigeordneten erstreckt sich weit über den Kreis der Pflegebefohlenen hinaus. Er hat zu bestimmen, von welchem Vorstoffhändler die Armen ihre Milch, von welchem Schlächter sie ihr Fleisch, von welchem Kaufmann sie andre Waaren zu holen haben und macht so in beträchtlichem Maße die Geschäfte seines Bezirks von sich abhängig. In diesem tritt noch hinzu, daß der Inhaber eines solchen Ehrenamts sich in Konflikten mit seinen Armen des ganz besondern Schutzes der Behörden sicher weiß. Es ist menschlich nur zu begreiflich, daß eine Arme, die ihrer Meinung nach ungerecht vom Armenvorsteher behandelt wird, von Verzweiflung und Zorn gepackt, sich zu Ausdrücken hinreichend läßt, die sich mit kinderleichter Mühe zu einer Anklage wegen Verleumdung andrängen lassen. Fälle solcher Art hat die politische Praxis besonders vorgegeben. Vor einigen Jahren erging auf Eruchen der Armenvorsteher eine besondere Anweisung, daß gegen Personen, die sich beim Armenvorsteher in unangenehmer Weise lästig machen, streng eingeschritten werden sollte; auch wurde die Staatsanwaltschaft ersucht, im Interesse des Schutzes der ehrenamtlichen Organe dahin zu wirken, daß bei Verleumdung, Bedrohung und Handfriedensbruch gegen Mitglieder und Vorsteher der Armenkommissionen von den Gerichten empfindliche Strafen festgesetzt und gegen allzu milde Urteile des Schöffengerichts Verurteilung eingeleitet werde.

Alle diese Umstände lenken sich als Ausfluß des unter der heutigen Ordnung selbstverständlichen Brauchs, die Armenpflege einseitig vom Standpunkt der Besizenden aus zu betrachten, und verleiten Personen, wie den Freund des Herrn Schulze, darauf zum Mißbrauch des ihnen von den Mitbürgern entgegengebrachten Vertrauens.

Die Polizeicheere hat auch vorgestern mit litterarischem Feingefühl im Friedrichshagen ihres Amtes gewaltet. Von den Wählungen, die an Kronschleusen als staatsgefährlich konfisciert wurden, wollen wir zwei wiedergeben.

Die Arbeiter der Firma **Beiß u. Co.** in der Breitswalderstraße suchten sich die Vernichtung folgender Inschrift gefallen lassen:

Lach dich, o Volk, belügen nicht
Durch falscher Freunde Schar!
Und laß dich auch betrügen nicht,
Dein Recht ist in Gefahr!
Den lächer Reden traue nicht,
Wenn der Verführer naht;
Auf schöne Worte baue nicht,
Den Worten folgt die That!

Die Verse sind, wenn wir nicht irren, von **Wodenstedt**. Als gemacht muß man sich schon darauf einrichten, daß außer dem Artilleriehauptmann **Lauff** kein einziger Poet mehr vor der Polizei bestehen kann.

Den Arbeitern der Leipziger Buchbinderei-Aktiengesellschaft sind die nachstehenden Worte konfisciert worden:

Wir wollen nicht eher ruhen, — Bis nicht vollbracht, was ihr begonnen, — Bis nicht der große Freiheitstag — Gebrochen jede Throniummacht.

Wenn der preussische Staat heute noch auf den Fühen steht, so ist dies offenbar einzig dem Walten der Polizei zu danken.

Eisenbahnarbeiter im Dienst der „Großen Berliner“. Zahlreiche Arbeiter der staatlichen Eisenbahnwerkstatt in Tempelhof sind als Schaffner und Wagenführer bei der Großen Berliner Straßenbahn ausgebildet worden, um an verkehrsreichen Sonntagen aus- hilfsweise auf den Straßenbahnwagen Dienst zu thun. Wie niedrig müssen doch die Löhne, welche im Reich des Ministers v. Tzielen den Arbeitern gezahlt werden, sein, wenn diese sich dazu hergeben, nach sechs Arbeitstagen in der Werkstat, noch am Sonntag den anstrengenden Dienst eines Wagenführers oder Schaffners gegen eine Entschädigung von drei Mark zu übernehmen. Die Angestellten der „Großen Berliner“ sehen in dem Umstand, daß die Gesellschaft ihr Hilfspersonal gerade in den Reihen der Staatsbahn-Arbeiter sucht, eine planmäßige Fügung von **Strecke** in für zulässige Fälle. Sie meinen wohl nicht mit Unrecht, daß bei den engen Beziehungen zwischen dem Direktorium der „Großen Berliner“ und dem Eisenbahn-Ministerium die für den Straßenbahndienst ausgebildeten Staatsbahn-Arbeiter vielleicht gegen ihren Willen bei einer etwaigen Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten deren Stellen einnehmen würden. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als handle die „Große Berliner“ besonders fürsorglich und im Interesse des Publikums, wenn sie sich mit Ausschleusen für besonders verkehrsreiche Tage verhält. Aber die Sache liegt so, daß nur auf bestimmten Linien ein außer- gewöhnlich starker Sonntagsverkehr herrscht, während andre Strecken des Sonntags einen erheblich geringeren Verkehr aufweisen, wie in der Woche. Bei richtiger Verteilung

des Personals, namentlich wenn dieses während der Woche nicht übermäßig ausgenutzt wird, würde schon viel für die Bewältigung des Sonntagsverkehrs getan werden können, und wenn dann noch Hilfskräfte nötig sind, dann findet man solche bei entsprechender Bezahlung auch in anderen Kreisen, als gerade unter den Eisenbahnarbeitern, bei denen man, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sich der Befürchtung nicht verschließen kann, daß sie nicht ganz freiwillig ihre Sonntagsruhe für die geringe Entlohnung von drei Mark opfern, um bei der „Großen Berliner“ auszuhelfen.

Aus den Kreisen der städtischen Desinfektionsarbeiter wird uns geschrieben:

Der Leiter der städtischen Desinfektionsanstalt, Herr Paulyn, steht bei den städtischen Arbeitern in dem Ruf, einer der schärfsten Gegner ihrer beruflichen Organisation zu sein. Zwar hat er schon öfters erklärt, daß er gegen die gewerkschaftliche Vereinigung der städtischen Arbeiter nichts einzuwenden habe, doch die städtischen Arbeiter wollen ihm dies nicht glauben. Aus dem Benehmen des Herrn Paulyn gegenüber den organisierten Desinfektoren muß das gerade Gegenteil geschlossen werden. Die Organisation der städtischen Arbeiter sah sich daher in letzter Zeit wiederholt veranlaßt, sich mit Herrn Paulyn zu beschäftigen. Dieses scheint Herrn Paulyn verärgert zu haben, so daß er seiner wahren Meinung Ausdruck verleiht. Er ließ nämlich vor einigen Tagen beim Appell der Desinfektoren diesen eine Verfügung verlesen, die u. a. auch ungefähr folgende Stellen enthielt:

„Mit Entlassung wird bestraft, wer Einrichtungen der städtischen Desinfektionsanstalt kritisiert, unzulässige Elemente, Hezer und Auswiegler können sofort entlassen werden; wer „entstellte“ Berichte an die Öffentlichkeit bringt, hat seine sofortige Entlassung zu gewärtigen.“

Sonderbar ist es, daß Herr Paulyn derartige Verfügungen nicht ausfallen läßt, wie es in den anderen städtischen Betrieben geschieht, sondern sie nur verlesen läßt. Unter den Desinfektoren hat sich deshalb eine ganz bestimmte Meinung gebildet. Herr Paulyn müßte doch schließlich selber einsehen, daß das Ansehen der Verfügungen besser wäre. Es kann ja schließlich „ganz zufällig“ eine derartige Verfügung abhanden kommen. Kein Desinfektor war in der Lage, sich den Inhalt abzeichnen zu können. Herr Paulyn gerät nun in den Verdacht, Dinge verfaßt zu haben, welche die oberen städtischen Behörden nicht billigen können, dabei ist aber dieser Verdacht am Ende nur dadurch entstanden, daß die Desinfektoren die Verfügung vollständig „mitverstanden“ haben. Wie das nun Karstellens? Hoffentlich wird die vorgelegte Behörde die oben erwähnte Verfügung des Herrn Paulyn umgehend prüfen, ehe noch die Möglichkeit vorliegt, daß sie verlegt und abhanden unter den vielen Akten kommen kann.

Die Verteilung des Berliner Rathansturms ist an den üblichen Tageszeiten von 10—3 Uhr vom 1. April d. J. ab wieder gestattet.

Der Einheitspreis für Gas ist bekanntlich von den Gemeindebehörden, gleichviel ob das Gas zu Leucht- oder anderen Zwecken benötigt wird, auf 13 Pf. pro Kubikmeter mit 5 Proz. Rabatt festgesetzt worden, so daß sich der Preis in Wirklichkeit auf 12,35 Pf. stellt. Der Einheitspreis tritt nicht am 1. April d. J. in Kraft, sondern bereits vom Zeitpunkt der im März stattfindenden Gasmessersand-Aufnahme.

Der Magistrat hat beschossen, 17 neue und öffentliche Uhren auf belebten Straßen und Plätzen nach und nach aufstellen zu lassen. Für die Ueberwachung, Unterhaltung und Reinigung sind zunächst auf neun Monate zusammen 4200 M. oder 380 M. jährlich für jede Uhr bewilligt worden.

Enteuerung des Berliner Trinkwassers. Der Plan der städtischen Körperschaften, das Trinkwasser künftig aus Tiefbrunnen zu entnehmen, hat die Frage einer schnelleren und praktischen Vereinerung des Wassers von seinem Eisengehalt wieder in den Vordergrund gedrängt. Die Firma Siemens u. Halske hat nun den Magistrat und zahlreiche Stadtverordnete eingeladen, den Enteuerungsversuchen beizuwohnen, welche mit Hilfe von Elektrizität auf den Werken in Martinidenfeld angestellt werden.

Wohnungsnot und Heeresverwaltung. Aus Spandau wird uns berichtet: Nachdem der Kriegsmilitär einer Deputation Spandauer Arbeiter kürzlich bereits seine Bereitwilligkeit den Wünschen der Arbeiter in Bezug auf die Wohnungsfrage zu erkennen gegeben hat, ergibt am Sonnabend aus dem Kriegsministerium plötzlich an die Spandauer Betriebsdirektoren die Anordnung, unverzüglich jeden einzelnen Arbeiter über die Lage und den Preis seiner Wohnung sowie darüber, ob er am 1. April seine Wohnung wechseln und schon eine neue Wohnung gemietet hat, zu befragen. Bis zum Dienstag sollte sich das Material schon im Kriegsministerium befinden. Leider ist es unterlassen worden, vor allem auch über den Umfang und die gesundheitliche Beschaffenheit, und über die Zahl der Wohnunger der einzelnen Arbeiter die Arbeiter zu befragen; bei der Ueberführung war dies ja nicht anders möglich. In einzelnen Fabriken wurden die Arbeiter darum vorzeitig, die Erhebung auf diese hauptsächlich Punkte auszudehnen, jedoch vergeblich. Wie verlautet, soll bei der Heeresverwaltung die Absicht bestehen, den Bau von etwa 1000 Arbeiterwohnungen, und zwar in der Nähe des Reichsbahnhofs der Stadt Spandau, schleunigst in Angriff zu nehmen. Dabei wird wahrscheinlich von der in Havelhorst üblichen Bauart — vier- bzw. acht-Familienhäuser — abgewichen werden müssen.

Hygiene in Barbierstuben. Die Polizeiverordnung über die Hygiene in den Barbierstuben, die zum 1. April in Kraft treten sollte, wird bis auf weiteres nicht erlassen werden. Bekanntlich hat sich auch das Reichs-Gesundheitsamt mit der Frage der Notwendigkeit sanitärer Bestimmungen für die Barbier- und Friseurgeschäfte befaßt und eine Reihe Vorschläge gemacht. Die wichtigsten davon sind: 1. Saubere, leicht waschbare Ueberkleidung für die Barbier, 2. regelmäßige Reinigung von Scheeren, Messern, Wärfen etc. nach jedem Gebrauch, 3. Erfass der Fingerkuppen durch Wattebäuschchen, 4. die Vermeidung der direkten Berührung von Berührungen beim Rasieren, 5. Ausschließung Sanitärer von der Bedienung in den öffentlichen Barbierstuben. Ueber diese Vorschläge haben zwischen Vertretern des Polizeipräsidiums und den Vorständen der Barbierstuben wiederholte Besprechungen stattgefunden, bei denen die Innungsvertreter klargestellt, daß die Forderungen zum Teil nicht durchführbar, zum Teil bei den meisten Geschäften schon erfüllt sind. Das Polizeipräsidium hat sich auf Ersuchen der Innungen bereit gefunden, vorläufig von dem Erfass einer besonderen Verordnung Abstand zu nehmen und abzuwarten, ob es den Innungen vorstehen gelingt, die Besserung der hygienischen Zustände in den Barbierstuben herbeizuführen.

Zahllosen Unregelmäßigkeiten sind die Inhaber von 14 großen Seltenerwasser-Fabriken auf die Spur gekommen. Diese Fabrikanlagen vereinigen sich vor vier Wochen, um entschieden gegen den Mißbrauch ihrer geistlich geschützten Marken nach Abbeugung der Gerichtsbeurteilung von den Verhältnissen vorzugehen. Sämtliche Fabrikanten wurden durch eingeschickten Brief davon benachrichtigt, daß man künftig die Flaschenwagen auf der Straße durch die Polizei werde untersuchen lassen. Diese Maßregel wird nunmehr gegen verdächtige Firmen angewendet. Sie hatte ein überraschendes Ergebnis. Auf einem Wagen fand man z. B. unter 600 gefüllten Flaschen nicht weniger als 400, die unbedeutend benutzt wurden. Es ist bereits nachgewiesen, daß den 14 vereinigten Fabrikanten jährlich zwei Millionen Flaschen abhandeln kommen und anderweitig gebraucht werden. Sie ließen einen Wert von 1/4 Million M. dar. Wegen diejenigen, die bei der unbedeutenden Verwendung betroffen werden, Fabrikanten, Abzieher und Ausfuhr, geht die Vereinigung wegen Sachbeschädigung und Verletzung des Markenrechts-Gesetzes vor.

Ein Mann in Frankreich wurde gestern morgen um 7 Uhr am Bahnhof Alexanderplatz festgenommen. Einige Herren, die die Straße entlang gingen, wurden von einer feingekleideten Dame belästigt, bis einer von ihnen ihre Festnahme veranlaßte.

Rum entpuppte sich die Person, die schönes blondes Frauenhaar angelegt hatte, Peljadedt, Pluff etc. trug, als Mann, als einer jener gefährlichen Dürchen, die schon oft viel Unheil angerichtet haben.

Verschwunden ist seit Sonnabend die 28 Jahre alte Plätterin Luise Kamischad, die im kranken Zustande sich am genannten Tage aus ihrer Wohnung, Kopenstr. 30, entfernte, und seitdem nicht wieder zurückgekehrt ist. Die Unglückliche ist leidend dadurch, daß sie infolge ihrer Krankheit sich nur schwer fortbewegen kann. Wer etwas von der Verschwundenen weiß, wird gebeten, ihrer Schwester, Frau Scharm, Friedenstr. 90, Auskunft zu geben.

Eine Erfindung eigener Art ist von dem in Arbeiterkreisen bekannten Lötger Richard Dabiel gemacht worden. Es handelt sich um eine an Oefen anzubringende Vorrichtung, deren Wirkung darin besteht, den Heizeffekt besser auszunutzen. Der einfache Apparat, der in die Ofenhöhle eingefügt wird, beruht auf dem Venturischen Prinzip, die zur Verbrennung erforderliche Luft vorzuwärmen und läßt sich mit Leichtigkeit an jedem Ofen anbringen. Da der Preis des zum Patent angemeldeten Apparats nur mäßig sein soll, so wird auf vielfache Verwendung zu rechnen sein.

Der Staubregen vom 11. März war gestern Gegenstand der Besprechung im Kreise von Gelehrten der Gesellschaft für Erdkunde. Dr. Reinardus, vom Königlich meteorologischen Institut, gab eine Uebersicht über die Erscheinung, deren Zusammenhänge mit dem „Blutregen in Italien“ zweifellos ist. Es sind bereits eine große Zahl von Mitteilungen darüber beim meteorologischen Institut eingelaufen, die die Bahn von Sizilien bis zur Insel Rhemarn verfolgen lassen, und zwar über Italien, die österreichischen Alpenländer, Franken und einen Teil Norddeutschlands. In Italien beachtete man „Blut“, in den Alpen gelbliche Säure; in Brandenburg, Posen und Pommern Staubregen und westlich der Elbe Staubmassen mit Säure, stellenweise mit vorausgehendem Hagel. Wenn man den zeitlichen Zusammenhang der Naturerscheinung betrachtet, so erweist sich auch ihr räumlicher Zusammenhang. Sie wurde zuerst beobachtet auf Sizilien in Catania am 10. März um 9 Uhr morgens, dann erst am späteren Vormittag im südlichen Italien, in Salerno um 12 Uhr, in Neapel um 5 Uhr nachmittags, in Rom um 10 Uhr abends (allerdings erst die ersten Tropfen). Dann bewegte sich die Erscheinung über die Pommerden, merkwürdigerweise jedoch ohne sie in Mitteldeutschland zu ziehen, und erst in den österreichischen Alpenländern ging sie wieder hernieder. In der Provinz Brandenburg beobachtete man sie zwischen 9 bis 11 Uhr vormittags, in Pommern zwischen 12—3 Uhr, an der unteren Elbe und Weser von 4 Uhr nachmittags bis in die Nacht. Die ganze Bahn hat in der Luftlinie eine Entfernung von 2000 Kilometer. Was bis jetzt an Beobachtungsergebnissen vorliegt, läßt allerdings mit ziemlicher Sicherheit vermuten, daß die ganze Erscheinung auf ein Aufwirbeln großer Staubmassen in der Sahara zurückzuführen ist. Dieses Aufwirbeln ist eine alljährliche Erscheinung, selten ist nur die Stärke der Luftströmung, welche solche Massen bis in solche Entfernungen fortzuführen vermögen, und sehr selten ist ferner die Richtung des Niederdrucks, der sonst stets entweder im Mittelmeer liegen blieb oder auf Rußland zu forschritt. Die mikroskopische Untersuchung der Staubteilchen wird vermutlich das Befragte bestätigen.

Ueber seine Untersuchung des „Blut-“ und Sand-Regens teilt Professor Müller (Stuttgart) mit: Der Sand wurde einer genaueren Untersuchung unterzogen. Zunächst zeigt die gelbliche Farbe überraschende Uebereinstimmung mit vorliegenden Sandproben aus der Sahara. Nur sind bei letzteren Quarzkörner mit bloßem Auge sichtbar, während der Blutregensand aus feinstem Mehl besteht, Körner erst unter dem Mikroskop sichtbar werden. Die Herkunft aus der Sahara kam in keiner Weise zweifelhaft sein.

Der Arbeiter-Sängerbund hatte am Montagabend bei Lipps ein Konzert veranstaltet, das er viel zu beschiden einen Lieberabend nannte. Denn der Fettel wies außer dem wirkungsvollen deklamatorischen Vortrag des Genossen Raffini noch ein Programm für Instrumental-Konzert auf, das im besten Sinne des Wortes künstlerisch zusammengestellt war und von dem unter Leitung des Kapellmeisters Strah wirkenden Berliner Konzertorchester ganz prächtig ausgeführt wurde. Beethoven, Wagner, Schumann, Czibulla wurden in gut getroffener Auswahl zu Gehör gebracht. Aber auch die Gesangsvorträge Lotte eine kundige Hand nach höheren und doch der Masse verständlichen Gesichtspunkten angeordnet, und da bei diesen Vorträgen durchweg alles vorzüglich klappte, so darf den Dirigenten Glöbel, Opitz und Wink die Anerkennung für ihre Mühen nicht verjagt werden. Der gesungene Teil des Programms wurde vorgelesen vom Sonderchor des Bundes, vom Verein „Vorwärts II“, vom Verein „Freiheit III“ und vom Berliner Damenchor „Harmonie“.

Das Konzert mußte die überaus zahlreiche erschienenen Zuhörerschaft schon aus dem Grunde mit besonderer Gemüthsregung erfüllen, weil es lehrte, daß die Arbeiterchaft auch, soweit ihre künstlerischen Wünsche in Betracht kommen, mit Eifer zum Höheren strebt und sich von den allerdings erklärlichen Trivialitäten, die in früheren Jahren häufig vorliefen, freigemachen sucht. Und doppelt anerkennenswert ist dies Streben, weil es durchweg aus eigener Kraft herrührt und bisher auf keine oder doch nur ganz geringe Förderung aus bürgerlichen Kreisen rechnen konnte. — Günstig ist an dieser Stelle noch eine Mahnung angebracht. Auch in der Kunst soll ein Maß in den Dingen sein, und in diesem Punkte wird nach allem Brauch zum Teil noch des Guten zu viel getan. Das Programm am Montag umfaßte 18 Nummern, und da das Konzert erst 11 Uhr begann, so zog sich die Aufführung bis um Mitternacht hin. Wenn ein Drittel weniger gegeben würde, so wäre das Programm immer noch von ansehnlicher Länge; die Zuhörer aber könnten das Gebotene mit frischerem Geist in sich aufnehmen.

Eine Singhalsentruppe tritt jetzt im Passage-Theater auf. Hochgewachsene ideale Gestalten, die auch im Gesichtsausdruck Intelligenz und Behendigkeit verraten. Weniger ansprechend als die Männer sind die Frauen der Truppe, die in langen Gewändern einhergehen und sich nicht gerade durch Leichtigkeit der Körperformen auszeichnen. Männer und Frauen führen ihre charakteristischen Tänze auf, deren Lebhaftigkeit sich bis zur Keckheit steigert. Immerhin bleibt den Eingeborenen der Insel Sehen auch in der willkürlichen Erweise eine gewisse Amuse eigen, was man von den europäischen Dances, die nebenan im Theatersaal sich als Ring-Kämpfe produzieren, leider nicht sagen kann.

Eine vollständige Gesangs-aufführung findet Sonnagnachmittag 3 Uhr im Vollenbüchlichen Konzertsaal, Alte Jakobstr. 37 statt. Künstlerische Vorträge von Kompositionen verschiedener Uebersetzer, Freilichttheater etc. bilden den Inhalt des Programms. Billets zu 30 Pf. sind zu haben in der Buchhandlung von Th. Rauhof, Weinbergsweg 15b, Chalkers Buchhandlung, Baujahr 10, in Meiers Buchhandlung, Borfigstr. 33, im Cigarren-Geschäft von Paul, Barnstr. 42, im Restaurant von Wilhelm Späth, Weinstr. 28, und in den Barbiergeschäften von W. Schroll, Sandwehstr. 3, und P. Barth, Mariannen-Platz 28.

Feuerbericht. Die letzten Tage brachten nur vereinzelte Alarmierungen. Antonstraße 9 war ein kleiner Kellerbrand zu besichtigen, während Kalininstraße 6 alter Hausbrand eingeschert wurde. Waisenstraße 89 und Granierstraße 1 brannten Fußboden und Balken. Ein unbedeutender Dachstuhlbrand verursachte eine Alarmierung nach Streiberstraße 84. Durch überglodesen Fett war Uferstraße 7 ein Brand entstanden, der noch im Keime erstickt werden konnte. Außerdem wurde die Wehr nach Kochstraße 3 gerufen, wo Möbel und Betten in einer Kellerwohnung Feuer gefangen hatten.

Aus den Nachbarorten.

Die Niborfer Stadtverordneten-Versammlung begann am Montag in einer außerordentlichen Sitzung die Stadtverwaltung. Die Verhandlung ging im allgemeinen flott von statten. Nur bei wenigen Punkten gab es längere Debatten. So bei der Bestimmung des Wohnungsgelds der Lehrer. Der Voranschlag sieht an Meisterschülern vor: für verheiratete Lehrer 500 M., für unverheiratete Lehrer, Lehrerinnen und Handarbeits-Lehrerinnen

380 M. Da die Entschädigungen bisher 450 M. bzw. 300 M. betragen, so bedarf es für die Erhöhung eines Gemeindebeschlusses. Der Magistrat schlägt vor, die für die Aufnahme in den Etat 1901 vorgeschlagenen Sätze dauernd zu bewilligen, während der Rechnungsabrechnung die Erhöhung vorläufig nur für ein Jahr zu stellen und der Versammlung das Recht vorbehalten wird, die Angemessenheit der Meisterschüler nächstes Jahr nachzuprüfen und sie dann eventuell wieder herabzusetzen.

Die Herren Belz, Cernilow und Roster konnten es nicht unterlassen, die Ursache ihrer Wut gegen die Pädagogen bloßzulegen, indem sie sich darüber direkt beschwerten, daß Lehrer, die sie als Meister gewöhnlich hatten, in ihre Häuser nicht ziehen wollten. Stadtverordneter Konrad (Soc.) und Stadtverordneter Wulff (Soc.) traten namens ihrer Fraktion für den Magistratsantrag ein. Der Magistratsantrag wurde abgelehnt, dagegen der Ausführantrag auf widerrufliche Erhöhung der Entschädigung angenommen.

In den Etat für Armen-, Waisen- und Krankenpflege sind eingestellt für Sommerpflege sieben unbemittelte Kinder: 1850 M. an den Verein „Venzheim“ zur Begründung von 40 Freistellen in der Pflegeanstalt Scharberhan und an den Verein Brandenburgischer Kinderheilanstalt in Kolberg zur Begründung von 6 Freistellen 270 M. — Stadtverordneter Wulff (Soc.) beantragte, gemäß einem Beschlusse der Armen-Deputation, die Bewilligung weiterer 2000 M. zur Unterbringung einer größeren Anzahl schulpflichtiger Kinder in marktlichen Dörfern während der Ferienzeit. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Herrn Belz abgelehnt.

Charlottenburg. Recht lehrreich für die Betrachtung unserer wirtschaftlichen Zustände ist eine Vorlage, mit der sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung zu beschäftigen hat. Es handelt sich um den Antrag des Magistrats, den Armen-Etat um die Summe von 11500 M. zu vermindern. Allein für Pflegegelder ist eine Nachbewilligung von 1000 M. erforderlich; die Etatsüberführung ist in der Hauptsache durch die am 1. Januar dieses Jahres eingetretene Erhöhung der Pflegegelder begründet. In den bisherigen Sätzen waren geeignete Pflegestellen in ausreichender Zahl nicht mehr zu finden. Eine weitere Nachbewilligung von 2000 M. wird damit begründet, daß die Fälle, in denen die Beschaffung von Belleidung notwendig wurde, sich im Jahre 1900 wieder erheblich gesteigert haben; sie sind bis Ende Januar 1901 gegen das Vorjahr von 1050 auf 1230 gestiegen. Eine Nachbewilligung von 2000 M. ist ferner nötig für Feuerungsmaterialien. Die anhaltende Kälte hat eine Steigerung der Zahl der Fälle, in denen Feuerung gewährt werden mußte, herbeigeführt. Dazu kommt, daß in den Kohlen- und Coalspreisen eine Preissteigerung von rund 50 Proz. eingetreten ist. Für Kränken sind 2500 M. mehr nötig als vorgesehen war, und für Unterbringung von Geisteskranken und Sicken 4000 M. mehr. Während am 1. April 1899 in den Landes-Zerrenanstalten 88 Personen untergebracht waren und im Lauf des Jahres 27 Personen in Jugang und 14 Personen in Abgang kamen, verblieb am 1. April 1900 ein Bestand von 98 Personen, und im Lauf des Jahres bis Ende Februar dieses Jahres erfolgte ein Zugang von 37 Personen und ein Abgang von 15 Personen.

Der Magistrat von Spandau. Die Haltung des Spandauer Magistrats in der Frage der von den Stadtverordneten mit anknüpfender Einstimmigkeit beschlossenen Abwendung einer Protestpetition gegen die Verteuerung der Lebensmittel, wird immer unverständlicher. Am Montag tagte die gemischte Kommission, welche die Abwendung der Petition beschloß. Wie die „Spd. Ztg.“ zu berichten weiß, sollen die in der Sitzung anwesenden Magistratsmitglieder geschlossen gegen die Abwendung der Petition gestimmt haben; danach ist zu erwarten, daß der Magistrat dem Kommissionsbeschlusse nicht seine Zustimmung erteilen wird und daß sich die Stadtverordneten deshalb noch einmal mit dieser Sache zu beschäftigen haben werden. Die Arbeiterchaft Spandaus wird sicher nicht die Antwort auf diese im höchsten Maße befremdliche Haltung ihres Magistrats schuldig bleiben!

Ein böser Reuefall haben gewisse Staatsfiskalen in Spandau erlebt. Seit längerer Zeit hatten die Konservativen unserer Nachbarstadt, voran der „Patriotische Arbeiterbund“, die Werbetrömmel für eine „große öffentliche Versammlung“ gerührt, in welcher Redacteur Lehmann über das Thema: „Wie kommen wir zu einer gesunden nationalen Wirtschaft und Handelspolitik?“ sprechen sollte. Unter dieser harmlosen Maske hielten man sich „patriotischen“ Arbeiter Spandaus für die Pläne der Herren Kornwucherer zu begeistern. Der Erfolg war ein durchschlagender; es waren zu dieser „großen Versammlung“ etwa ganze 20 Mann — einschließlich des Vorstandes — erschienen. Dieses vernichtende Resultat scheint den Herren Arrangements der Versammlung dem auch gewaltig in die Knochen gefahren zu sein, denn Aufseher Ried, der Vorsitzende des „Patriotischen Arbeiterbunds“, bezeichnet es als traurig und empörend, daß namentlich die königlichen Fabrikarbeiter sich so wenig dankbar für die ihnen erwiesenen Wohlthaten (!) zeigten und — den Konservativen die Heeresfolge verweigerten.

Das Plado der konservativen Arbeiterfreunde ist wohlverdient. 225 Proz. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer wird als den höchsten Satz von allen Berliner Vororten die Gemeinde Brix im laufenden Jahre erheben. Im vergangenen Jahre waren in dem Ort 175 Proz. Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer notwendig, um die laufenden Ausgaben zu decken, während für dieses Jahr 193 Proz. in Aussicht genommen waren. Jetzt hat sich nun herausgestellt, daß dieser Satz nicht zur Deckung der Mehrausgaben gegen das Vorjahr genügen würde und 225 Proz. erforderlich sind.

Marktpreise von Berlin am 18. März 1901

nach Ermittlungen des h. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut D. Gtr.	15,70	15,88	Kartoffeln, neue, D. Gtr.	7,-	5,-
" mittel	15,66	15,94	" Rindfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20
" gering	15,62	15,60	" do. Bauch	1,20	1,-
*) Roggen, gut	14,20	—	" Schweinefleisch	1,80	1,20
" mittel	—	—	" Rindfleisch	1,80	1,-
" gering	—	—	" Hammelfleisch	1,60	1,-
†) Weizen, gut	15,60	14,80	" Butter	2,60	2,-
" mittel	14,70	13,90	" Eier 60 Stk	5,20	2,60
" gering	13,80	13,10	" Karffel 1 kg	2,20	1,-
†) Hafer, gut	15,90	15,50	" Klee	2,80	1,-
" mittel	15,40	15,-	" Haber	2,60	1,20
" gering	14,90	14,60	" Gerste	2,40	1,20
" Nichterob	—	—	" Weizen	1,80	0,80
" Gerste	—	—	" Schrot	3,-	1,20
" Weizen	—	—	" Mehl	1,20	0,80
" Speiseobst	—	—	" Reis	—	—
" Rufen	—	—	" per Schot	12,-	3,-

*) ab Bahn. †) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 19. März. Der Weizenmarkt war lustlos. Die Weizenpreise gaben auf matteres Oesterreich-Ungarn und fames Nordamerika 1/2 M. nach. Auch Roggen war gedrückt auf neue beständige Konsumzusagen. Bahmwere war heute weniger angeboten. Rucher trat unter dem Einfluß von Deckungskäufen eine leichte Erholung ein. Weizen schloß 1/2, Roggen 1/2 M. billiger als gestern. Mehl war vernachlässigt, Hafer behauptet, Weizen 1 M. nachgeben auf größere Zufuhren und matteres Amerika. Rüssel sehr fest, per Met 50 Pf. höher. Spiritus Wer loco 44,30 M.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. März 1901. Ein wenig kühler, vorherrschend wolkig, mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Zürich 19 und andre Auslands-Abonnenten. Das Postabonnement auf den „Vorwärts“ kostet 5 M. pro Quartal in der Schweiz, 4 Kronen 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 3 Gulden 5 Kreuzer in Holland, 5 Kronen 7 Centimes in Belgien, 5 Kronen 54 Cent in Italien etc. Es ist also eine kleine Erhöhung eingetreten. Der Bezug unter Kreuzband stellt sich ebenfalls fest: 3 M. für das Ausland, 6 M. für Deutschland und Oesterreich. R. in Lauerburg und andre Befehler. Die März-Zeitung ist vollständig ausverkauft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Mittwoch, den 20. März.
 Opernhaus, Urdine. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Schauspielhaus, Faust. (1. Teil.) Anfang 7 Uhr.
 Schiller. Ein Schritt vom Wege, Anfang 8 Uhr.
 Deutsches. Der Silberpelz, Anfang 7 1/2 Uhr.
 Felling. Die Zwillingsschweizer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
 Residenz. Terentia. Hierauf: Continend Ehemänner. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues. Der Aufstieg ins Sittliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Weissen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Secessionsbühne. Bunter Theater: Ueberdreit. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Thalia. Der Rabenbater. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Central. San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Uffen. Hamlet, Prinz von L. Je-mars. Anfang 8 Uhr.
 Friedrich-Wilhelmsbühne. Der Damenklub. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Carl Weiss. Das Modell. Anfang 8 Uhr.
 Belle-Alliance. Der Leiballe. Anfang 8 Uhr.
 Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Secessions-Gesänge. Anfang 8 Uhr.
 Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
 Passage-Theater. Damen-Ringsämpfe. Rosenfesttag. Anfang nachm. 3 Uhr.
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
 Urania. Taubenstr. 48/49. (Zu Theaterzeit) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung“.
 Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch abends 8 Uhr:
Ein Schritt vom Wege.
 Lustspiel in 4 Akten von E. Wildert.
 Donnerstags abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Freitag abends 8 Uhr:
Ein Schritt vom Wege.

Central-Theater.
 Mit glänzender Ausstattung:
 Abends 7 1/2 Uhr:

San Toy
 Chinesische Operette in zwei Akten.
 Musik von Sidney Jones.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **San Toy.**

Thalia-Theater
 Dresdenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Der Kadetten-Vater.
 Poese mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Herren: Thomas, Zwickler, Heimerling, Junfermann, Pantmüller.
 Damen: Milton, Wilam, Boje, Wannowitsch.
 Zur 5. Bild: **Das Ueberdreit.**

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132.
Das Modell.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag: **Die Bluthochzeit.**
 Freitag: **Opern-Gespielt: Der Freischütz.** Sonntag abends, nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. II. Preis: **Dornröschen.** Abends: Benefiz für den Regisseur Jos. Hill: **Einer von unsre Leut.** Sonntag nachmittags: **Die Bluthochzeit.** Abends: **Opern-Gespielt: Undine.**

Passage-Theater
 Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
 Fortsetzung der **Damen-Ring-Kämpfe**
 Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendiensttag.
 17 erstklass. Nummern.

Sanssouci
 Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Real-Scen: Real-Kanalfeier und Wachsfiguren.
 Nach der **Tanztruppen**
 Montag: Kanalfeier.

URANIA
 Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Mittwoch abends 8 Uhr:
Unser Rhein
 von der Quelle bis zur Mündung.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Passage-Panoptikum
 Neu! Neu!
Yvette Guilbert
 mit ihren Original-Vorträgen:
 La Glo, Nervouse, Ma Grandmère, Rosa la Rouge. Die große Künstlerin ist in Lebensgröße dargestellt. Sämtliche Vorträge sind von der Künstlerin selbst, speziell für dieses Institut in den phonographischen Apparat gefungen worden.
 Neu! Neu!
Singhalesen-Truppe
 in ihren wunderb. Nationaltänzen.
 Entree (inkl. Theater sowohl der Raum reich) 50 Pf.

Friedrich-Strasse 165
Castan's Panoptikum
 Entree 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Apollo-Theater.
 Bernhard Mörbitz
 Miss Deyo & Emmi Kröcher
 Secessions-Gesänge
 Dyas-Rosé-Laszky
Rob. Steidl
 Ueberdreit-Parodie
Salerno
 Gregoris & Wolkovsky
 Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
 Bergstr. 55/57.
Man lebt ja nur einmal.
 Große Gesangsposse in 5 Bildern.
 Borber:
Das neue März-Spezialitäten-Progr.
 Anf. 7 1/2 Uhr, der Post 1/2 Uhr.
 Kauden überall gehalten.

Palast-Theater
 früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Das Riesen-März-Programm!
 Mit großen Kosten produziert:
Brothers Lington, einzig da-
 befindl. — **Hac Kean**, neu für
 Europa! — **Famille Talaschus**,
 5 Personen auf dem Turmweil.
 6 1/2 Uhr Neu! 6 1/2 Uhr
Die beiden Wenzel.
 Schwan in 1 Akt von E. Felsch.
 Raabe, früherer Schauspieler:
 Dir. Richard Winkler.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Cirkus Busch
 Mittwoch, 20. März, 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
 Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Horton B. Smith. Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke.** Heute abend Zählung eines Herd, Herrn **Paul Conrad**, Rixdorf, Kartogartenstr. 9/11, gehörig, welches weder ein noch zwei-pünzig ziehen will. Ferner Vorführung eines in Berlin berühmtesten Schimmel-Schlägers, der alles kurz und klein schlägt. Prof. Smith wird beide Pferde vor den Augen des Publikums zähmen und zu brauchbaren Tieren machen.
 Zum Schluss: **Zum 113. Male: Die eiserne Maske.**
 Le masque de fer.
 Großes historisches Panee-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
 Unter anderem: **Die Jagd bis in die Girtstüppel hinaus!**
 Sonntag, 24. März, nachmittags 4 Uhr: **Berliner Landpartien**, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

Reichshallen
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Die initiierten Tyroler.
 Siehe sämtliche Säulen.


W. Noacks Theater.
 Brunnenstraße 16.
Mein Leopold.
 Volkstück mit Gesang in drei Akten (5 Bildern) von Adolf Arronze.
 Donnerstag:
Die Öhre eines armen Mädchens.

Deutsche Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale Künsler-Konzerte.**
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
 reell zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
 Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkmal.

Goldene Medaille
 Von 38 Mk. an liefert ich Anzug nach Maß. H. Kuchner reimm. Stoffe, engl. Sergefalter, feinste Tucharten, 2 Knöpfe, garant. tabell. Sig., feinste Handnäher. Paletot nach Maß von 30 Mk. an.
 Verkauf im Hause. kurze Lieferzeit.
Engel, Münzstr. 26.
 Gegründet 1892.

Temporowski
Herrngarderobengeschäft
 Berlin SO., Reanderstr. 16, II.
 Verkauf Anzüge und Sommerpaletots, reine Wolle, sportlich, auf Serge, Cloth und Atlas, 22, 25, 27, 30 Mk., Halbwole 14, 16, 18, 20 Mk. nach Maß nur 5 Mk. teurer. Golen und Joppen von 4,50 Mk. an. Bei teureren Garderoben Teilzahlung, monatlich 10 Mk., gegittelt. 8842*

Möbel
 auf Teilzahlung in der Fabrik
H. Roggensack,
 Inh. P. Krantz,
 BERLIN N. 7,
 Ruppiner-Strasse 5.

Riesen-Walfisch-
Ausstellung.
 Größte Schendwürdigkeit auf zoologischem Gebiete.
 Vom Sonnabend, den 23. d. M. an
 befindet sich der neue Beschäftigungs-Platz
Kottbuser Damm, Ecke Boppstrasse.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Kur erklaffige
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. H. Hatt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Größtes Möbel-Kaufhaus
 für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf
!!Credit!!
 bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
 Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000
 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
 S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
 Bitte die 7 grossen Schaufenster zu beachten

Die schönsten Schmucks zur Einsegnung
 in reichhaltigster Auswahl vorrätig bei
MAX BUSSE
 Uhren und Goldwaren
175. Brunnenstrasse 175.
 Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.
Brillanten, Opale, Simills, sowie alle andren Edelsteine und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als **Brosches, Armbänder, Ohrgehänge, Halsketten, Ringe etc.** Silberne und versilberte Tafelgeräte und Bestecks zu
Hochzeits- und Pathen-Geschenken.
Goldene und Silberne Uhren.
 sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc. 9208*
Zum bevorstehenden Umzug
 gut gearbeitete **Regulateure, Hänge-Uhren** und **Standuhren** eigenen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen meines Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 24-jährige Bestehen meines Geschäfts für die Reellität der Bedienung.

Bereinzimmer oder Schlafstelle zu vergeben.
W. Richter, Culmbrohe 36.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
 Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinkleider etc. werden unter Garantie des guten Zinses zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneidest bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Wer wagt, gewinnt!
Ziehung 1. April.
 Jährlich 12 Gewinn-Ziehungen mit abwechselnden Hauptpreisen in Mk. 300 000, 178 500, 135 000, 120 000, 90 000, 45 000 etc.
 Jedes Los ein Treffer!
 Die aus hundert Mittgl. best. Serienlos-Gesellschaft
 Monatl. Beitrag M. 5,50
 Halbe Beitilgung M. 3,-
L. Lübbes, Lübeck 13.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
H. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
 wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 8842*

Breslauer Korn
 a Str. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 Pf.
 a Str. Jagd-Korn 1,50 Pf.
Paul Glatzel, Breslau X.
 Getreide-Korn-Brennerei. (142/5*)

Pomril
 alkoholfreier Aepfelmost, bestes erfrischendes Getränk
 1/10 Ltr.-Fl. 50 Pf. mit Flasche.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 General-Vertreter der Norddeutschen Pomril-Compagnie in Hamburg.
Eugen Neumann & Co. SW. 13.
 Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 20. Oranienstr. 190. Grüner Weg 63. Elsasserstr. 71. Putbusstr. 35. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Allen Vereinen u. Gewerkschaften
 empfehle meine Räume von 20-150 Personen zu Sitzungen und Versammlungen jeder Art. — Ausschank von echtem Pilsener, Bilsener, hiesigem hellen Lagerbier und H. Weibier. 10048*
W. Thiede, Seydelstraße 30.
 Telephon Amt I. Nr. 4665.

Reinhold Werner
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurterstr. 70. Kl. Andreasstr. 12.
Elegante Anzüge und Paletots
 nach Mass von 30 M. an.
 Telephon: Amt 7, 23. 1030L*

Photochem. Laborat. Georg Lelsegag.
 Grosser Posten Gelegenheitskäufe!
 Universal-Kamera für Film u. Platten, 9 x 12 m. Klamm.-Ref. Paris-Kamera, 9 x 9. Paris. Ref. einf. Ref. 86 Pf. = 35,00 Pf. Film-Kamera, 9 x 9. Paris. Ref. einf. Ref. 33 = 19,50 Pf. Sport-Kamera, 9 x 12 m. H. u. M. Ref. einf. Ref. 1005*
 Glasschalens 12, 8,0, 45 = 0,30 Dresdener Celloid-Pap., Bog. 15 x 18, 0,65 = 0,40 0,65. Klappstativ . . . 1,50 Platten, Dyd. 4 x 4 nur 0,25 (sch. Posten Rationen billig).
 4 x 6 . . . 0,30 Dunkelkammer u. Benutzung.
 6 x 9 . . . 0,65 Platten auch in 1/2 Dyd.
 9 x 12 . . . 1,00 Entwickler (Reich) frisch mit Ger.
 13 x 18 . . . 2,00 Lager der echten Kodaks.
 Verkaufsst.: Reinickendorferstr. 56b. II. 2379.
 Chausseest. 123, a. Oranienb. Th., III. 701.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer.
 Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Patzenhofer Marine-Bräu,
 ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. (484L)
Preis frei Haus:
 30 Fl. M. 3,-
 1/2 To. M. 3,25
 1/3 To. M. 2,65
Patzenhofer Brauerei
 NO., Landsberger Allee 24/27.
 NW., Strom-Strasse 11/16.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50^a, Ecke Jerusalemerstrasse

— am Dönhoff-Platz. —

Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Mass.

Herren-, Knaben-, Sport-, „Modeartikel

Geschäfts-Eröffnung:

Sonnabend, den 23. März.

Centrale: Berlin.

ZWEIG-GESCHÄFTE:

Paris.

- Centrale: Rue Montmartre.
- 2. Geschäft: Rue Turbigo.
- 3. „ Rue Rivoli.
- 4. „ Rue Pont-Neuf.

London.

- Centrale: Aldgate corner of Minories.
- 2. Geschäft: New Oxford Street.
- 3. „ Borong High Street.
- 4. „ Rye Lane.

Hamburg. — Frankfurt a. M. — Köln a. Rh. — Dresden. — Elberfeld. — Antwerpen. — Gent.

Eigene Einkaufshäuser: London und Hamburg.

Ginsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. 1^o

3. Ziehung 3. Klasse 204. Kal. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. März 1901, verantragt.
Für die Gewinne über 176 Zfl. sind den berechtigten
Gewinnern in Rechnung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

170 235 95 694 305 1132 64 247 343 550 026 761 99 892
25 599 24079 126 69 238 (300) 322 518 654 (500) 96 792 861 94
3000 126 96 241 73 393 486 671 787 850 35 900 4000 33
841 50 323 65 31 418 78 022 906 59 5000 15 69 131 83 213 86
345 676 721 958 66 6904 206 52 70 95 666 921 32 58 7027
109 214 15 63 328 629 50 776 899 (300) 904 8086 273 426 86 378
621 746 831 81 194 9106 204 329 45
10047 81 199 32 241 435 94 559 67 83 93 665 97 856 11125
355 464 569 69 777 (300) 824 922 12322 656 12629 213 30
407 66 97 503 (300) 95 883 794 846 973 14204 21 114 709
292 15627 176 615 53 734 89 81 142623 86 474 624 829 59
77 895 17202 526 502 7 39 602 32 723 832 855 12623 217
251 79 98 526 624 25 83 793 805 977 12602 54 133 58 95 259
694 735 66 818 547 58 (300) 73
20004 23 299 99 317 435 78 515 58 85 813 765 849 909
21012 24 143 67 307 420 525 623 69 70 85 940 22013 173 (500)
566 679 754 22100 11 37 78 315 81 71 408 821 664 754 69 75
82 818 24010 55 114 89 213 309 81 413 16 41 828 82 20336
81 639 62 767 919 78 20225 308 24 502 708 27090 179 203
323 679 755 806 20185 328 87 302 39 386 41 45 84 (300) 617
65 66 737 82 818 80 949 (300) 22015 240 426 41 70 95 365
90 (1000) 98 549 584 93 979
20024 307 67 781 87 31001 115 244 70 336 628 97 507 22
65 825 994 28 56 22013 200 86 337 99 407 520 35 65 719
830 978 32025 73 420 38 500 541 760 810 84044 160 92 214
214 440 67 512 43 782 65 922 35123 876 486 597 643 (300)
906 999 30220 69 423 (300) 692 732 857 37370 479 370 646
778 97 818 59 89 28186 87 472 541 786 39039 127 68 90
846 48 516 892 741
40935 399 76 446 740 856 86 997 41130 392 97 856 72
635 67 741 918 927 42003 116 256 400 69 818 727 48096 155
543 728 596 958 44160 273 397 455 537 73 053 727 927 85
46500 366 312 46921 81 225 30 420 718 39 558 85 47077 95
111 283 89 217 810 21 24 912 48121 270 508 81 643 722 43
49 323 519 59 89 985 97 813 19 35
50062 199 313 559 (1000) 617 735 69 874 938 63105 143 801
25 31 499 500 673 822 55 47 987 62127 854 975 63810 410 56
500 820 920 54022 129 52 278 428 698 700 909 65000 107
246 440 48 63 229 38 690 64028 413 55 508 831 67135 219
328 38 625 795 816 961 70 68207 229 433 60 313 65 609 90
831 991 59042 153 302 95 451 871 871 912
60022 88 99 214 85 406 964 737 10102 64 73 84 140 26
25 78 485 517 664 73 86 712 895 900 63014 56 89 100 202 72
80 445 97 444 728 997 63167 38 240 324 549 698 746 908
64600 59 574 609 703 844 60335 (300) 91 418 547 653 75 83
896 40377 414 28 807 74 925 67225 346 438 402 36 827
956 84 68028 86 408 12 635 741 908 94 69174 230 370 606
723 81 808 76 942
70158 88 226 302 92 426 59 576 781 43 61 886 944 71135
217 786 11 30 984 72150 248 82 811 486 566 892 939 72130
227 626 625 74010 297 670 884 85 946 70121 320 71 045 69
96 794 70000 100 34 45 894 71 716 853 991
486 589 704 27 842 988 78924 154 395 63 427 063 19 809
822 87 94 79287 211 65 72 499 529 602 427 063 19 809
80211 91 376 439 504 36 66 620 805 49 (300) 932 11439 825
76 72 810 31 82194 410 17 628 85120 269 498 511 662 97
802 84000 97 139 76 308 375 417 513 615 701 855 77 900
65091 372 433 640 774 847 84613 305 82 400 82 42 83 770 948
65 340 56 671 725 972 84029 360 66 526 21 747 874 87004
80185 207 444 25 95 537 680 46 983
90462 567 629 728 78 818 19 47 65 11033 63 64 217 34
329 415 120 621 709 (500) 18 30 41 55 93 891 992 192046 139
95 847 249 50 671 725 972 84029 360 66 526 21 747 874 87004
(5000) 46 684 25 543 51 61 698 56 740 83 942 96005 134 97
244 308 427 45 663 92 925 94022 169 347 602 11 44 710 904
35 61 72 941 61 97022 145 276 39 331 441 523 702 95 922 37
89 98024 119 45 71 216 48 391 97 225 21 500 15 89 647 89
936 109207 90 101 261 84 86 332 726 888
100064 357 69 54 (300) 96 449 720 842 994 101015 19
270 313 44 870 104298 862 814 103039 64 92 144 75 220 32
280 528 75 661 88 733 (300) 104418 41 52 534 604 788 810
102249 434 388 765 851 (300) 86 95 964 104018 57 367 492
4 33 97 614 29 80 718 896 107170 367 586 652 900 108011
22 44 98 80 811 961 44 109010 18 45 178 256 463 517 82
702 96 811 43 831
110174 238 44 466 520 804 12 11017 95 330 49 663 810
81 112114 555 543 44 95 713 904 1123004 112 56 567 79 539

3. Ziehung 3. Klasse 204. Kal. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. März 1901, nachmittags.
Für die Gewinne über 176 Zfl. sind den berechtigten
Gewinnern in Rechnung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

711 895 989 114223 350 89 426 647 53 99 856 951 11502
396 494 644 738 96 829 80 922 118050 136 44 77 (300) 232
461 69 590 7 11 117311 12 96 699 702 886 115129 330
518 21 625 795 118085 102 230 49 514 632 765
120073 136 56 372 633 758 121149 86 251 535 627 831
81 915 122096 22 105 87 274 408 29 56 535 97 792 54 988
123289 447 286 970 84 124171 269 539 666 712 821 941
128057 135 885 84 356 76 439 85 890 708 908 85 36 926 67
120136 490 908 127254 60 358 65 89 748 95 800 946 122015
83 196 949 300 24 82 429 122186 92 337 443 507 30 516 22
754 850
130653 728 56 37 61 807 910 49 131091 213 44 587
448 520 916 122022 48 191 93 475 923 125101 67 572 692
90 823 909 59 66 124001 15 110 37 62 201 56 399 421 615
877 125016 219 76 490 679 715 (1000) 126005 134 70 226
92 350 498 645 794 127000 212 49 75 800 128015 186 229
54 81 307 62 510 616 941 128001 85 621 705 7 906 82 925 94
140117 18 77 340 688 796 877 95 141055 94 178 299 417
626 27 37 76 723 39 894 142042 197 288 556 61 69 86 813
43 51 79 906 62 97 948 38 64 142028 228 420 370 694 727
946 144306 451 78 549 674 718 895 979 145345 411 518
677 89 92 808 9 903 91 99 144056 122 31 296 346 61 400 2
32 542 30 827 92 93 913 41 147407 13 24 61 559 89 694 850
902 148026 129 81 211 82 81 97 836 (300) 128 29 621 748
140000 26 155 56 85 878
150070 40 78 87 542 71 765 151302 311 55 401 515 89
665 718 22 843 152216 808 89 153184 61 394 643 726
927 85 154298 545 671 892 950 73 155046 154 272 313
825 629 720 150250 348 461 524 694 95 759 943 157050 179
90 210 47 94 389 836 918 158224 822 542 (300) 608 754 82
853 923 159719 616 710 980
160088 227 89 473 550 636 37 51 58 719 835 90 161019
115 247 402 30 780 741 800 904 162108 228 43 334 468 628
790 99 926 163066 91 (300) 291 255 64 415 41 82 86 816
82 62 960 164065 189 287 760 826 165181 288 307 803
695 796 819 997 166020 354 500 496 529 661 858 74 167004
51 106 844 853 168063 137 328 87 466 812 672 842 931 89
169014 122 489 541 991 923
170006 111 545 729 897 801 171289 136 591 815 172018
309 322 580 966 65 173113 42 84 360 430 30 644 859 928 86
174130 517 698 928 175110 12 84 561 81 479 933 56 174963
307 12 49 307 68 886 799 69 817 71 947 73 177192
312 317 35 408 178068 45 447 846 39 72 179025 46 89
(300) 81 112 241 335 890 922
180020 62 457 799 992 64 181015 119 241 45 602 738
825 73 246 182173 225 69 97 606 656 71 67 761 92 984
183161 307 467 540 951 184074 189 231 67 351 324 636 713
62 841 324 39 185006 475 510 29 35 650 900 186012 39
729 801 928 92 187278 307 75 97 433 689 791 901 49 (300)
99 188042 86 174 308 87 45 747 881 917 88 189169
207 45 320 426 596 689 879 837 85
190005 41 48 150 426 32 523 728 914 191046 437 49 92
548 82 73 680 816 982 90 192056 151 98 215 154 72 664 43
193161 307 467 540 951 184074 189 231 67 351 324 636 713
745 88 828 193055 175 312 582 86 692 (300) 711 194417
55 72 83 153 77 222 549 696 899 925 195118 588 798 814
42 801 54 196025 230 327 48 91 685 871 919 39 42 197063
97 212 492 510 81 723 923 198270 370 481 564 687 724 800
21 23 965 85 89 199109 373 646 53 97 710 70 95 825
200108 52 54 229 47 353 65 84 556 661 83 751 896 908 86
201028 165 84 356 633 73 993 202000 109 27 31 306 9 47
65 816 34 203096 696 930 71 204036 78 282 467 77 507
676 707 45 921 64 205128 213 19 54 68 78 827 64 450 39 73
627 710 964 206019 186 72 302 370 94 38 431 64 94 658
735 46 875 827 207025 93 141 64 222 601 5 48 535 604 18 707
873 950 81 208039 82 126 58 210 19 682 746 209241 863
70 421 87 790 900
210004 51 203 361 464 622 37 303 5 94 211220 317 789
805 89 947 53 212045 62 86 87 280 492 65 88 534 51 869 354
(1000) 213111 378 365 436 564 214023 41 22 174 438
548 83 642 54 75 822 99 917 33 51 (300) 215076 (300) 114
97 348 693 34 25 97 920 42 49 214021 847 75 367 72 615 40
792 31 217243 371 411 686 794 99 918 77 248794 92 898
83 587 627 822 69 94 930 219033 97 671 695 6 14 137 830 26
220063 94 189 77 256 320 105 66 697 694 221124 120
228 302 560 70 99 984 222103 295 83 430 (300) 83 563 64 726
823 40 223052 89 219 35 590 80 408 11 633 83 602 826 69
224138 39 44 278 686 949 63
Zu Gewinnsache verbleiben: 1 Gewinn zu 60000 Zfl.,
1 zu 45000 Zfl., 1 zu 30000 Zfl., 2 zu 10000 Zfl.,
13 zu 5000 Zfl.

3. Ziehung 3. Klasse 204. Kal. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 19. März 1901, nachmittags.
Für die Gewinne über 176 Zfl. sind den berechtigten
Gewinnern in Rechnung beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

296 63 70 310 446 729 67 990 1227 328 69 99 486 559
(1000) 76 807 710 15 946 2037 512 432 36 49 401 33 78 727
350 66 30006 150 329 47 549 897 34 954 73 4489 726 900
5019 309 433 84 582 804 780 976 40000 182 32 343 749 39
95 808 7023 171 237 302 412 326 53 787 899 58 813 99
8016 162 246 509 609 785 959 9709 45 808
10019 165 98 228 91 413 581 659 845 11073 169 328
484 261 643 54 786 820 49 95 916 67 12041 153 65 68 465 358
326 38 86 945 80 13078 78 183 394 30 413 (300) 65 823
25 633 47 81 727 49 848 973 97 14007 126 98 222 940 96 942
55 15903 191 274 421 678 718 896 918 55 141279 303 28
200 713 818 17221 38 438 653 929 18019 250 314 650
85 294 954 (45000) 10934 71 112 287 68 98 345 832
20005 108 45 78 585 709 61 81 873 935 21415 569
659 701 64 79 814 591 22191 325 42 57 414 546 47 56 417
68 715 45 832 992 23035 186 68 223 353 726 807 27 983
24101 77 906 18 210 19 43 469 502 45 78 94 513 39 85 989
25695 133 60 64 280 388 481 506 81 894 97 26192 348 46
62 83 403 44 355 789 989 27015 53 185 89 282 444 73 540
698 22048 123 33 325 44 80 436 535 (1000) 749 801 925
20027 226 39 398 440 540 66 97 740 859 914
30003 405 38 20 619 940 48 90 31651 95 145 (300) 430
891 796 39 74 907 22181 77 389 405 15 69 665 799 915
82 33357 158 467 89 681 73 801 935 91 34051 422 39 549
56 709 78 817 64 94 (300) 86 992 35187 498 50 3 6 47 607
41 827 (1000) 73 74 240331 176 314 466 570 636 45 705 56
71 815 928 27113 (300) 29 34 348 485 537 600 752 61 317
49 88142 623 37 715 832 30103 60 289 90 358 (300) 461
726 87 808 951
40036 139 225 672 853 97 15 79 94 41022 606 545 71
26 655 821 62 947 42099 107 681 89 942 43272 88 417 76
504 70 652 711 45 820 82 926 84 44335 83 91 468 97 328 40
729 861 909 919 69 48048 85 194 414 46281 444 750 73 923
47126 31 89 307 569 690 971 84 780 857 955 65
60 922 75 49167 219 439 547 63 780 857 955 65
50135 956 414 532 64 700 73 825 36 840 51 51354 329
483 504 259 (500) 81 82 97 52320 89 254 411 603 735 67
841 47 996 53277 301 519 632 839 54066 305 59 414
519 751 913 86 82292 159 679 85 713 89 896 56190 996 690
500 76 803 808 87094 136 306 734 898 941 51193 82 462
699 766 79 820 54 59004 114 56 67 326 64 419 74 613 84 651
76 928 58
69291 347 91 453 628 61054 183 79 90 92 285 439 807 670
747 909 19 77 62005 49 47 101 29 239 523 679 75 751 841
62316 241 409 522 77 791 82 946 94638 99 590 89 578
922 92 48554 149 82 307 435 56 501 609 73 724 847 909
64039 517 26 600 96 736 812 67117 221 69 80 400 756
68276 222 317 724 95 822 65 69421 95 599 633 734 47 71
806 45 88 839
70100 415 624 89 71044 227 39 401 524 626 62 702 83
72143 229 71 819 496 99 955 73100 281 408 78 702 17 65
71 804 936 74166 232 345 457 506 69 792 806

Die Kontrollbücher der Tischler-Zwangsinnung.

Bekanntlich hatte die hiesige Tischlerinnung allen Mitgliedern die Einführung eines sogenannten Kontrollbuchs auferlegt. Die Arbeiter beklagten mit Recht, daß das Kontrollbuch in Verbindung mit einem Fragebogen die Handhabung von schwarzen Listen sehr begünstigen könnte und kam es infolge dessen zu einem ernstlichen Konflikt mit den Meistern, der schließlich im Januar d. J. vor dem Einigungsamt geschlichtet wurde.

Wie aus der Holzarbeiter-Vereinbarung, als er auf diesen Vergleich einging, beweist die Entscheidung der Gewerbe-Deputation, die als Aufsichtsbehörde, wie wir bereits mitteilten, den Beschluß der Innung aufhob. Der Streit hätte somit nur unnötige Opfer gekostet. Sowohl wegen formaler als auch sachlicher Verhältnisse hat die Gewerbe-Deputation die Aufhebung des Beschlusses verfügt, und infolgedessen die schriftliche Begründung, die uns jetzt vorliegt, von um so größerer Bedeutung. Zu beachten ist dabei, daß der hiesige Ausschuss sämtlicher Innungen bereits mit dem Plan umging, dem Beispiel der Tischlerinnung allgemein zu folgen, dieser Ansicht ist, wie nachfolgender Entscheid der Gewerbe-Deputation besagt, ein Diegel vorgegeben:

- An den Vorstand der Tischlerinnung, hier Die Tischlerinnung hat in der Versammlung am 10. Oktober 1900 beschloffen, ein einheitliches Kontrollbuch für das gesamte Berliner Tischlergewerbe mit bestimmten Arbeitsbedingungen einzuführen, welche bis spätestens 1. Januar d. J. den in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen zur Unterschrift vorgelegt werden sollten. Der im Kontrollbuch befindliche Arbeitsvertrag sollte folgende Bedingungen fest:

- I. Stellung ist ausgeschlossen, Accord wird vollendet. II. Bei Lohnarbeit wird nicht mehr Wochen- sondern Stundenlohn gezahlt. III. Gehalt gegen den Mißbrauch des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. IV. Der Betrag für verbundene Arbeit kann vom Lohn gekürzt werden. Die Innungsmitglieder wurden durch ein Circular des Vorstandes von diesem Beschlusse in Kenntnis gesetzt und hierin im Falle einer Zuwiderhandlung die Anwendung des § 10 des Statuts in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden die Mitglieder auf Grund eines Vorstandesbeschlusses vom 14. November v. J. angewiesen, keinen Arbeiter einzustellen, bevor nicht beim letzten Arbeitgeber unter Benutzung des ihnen zugegangenen Fragebogens Erkundigung über Abgang, Leistung und Verdienst des einzustellenden Arbeiters eingeholt waren. Gegen diese Beschlüsse erhob der Gesellen-ausschuss der Innung Beschwerde und begründete die Ungültigkeit zunächst damit, daß nach § 46 des Statuts es unterlassen worden sei, den Gesellenausschuss zu hören. Im übrigen sei mit dem Arbeitsvertrag nur eine Umgehung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs beabsichtigt. Punkt IV sei ungesetzlich, während mit Punkt II und III eine Schädigung der Gesellen verübt werde. Der fragliche Vorstandesbeschlusse verstoße gegen § 88 der Reichs-Gewerbeordnung.

Außerdem schloß sich der Tischlermeister Pegee beschwert und beantragte die Aufhebung der Beschlüsse. In formeller Beziehung wurde zunächst die Nichtbeachtung des § 46 des Statuts bemängelt. Ferner wurde ausgeführt, daß durch die zwangsweise Einführung derartiger Bestimmungen das gesetzliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen gefährdet werde. Endlich bestreitet der Beschwerdeführer, daß dem Vorstande derartig einschneidende Eingriffe in die Verhältnisse zwischen Meistern und Gesellen gestattet seien und demselben ein Recht zuzuschreiben, in dieser Beziehung einen Zwang auszuüben.

Der Tischlermeister Rödel, welcher ebenfalls Beschwerde erhob, schloß sich im allgemeinen diesen Ausführungen an und hält außerdem die von jedem Mitgliede geforderte 1 M. für das Kontrollbuch unangemessen.

Auf diese Beschwerden hat die Gewerbe-Deputation in der Plenar-sitzung beschloffen, die Beschlüsse der Innungsversammlung und des Innungsvorstandes für ungültig zu erklären. Derartige generelle Bestimmungen und dauernde Verpflichtungen der Innungsmitglieder, welche das Verhältnis zwischen sämtlichen Mitgliedern und ihren Gesellen dauernd regeln sollten, können nach § 83, Absatz 2, Ziffer 2 der Reichs-Gewerbe-Ordnung niemals durch einfache Beschlüsse, sondern nur durch das Statut geregelt werden.

Es ist aber ferner unzweifelhaft, daß es auch für ungesetzlich erachtet werden dürfte, solche Vorschriften in das Statut aufzunehmen. Denn zu den Aufgaben der Innung gehört die Förderung eines gesetzlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen. Die beschlossenen Maßnahmen aber, welche wichtige Rechte der Arbeitnehmer generell einseitig beschränken oder aufheben, sind unter keinen Umständen geeignet, ein gesetzmäßiges Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu fördern, sondern sie sind lediglich einseitig zu Gunsten der Meister erlassen worden. Sie erfüllen so-nach nicht die gesetzliche Aufgabe der Innung, sondern verletzen ihre Pflichten.

Endlich muß sogar eine derartige generelle Beschränkung der persönlichen Freiheit der Innungsmitglieder und Verachtlichung der Gesellen, wie der Hamburger Senat sich in einem ganz analogen Falle unlängst ausgesprochen hat, als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden.

Aus diesen Gründen wird hiermit dem Vorstande die Ausführung der Beschlüsse untersagt. Gleichzeitig eruchen wir, von dieser Verfügung der Innungsversammlung Kenntnis zu geben. Einem Bericht hierüber sehen wir entgegen. Berlin, den 10. März 1901.

Gewerbe-Deputation des Magistrats, gez. Friedel.

Provinzialkonferenz der Maurer Brandenburgs.

Am Sonntag, den 10. d. M., fand eine Konferenz sämtlicher Bezirksvereine des Centralverbandes der Maurer der Provinz Brandenburg im Gewerkschaftshause statt. Vertreten waren 146 Delegierte mit 180 Mandaten. Die Agitationsbezirke Stettin und Magdeburg hatten Vertreter entsandt. Außerdem waren 10 Kreis-Vertrauens-männer und die Agitationskommission der Provinz Brandenburg anwesend. Auf Antrage des Vorsitzenden benannten sich noch zwei Vertreter der Kreisvereine des Ostpreußen. Von Silber-schmidt wurde ihnen bemerkt, daß die Konferenz ihrer Organisation hinter verschlossenen Türen getagt hätte, sie aber ungeniert an der Konferenz des Centralverbandes teilnehmen könnten und daß sie am Schlusse der Verhandlungen die nötigen Lehren daraus ziehen mögen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des im letzten Geschäftsjahre verstorbenen Kollegen Dietrich durch Erheben von den Plätzen gelehrt.

Der Geschäftsbericht der Kommission erstattete W. H. Friß. Der Bericht erstreckt sich diesmal auf einen Zeitraum von 15 Monaten (vom 1. Dezember 1899 bis Ende Februar 1901). Die Provinz ist in 26 Bezirke eingeteilt, für welche je ein Vertrauensmann eingesetzt ist. Derselben haben in 74 Orten Versammlungen und Einzelnbesuche abgehalten, in denen noch keine Bezirksstellen bestanden, und sind dadurch außer zwei Hilfsstellen 14 Bezirksstellen des Verbandes errichtet worden. Insgesamt fanden in 128 Orten 1688 Versammlungen und 997 Sitzungen statt.

Referenten wurden von der Kommission 344 dazu entsandt. In 74 Orten der Provinz wurden im Geschäftsjahre Forderungen an die Unternehmer gestellt. Lohnverhöhung wurde gefordert in 78 Orten, erreicht in 68 Orten. Verkürzung der Arbeitszeit gefordert in 42 Orten, erreicht in 34 Orten. Abschaffung der Accordarbeit wurde in 2 Orten erreicht. Lohn-ausschlag für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, ebenso für Kaufgeld bei Überland-Arbeit wurde in 21 Orten durchgeführt. Außerdem wurden Forderungen gestellt auf Verbesserung der Stuben, Aborte und Geschäftsbau in drei Orten und bewilligt in 2 Orten. Anerkennung der Organisationszeit wurde in 2 Orten gestellt und erreicht. In 5 Orten verzichteten die Kollegen auf die augenblickliche Durchführung der gestellten Forderungen. In Frankfurt a. O. fiel der Streit zu Ungunsten der Beteiligten aus, hier verstanden es die Unternehmer, an Stelle der Streikenden genügend Gehalt heranzuholen, darunter 40 Ungarn.

In 54 Orten heften sich die Unternehmer auf Verhandlungen ein, in 20 Orten wurden dieselben von den Unternehmern abgelehnt. Infolge der Verhandlungen konnten in 46 Orten Vereinbarungen getroffen werden, dagegen kam es in 23 Orten zum Streik. In 15 Orten hatte der Streik vollen, in 8 Orten einen teilweisen Erfolg und in 2 Orten verlief der Streik erfolglos. In 20 Orten kam es zu 41 Ausperrten. 28 davon hatten vollen, 7 teilweisen Erfolg und 8 waren erfolglos. An diesen Sperrten waren 606 Kollegen beteiligt.

Die Korrespondenz war eine sehr umfangreiche. 2984 Briefe, Karten, Depeschen, Pakete und Kreuzbandsendungen usw. waren zu erledigen. Das Protokoll der letzten Konferenz ist in 14000 Exemplaren verbreitet worden. Arbeitsgeberorganisationen bestehen in 87 Orten, darunter 56 Innungen und 31 Lokalverbände. Von den an 33 Orten bestehenden Gesellenausschüssen sind 22 durch Verbandskollegen und 11 durch Solisten und unorganisierte Maurer besetzt. Arbeiter-Schutzkommissionen sind in 23 Orten vorhanden und in 69 Orten sind Bauverordnungen erlassen.

Verträge sind in 53 Orten der Provinz mit den Unternehmern vereinbart. Bis zum Stattfinden der Konferenz sind für dieses Jahr 67 Lohnbewegungen bei der Agitationskommission angemeldet. Ende November 1899 waren in der Provinz 14253 Kollegen in 142 Hilfsstellen, Ende Februar 1901 19370 Kollegen in 108 Hilfsstellen im Verband organisiert. Fürs laufende Jahr stehen erste Kämpfe bevor, wir werden nicht nur für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben, an verschiedenen Orten wird man es versuchen, uns das Erreungene zu entreißen, deshalb werde ich jeder für die nötige Aufklärung und Unterstützung die Kommission, so weit es in seinen Kräften steht.

Den Kassenbericht erstattet der Kassierer Waganz. Die Einnahmen betragen inkl. Bestand von 672,40 und 1000 M. erhalten vom Generalbevollmächtigten 5836,65 M., die Ausgaben betragen 4556,70 M., bleibt ein Bestand von 1279,95 M.

Nach kurzer Zustimmung der Diskussion wurde die Gesamtkommission auf Antrag der Revisionen entlastet. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Der Bauarbeiterstreik in Preußen, empfiehlt der Referent Friß, nachdem er die wichtigsten jetzt bestehenden Verordnungen als unzulänglich bezeichnet, folgende Resolution zur Annahme:

Die nächste Konferenz der Verbands-Bezirksstellen der Maurer für die Provinz Brandenburg hält der heutigen Schutz der Bauarbeiter auf den Baustellen in Bezug auf sanitäre und stützliche Beziehung als völlig unzureichend und dringend der Reform bedürftig. Die Versammlungen erklären sich deshalb mit der von der Landeskommission für Bauarbeiter an den preussischen Landtag gerichteten Petition einverstanden und verlangen von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie endlich zu dieser für die Gesamtheit der Bauarbeiter wichtigen Angelegenheit Stellung nimmt, um die ungeheure Zahl der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gesunkenen Opfer an ein wesentliches zu vermindern und dadurch die durch die heutige Schutzlosigkeit der Bauarbeiter resultierende Not und Elend zu beschränken.

Die Delegierten verpflichten sich, mehr wie bisher Aufklärung über die Sache zu verbreiten. Es sind deshalb in allen namhaften Orten der Provinz Lokalkommissionen für Bauarbeiter zu gründen, welche aus allen Berufen des Baugewerbes zusammen-gesetzt werden müssen; diese Kommissionen haben sich mit der Landeskommission, Adresse: G. Zim., Maler, Berlin, Prinzenstraße 79, in Verbindung zu setzen, mit letzterer gemeinlich zur Erlangung eines wirksamen Schutzes unfer Arbeitsbrüder zusammen zu treten, um einen gemeinsamen Protest gegen die bestehenden Zustände einlegen zu können.

In der Diskussion fordert Silber-schmidt als besten Schutz für die Bauarbeiter Anstellung der Arbeiterkontrollen. Es müssen überall in Verbindung mit anderen Berufen Arbeiter-Schutz-Kommissionen bestellt werden, damit die Regierung immer wieder mit Material gestützt werden kann. Er beantragt schließlich, die Resolution dem preussischen Landtag zu überweisen. Vertrauen haben wir ja zu diesem Interparlamentarismus.

Die Resolution und der Antrag Silber-schmidt wurden einstimmig angenommen.

Nach der Mittagspause referiert Bömelburg-Hamburg über: Die Situation im Baugewerbe, unsere Forderungen und Lohnreduzierungen und Agitation.

Er führte ungefähr folgendes aus: Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten fünf Jahren eine sehr gute gewesen. Unsere Mitgliederzahl hat sich außerordentlich gehoben, so daß wir jetzt 85000 zahlende Mitglieder haben. Demgegenüber sind in Deutschland 280-300 Tausend Maurer. Am trübsel ist bereits seit Ende 1899 überall. Die Montanindustrie liegt augenblicklich sehr darnieder. Das Baugewerbe ist eine lokale Industrie, wird aber durch den Geldmangel in Mitleidenschaft gezogen. Der Krieg zwischen England und Transvaal hat allein bis jetzt 4-5 Milliarden gekostet.

Wenn in anderen Gewerben Überproduktion herrscht, ist das Gegenteil bei uns der Fall. Wohnungen fehlen. Wenn auch die Spannung noch eine Zeit anhalten wird, von sehr langer Dauer wird die Krise im Baugewerbe nicht sein.

Ein Rückgang der Mitgliederzahl muß unter allen Umständen vermieden werden. Lohnbewegungen brauchen während der Krise nicht aufzuführen. Ob man Forderungen stellt, richtet sich ganz nach den jeweiligen Verhältnissen. Am Schlusse des Jahres müssen trotz der Krise mindestens 10000 Maurer mehr dem Verbandszugehörig sein.

Die Diskussion zu diesem Referat war eine sehr ausgedehnte. Von den Kreis-Vertrauensleuten wurde gewünscht, die ihnen zur Agitation überwiesenen Bezirke etwas kleiner einzuteilen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die nächste Konferenz der Bezirksstellen des Verbandes der Provinz Brandenburg beschließt:

- 1. Die Agitationskommission wird beauftragt, den Agitationsbezirk in Hilfsstellenbezirke einzuteilen und in den einzelnen Orten die Zahl der wohnhaften Maurer festzustellen. 2. Sämtliche Anwesende verpflichten sich, bei allen vorkommenden Lohnfragen und sonstigen Differenzen dahin zu wirken, daß sich die Organisationsleistung mit dem Hauptvorstand und Agitationskommission in Verbindung setzt, bevor man in Unterhandlungen resp. in Streit oder Ausperrten tritt. 3. Die Justifikation der Kreisvertrauensleute bleibt bestehen und soll zweckentsprechend ausgebaut werden. Beschlossen wurde auch kurzer Empfehlung seitens Bömelburgs, für die Provinz einen beisolbten Beamten anzustellen zur Leitung der Agitation. Silber-schmidt wurde gegen 5 Stimmen dazu gewählt.

Kuhn, Potsdam, Lemme, Spandau und Wagner, Rowaves geben einen Revers bekannt, welcher in benannten Orten von den Unternehmern auf den Bauten eingeführt wird. Die Konferenz protestiert energisch gegen die Einführung der Arbeitszettel. Von Silber-schmidt wurde erklärt, daß bei günstiger Gelegenheit der Kampf dagegen aufgenommen werden wird.

Der Sitz der Agitationskommission bleibt Berlin und werden in dieselbe gewählt: Hermann Silber-schmidt, Wilhelm Waganz, Emil Gröppler, E. Schulz-Weiß, C. Rieck, Berlin, Gustav Weder-Berlin, Lehmann, Nibdorf und Carl Pauer.

Zu Revisoren wählt die Konferenz: Behrendt, Wilmerdorf, Grodewitz, Nibdorf und Wolf, Berlin.

Im Schlusswort fordert Bömelburg auf zur Selbstbildung, damit die Maurer hinter andren Berufen nicht zurückbleiben.

Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung schließt Silber-schmidt die 6. Konferenz.

Litterarisches.

Handel und Wandel. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Jahrgang 1900. Herausgegeben von Richard Calwer. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. John Edelheim. Berlin. Preis 10 M.

Das Buch bietet eine reichhaltige, im ganzen wertvolle Materialiensammlung zur Beurteilung der augenblicklichen Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in dieser Vollständigkeit in der deutschen Litteratur bisher nicht vorhanden war.

Es seien aus dem Inhalte genannt die Kapitel: Vorboten und Beginn der Krise. Zunahme der Produktivkräfte und Aufnahme-sfähigkeit des Marktes. — Entwicklung der Produktion. Kartellwesen. Rentabilität der Großindustrie. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Landwirtschaft. — Kohlenbergbau. — Eisengewerbe. — Textil-gewerbe. — Waugewerbe. — Leberga Gewerbe. — Börse und Bank-wesen. Die Krise auf dem Pfandbriefmarkt. — Auswärtiger Handel. Verkehrsweisen. — Einkommen und Konsumwarenpreise. Die Wohnungsnot. — Kurze Uebersicht der wirtschaftspolitischen Reichsgesetze. — Chronik des Jahres 1900. — Bibliographie. — Dazu 15 Anlagen.

Der Verfasser hat mit großem Fleiße alle die zahlreichen Thatsachen zusammengetragen, die man heute kennen muß, um zu einem Urteil darüber zu gelangen, wie die Wirtschaftslage heute ist und wie sie vermutlich morgen sein dürfte. Weitere Ziele hat er sich nicht gestellt und höhere Aufgaben erfüllt sein doch nicht. Der Verfasser hat einfach berichtet; möglichst schnell und möglichst umfassend berichtet. Nichts mehr. Darum wäre es gänzlich verfehlt, aus den paar flüchtigen kritischen Bemerkungen, die das Buch hier und da enthält, politisches Kapital schlagen zu wollen, wie es wohl vereinzelt schon geschehen ist.

Das Buch hätte vielleicht sogar noch gewonnen, wenn der Verfasser auf solche allgemeine Betrachtungen ganz verzichtet und sich auf die zur Veranschaulichung der Thatsachen nötigen Bemerkungen beschränkt hätte. Kameralisch das Kapitel über die Landwirtschaft veranlaßt mich zu dieser Bemerkung. Dies ist aber keineswegs die einzige Partie des Buchs, bei der man die Empfindung hat, daß der Verfasser besser gethan hätte, gar nichts zu sagen, wenn er nichts Gescheidteres zu sagen hatte. Was soll man sich z. B. darunter denken, wenn im Anfange des Kapitels über Börse und Bankwesen mit einem erheblichen Aufwand von Worten und Zahlen nachgewiesen wird, daß die Kasse höher gewesen wäre, wenn — das Kapital weniger Gewinn genommen — und die dadurch frei gewordenen Summen der Lohnsumme zugeschlagen worden wären? Oder man nehme den folgenden Satz aus dem Kapitel „Auswärtiger Handel“: „Unsere gesamte Wirtschaftspolitik muß aus dieser Gefahr (die uns von der amerikanischen Konkurrenz droht) einen Ansporn zur Begünstigung und Förderung aller der Bestrebungen entnehmen, die im Stande sind, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands Amerika gegenüber zu stärken.“ Darunter kann sich jeder denken was er will. Um das zu erfahren, braucht man wirklich kein umfangreiches Buch mit einigen hundert großen Tabellen zu studieren.

Solche Plattheiten finden sich mehrfach in dem Buche. Es scheint doch große Schwierigkeiten zu bieten, ein Handbuch zu schreiben, das gleichzeitig dem Gewerkschaftsführer und dem Bankier dienen soll. Wer aber so zweifelhafter Belehrungen nicht bedarf, wer nur ein inhaltreiches Nachschlagewerk für wirtschaftspolitische Thatsachen braucht, dem wird das Buch gute Dienste leisten. h. w.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 24. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Stamm und sein Samen. — Trübs, fogenannte und echte, und Schlußwort in den Vereinigten Staaten. Von J. A. Franz. — Ein Beitrag zur ultramontanen Arbeiterpolitik. Von August Erdmann. — Landarbeiterverhältnisse im preussischen Ostern. Von Ebhardt. — Zwei Schriften über die Wohnungfrage. Von Heinrich Hübsch. — Litterarisches Rundschau: Hermann Hermanns jnr., Das hebräische Gebot. Von D. Bach. Jeanne Mart, Hater. Die Erde, Das sind nun die Kinder. — Heulen: Einmal zur Herbstzeit. ... Von Maxim Gorki. Aus dem Russischen überseht von Eugenie Klorin.

Von der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ (Herausgeber: Professor Dr. J. Singer, Dr. Max Rudhard, Dr. Heinrich Kanner; Redaktion für diebende Kunst: Prof. Dr. Richard Muther) ist soeben das 337. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parlamentarischer Kreislauf. Von K. — Der Incompatibilitäts-Konflikt in Ungarn. Von Kreb. — Vorkommnisse und Verhandlungen. Von Professor Dr. Eugen A. Philippovich. — Das Liebesleben in der Natur. Von Kurt Grottel. — Aus Privatbriefen des Grafen Leo Tolstoj über Religion und Staat. Mitgeteilt von Wladimir Gumnikow. — Aus der Zeit des Arabians. Von Richard M. Meyer. — Vom Altruismus. Von Otto Julius Bierbaum. — Künstlerleben. Von Herta Zunderlandl. — Der Ausflug ins Sittliche. Von Max Rudhard. — Die Woche: Politische Notizen; Volks-wirtschaftliches; Kunst und Leben. — Bücher. — Revue der Reduen. — Preisliste. Beiträge von Elisabeth Meyer-Hofmeister.

Abonnements auf diese Wochenschrift, vierteljährlich 6 Kronen = 5 M., nehmen die Post, alle Buchhandlungen und die Administration, Wien, IX/3, entgegen. Einzelnummern a 60 Heller = 60 Pf. — Probeummer gratis und franco.

Sociale Rechtspflege.

Stillschweigendes Eingekündnis. Der Arbeiter D., der in Stempelarbeiten-Behandlung von Sterns beschäftigt war, hatte auf die Ankündigung, daß in der nächsten Woche halbe Tage gearbeitet würde, nichts erwidert. Er arbeitete dann auch an drei halben Tagen, worauf er ablassen wurde. Die ihm angebotenen 4,50 Mark Lohn lehnte er ab und forderte im Klagewege den vollen Lohn für die drei Tage mit 9 Mark. Nachdem sich die Parteien vor der Kammer VII des Gewerbegerichts auf 6 Mark geeinigt hatten, führte der Vorsitzende Dr. Meier folgendes aus: Das Gericht nehme an, daß der Kläger sich mit dem Angebot der Arbeitgeberin, halbe Tage zu arbeiten, stillschweigend einverstanden erklärt habe. Er könne deshalb nur die geleistete Arbeit bezahlt verlangen. Anders verhalte es sich aber mit dem dritten Tage, dem Entlassungstage, da dem Kläger, wie un-streitig sei, eine einjährige Kündigungsfrist zugestanden habe. Dessen Tag könne deshalb D. voll bezahlt verlangen, so daß ihm im Falle eines Urteils nicht 4,50 M., sondern 6 M. hätten zugesprochen werden müssen.

Warenhaus A. Wertheim

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 132-135. — Preisliste 1901 kostenlos.



Fenster = 4.50 Mk. vom Stück 65 Pf.
2 Châles



Fenster = 6.50 Mk. vom Stück 80 Pf.
2 Châles

Gardinen Mtr. 45 Pf. - 1 Mk.

engl. Tüll Fenster 2.50-9 Mk.

Elegante Spachtel- und Lacet-Gardinen,
Bunte Etamine-Stores, Tüll-Bettdecken, Zierdecken.

Portièren Châle 1.40-10 M.

Gestickte Garnituren in Wollkörper und Plüsch.

Portièrenstangen 2.30

mit 10 Ringen, 2 Konsolen und Haken

Gobelins 4.75

Gewebe u. gemalte Gobelins in grosser Auswahl

Divandeecken 9 Mk.

Ziegenfelle 7.50 Mk.

chinesisch, weiss und grau

Teppiche 17.50 Mk.

Plüsch-Teppiche | Echte Teppiche
Axminster- „ | kleine Perser
Smyrna- „ | echte Schirwan
 | Kasak u. s. w.
in allen Grössen.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, voller Schanz, große Räume, Kaffeehaus, verkauft. O. P. Postamt 30. 145*

Cigarren-Einrichtung zu verkaufen. Manteuffelstraße 73. 120*

Für Kranke, 83 Minuten hochwand, 10 Minuten vom Vorortbahnhof, an Chaussee, denkbar gesunde, ruhige Lage, verkaufe mit 600 Mark Anzahlung. Joes, Jepernick, Eitelimer Bahn. 595*

Gardinenhaus Große Frankfurter Straße 9, parterre. 143*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II. 598*

Knabenanzüge, Knabenpaletots, Miefenauwahl, Spottpreise. Rosenbergs, Rottbuscherdamm 93. 598*

Mädchenkleider, Mädchenjassen, Miefenauwahl, Spottpreise. Rosenbergs, Rottbuscherdamm 93.

Reifenhandlung, Gummistoffe, Seidenstoffe, Sammetstoffe, Reste für Herren- und Knabenanzüge. Rosenbergs, Rottbuscherdamm 93.

Damenanzüge, Miefenauwahl, spottbillig. Rosenbergs, Rottbuscherdamm 93.

Damencapes, Miefenauwahl, Spottpreise. Rosenbergs, Rottbuscherdamm 93.

Kleiderstoffe, reinwollene und feine, faunend billig im Konturmassen-Kaufverkauf, Ringstraße 7. *

Betten, Steppdecken, spottbillig, Verghaus Randerstraße 6. 55/10*

Reparaturarbeiten, Regulatoren, Operngläser, spottbillig, Verghaus Randerstraße 6. 55/10*

Teppiche, Gardinen, spottbillig, Verghaus Randerstraße 6. 55/10*

Steppdecken, billiger wie im Warenhaus, kauft man in der Steppdecken-Specialfabrik Wollnower 44, nahe Alexanderplatz. 529*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Güther, Grüner Weg 80, parterre. Rein Laden. 606*

Kanarienvogel, prima Zuchtweibchen, preisgekrönter Stamm, von 8-20 Mark, bei Krebs, Köpenickerstraße 154a, 4 Tr.

Betten, zwei schöne Daunendecken, rot, a 15 Mark, gutes Mädchenbett, neu, umhängebare Matratze, 78 I. recht. 705

Möbelverkauf zu soliden Preisen, Römer, Sebastianstraße 81. 1345

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 92. 52/12*

Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig verkäuflich. Solfenerstraße 38 I, recht. 533*

Möbel, Drantenstraße 173, am Drantenplatz. Große Auswahl von Wohnzimmereinrichtungen, Küchen, Schrank, Sofa, 30,00, Schlafsofa 35,00, Ausrichtisch, Sofa, 30,00, Plüschgarnitur 100,00, Buffet, 20,00, Herrenschreibtisch 65,00, Kleiderkasten, Verstellbar 45,00, Plüschbettstellen-Matratze 50,00, Truhen 48,00, Kuchentisch 30,00, Spiegel, Spiegelbild 25,00, Tischendwanen 80,00, Küchenmöbel billig. Teilzahlung gestattet. 543*

Metallbetten, hochlegant, mit Patentmatratze, Vollerholungsneß Kissen 32,- bis 60,-. Rein Laden. Harnpold, Brandenburgerstraße 56, Duergerstraße II. 815*

Teppiche mit Rosenblättern, Habitusverlänger Große Frankfurterstraße 9, parterre. 143*

Damenhüten, Schneiderrplatten, Regale, Waschtische, Badentische, Kuchentische spottbillig. Hahn, Weinbergweg 13b. 1005

Lampenbau! Gebrauchte und neue Lampen, Leuchten, Kronleuchter, Ventilatoren, Fenster, Dachpappe, Feuer, billig. Rottbuscherdamm 22. 29065*

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Voger 400 Tourenmaschinen, Strohenrenner, Damenräder, Zweiflügel-Räder, Anhängerwagen, gebrauchte Fahrräder von 20 bis 40,00 direkt aus Imperial-Fabrikwerken, Dieselbachstraße dreihundertdreißig. K.

Fahrräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Nieße, Große Frankfurterstraße 123. 29962*

Nähmaschinen direkt im Geschäft, Schnellnäher, Bobbin, Ringstich, Adler, ohne Anzahlung wöchentlich 1,00. Fünfjährige Garantie. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Fringe, Turmstr. 39. II. Geschäft Bernauerstraße 49. Bei Lieferung erwünscht.

Nähmaschinen aller Systeme, von 10 bis 20 Mark, bei Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Fahrräder, neu und gebraucht, ganz billig. Haas, Haldestraße 11.

Ohne Anzahlung, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Postkarte. Nähmaschinen-Geschäft, Miefenstraße 29, zweite Verkaufsstelle Osten, Krautstraße 58, Rodow. 30925*

Wäcker! Sparsysteme! 1,50, Zwei Lochfoder 6,-, Drei Lochfoder 10,-, Gas-Plättchen, Bügelapparate billig! Gas-Plättchen 12,-, Wöhler, Wollmerdeckerstraße 32. 385*

Trabjanne, Klante, Berlin, Neue Königstraße 31. 536*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre

Reparatur anderer Unternehmungen halber zu verkaufen. Wiedelstraße 29. 184*

Kinderbettstelle verkäuflich. Teilmann, Urbanstraße 34, von 6-10.

Reparatur wegen Todesfall zu verkaufen. Kustant: Pawaldt, Wienerstraße 56, abends nach 6 Uhr.

Kinderhülle spottbillig. Andreassstraße 23. 556*

Nur noch 10 Tage wegen Verkauf des Hauses muß meine Speicherräume, 50 Wirtshäuser, schnellstens räumen. Wie wiederkehrende Gelegenheit, ganze Einrichtungen sowie einzelne Möbel spottbillig einzukaufen. Eigne Werkstätten. Möbelreparatur. Mariannenstraße 48. 570*

Reparatur und Restauration billig zu verkaufen, gute Gegenstände, wegen Krankheit, W. Liebenburgerstraße 49. 1855

Schmiedgeschäft billig verkäuflich, Drosselndaleplatz, Urbanstraße 165.

Reparatur krankheitshalber sofort verkäuflich, große Wohnung, Miete 1000 Mark, in Schönberg, Wierichstraße 2. 1107

Reparatur wegen Krankheit meines Mannes billig zu verkaufen Urbanstraße. Näheres Gröfstraße 38, Gärtnersleben. 1785*

Müll-Automat, noch neu, aus dem Grubchen Kuchel, preiswert zu verkaufen. Doppel-Allee 24, Bäckersleben. 150*

Gärten-Wirtschaft wegen Geschäftsübernahme zu verkaufen, auch einzeln. Abends oder Sonntag. Kuchel. Liebig, Grüntrampelstraße 63. 143

Neuere Werke, 7 Bände, ganz neu, billig zu verkaufen. Wiedel, Köhrner Weg 6. 143

Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Sandberger, jetzt Sandbergerstraße 82. Verkaufsstelle für Norden Brennemann, Müllerstraße 109. 1140*

Halbener 45,-. Schödel, Schmidstraße 8. 92/2

Seifengeschäft mit Vorzellan zu verkaufen. Schöne Wohnung. Miete 58 Mark. Näheres Manteuffelstraße 73, Cigarrengeschäft. 121

Original-Singer Nähmaschinen liefert Blümchen, Brangelstraße 89. Bitte Postkarte. 121

Herrenrad, Damenrad, elegant, spottbillig. Kaudt, Brigerstraße 16.

Vermischte Anzeigen.

François Leçons, 0,75. Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Brennedes Methoden im Klavier und Violinspiel, Vorträge für jeden Lernzeit, Erfolg in 12 Stunden. Unterrichts und Verkauf Drantenstraße hundertachtzig. 2985*

Patentanwalt Danmann, Drantenstraße 57, Roritzplatz. Urkunden kostenfrei. Kat abends bis neun.

Unfallfächer, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Vögler, Steglitzerstraße 65. 2945*

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Jeder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 4712*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterladen 15,- mit Stoff 20 Mark. Wagner, Schneiderei, Frankfurterstraße 59, III. Bitte Namen beachten! 3100b

Unserzigung eleganter Herrenanzüge, Teilzahlung gestattet. Roritz, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottmisch, Färberstr. 18, Andreassstraße 18, parterre, Eisenbahnstraße 18. 4712*

Kunststofferei von Frau Kosofsky, Steinwegstraße 48.

Spiegelbild, Küchenmöbel, Boden-Einrichtungen, Fußböden, freitragend und lackiert mit nur feinsten Emaillefarben, als Spezialität, zu billigen Preisen. Malerei von Hermann Hüner, Greifenhagenstraße 72a. 5425*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inletstraße 10. 2065*

Vereinszimmer, Söller, Rantzenstraße 25. 2701b

Buchbinderarbeit jeder Art fertig. Ferdinand Kiemer, W. Hilmstraße 56, 2. Hof parterre. 2887b

Vereinszimmer frei. Stephanstraße 31. 134*

Vereinszimmer für ca. 50 Personen, mit Piano, sowie zwei Regalbahnen verlegt. Delle, Vorlingstraße 20. 143*

Vereinszimmer mit Pianino. G. Saut, Schulstraße 34. 515*

Rechtsbüro, Rechtsanwältin, Andreassstraße Dreihundertdreißig. 167/15*

Vereinszimmer, schönes, empfiehlt Kühner, Hohenstraße 89. 1535*

Als Schneiderin empfiehlt sich Frau Knud, Prinzenstraße 12, Hof III.

Kanarienvogel, Reklamieren, Kauf-Verkaufhandlung. Flottwellstraße 6. *

Vermietungen.

Mietgesuche.

Zuge Nähe Rosenthaler Thor, Brunnenstraße, kleines möbliertes Zimmer bis 15 Mark inklusive. H. R. Postamt 7. 1765

Zimmer.

Für 9 Mark vermietet separat leere Stube. Schmidstraße 9, Hof V, Dren.

Schlafstellen.

Schlafstelle, Herrn, Reichsbergerstraße 39, parterre. 121*

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, an einem Herrn zum Miete zu vermieten bei Wirtin Jacoben, Goldbergerstr. 26, vom III.

Freundliche möblierte Schlafstelle, Mietmehrer, Roritz, Wilmannsstraße 29/31, III, Volkmann. 1127

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Goldleisten. Bessere Farbigmacher werden verlangt. Köpenickerstraße 109 a.

Schneider auf Militär-Drillingen verlangt. Meyerstraße 27, vom parterre. 1715

Kordmacher Gesellen auf grün verlangt. Fahrendruck, Tempelhof, Berlinstraße 115. 1755

Stadtreisender für Handtuch-Verleihen, ebenso intelligenter Hausdiener gesucht. Dreyer, Neue Königstraße 13.

Mädchen, vierzehnjähriges, mit Neigung zu Kindern gesucht. Jacob, Groß-Plattstraße, Schwatlostraße 13.

Gebirge Karlon-Arbeiterinnen verlangt. Emil Wade, Rastanien-Allee 26.

Lehrmädchen verlangen. Händelstr. u. Propold, Blumenfabrik, Beuthstraße 1, III. 1695

Lehrmädchen, intelligentes, für feine Damenkleiderei (unentgeltlich, Vergütung dritten Monat) verlangt. Strickfeld, Vöglerstraße 2.

Goldleisten. Farbigmacherinnen verlangt. Rottbuscherdamm 100. 1465

Achtung, Tapezierer!

Die Kollegen bei der Firma Jäckel, Markgrafenstraße 20, befinden sich wegen Lohnreduktionen im Ausstand. Zugang ist fernzubehalten. 177/10

Die Verbands-Teilung.

Achtung! Parquetbodenleger!

Bauhandwerker!

Die Firma Adolf Pleck, Niederwallstraße 15, Zwischenschreiber C. Schüttke, ist gekündigt wegen Nichtbezahlung des Tarifs von heute ab gekündigt; ebenfalls die Firma Franke, Adreassstr. 18, und Däckerbed, Weberstr. 6. 315

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung! Bau-Ausläger!

Die Firma Wolf u. Sturmbeil, Markgrafenstr. 20, ist wegen Nichtbezahlung des Tarifs von heute ab gekündigt; ebenfalls die Firma Franke, Adreassstr. 18, und Däckerbed, Weberstr. 6. 315

Die Einmündiger-Kommission.